Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

30. Januar 1978
Jg. 6 Nr. 5

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21061 C

Hartnäckig setzen die Bergarbeiter und Farmer in den USA ihren Streik fort

Die Bergarbeiter, die für einen neuen Tarifvertrag, für Streikrecht und gegen Kürzungen in der Gesundheitsversorgung kämpfen, gehen in der 7. Woche ihres Streiks energisch gegen Streikbrecher vor, um weiterhin die Kohleproduktion zu verhindern. Die Carter-Regierung sieht ihr imperialistisches Energieprogramm in Gefahr. Die Bergarbeiter haben ihre Streikposten verstärkt und Massendemonstrationen durchgeführt, nachdem Anfang Januar über 200 Arbeiter verhaftet worden sind, die einen Transport von Streikbrecherkohle anhielten. Im Bundesstaat Indiana ist das einzige Kohleverladedock am Ohio River in Flammen aufgegangen. Über 1000 blockierten vor einem Stahlwerk in Pittsburgh Kohlewaggons.

300 der Farmer, die ebenfalls in der 7. Woche streiken für 100% kostendeckende Preise und Importstopp für landwirtschaftliche Erzeugnisse, haben mit einer Traktorenkette den Landwirtschaftsminister Bergland umzingelt und angekündigt, daß sie mit einem riesigen Traktor- und Autokorso wieder nach Washington kommen werden.

Sudans Staatspräsident Numeiri warnt wor dem sowjetischen Sozialimperialismus

Anläßlich eines Besuchs des ägyptischen Präsidenten Sadat warnte Präsident Numeiri am 8. Januar auf einer Pressekonferenz in der sudanesischen Hauptstadt Karthoum vor den neokolonialen Absichten der Sowjetunion. „Die Sowjetunion ist in Afrika eingedrungen, indem sie Spaltung zwischen die Nachbarstaaten in Afrika treibt. Sie liefert einigen Ländern Waffen und Munition, damit sie gegeneinander kämpfen ... Wir haben eine internationale Front gegen den sowjetischen Sozialimperialismus aufgebaut. Die Sowjetunion versucht diese Front zu schwächen und zu spalten, mit dem Ziel, Profite aus den afrikansichen Ländern herauszuschlagen", sagte Numeiri. „Wenn wir nicht schnell handeln, werden wir uns in der Lage finden, den sowjetischen Neokolonialismus bekämpfen zu müssen." (Numeiri, Radio Omduran 10.1.)

Die Demokratische Republik Sudan hat seit Mai 1977 etwa 50 Angehörige der sowjetischen Botschaft und mehr als 90 sowjetische Militärberater des Landes verwiesen.

Mozambique verstaatlicht Privatbanken

Auf Beschluß der neugewählten Volksversammlung von Mozambique wurden am 4.1.78 die Privatbanken aufgelöst und ihre Salden auf die staatliche Volksentwicklungsbank übertragen. Im Dekret des Finanzministers heißt es: „In Erwägung, daß im Finanzsektor systematische Aktionen der Devisenflucht und des Raubes von Dokumenten stattfinden mit dem Ziel, den Wert unserer Exporte und Dienstleistungen zu drücken, daß diese Aktionen sich einordnen in die andauernden Tätigkeiten des Feindes und seiner Agenten gegen unsere Wirtschaft, die mit dem Ziel, sie zum Zusammenbruch zu bringen und zu verhindern, daß das mozambiquanische Volk den Produktionskampf gewinnt, daß es für uns nötig ist, alle finanziellen Ressourcen zu mobilisieren, daß es nötig ist, den Außenhandel ... zu integrieren in eine ausgewogene Planung und Verwendung der Ressourcen, bestimmt der Minister ..." Gerade mit Hilfe ihrer Banken haben die Imperialisten seit der Unabhängigkeit 1975 immer wieder versucht, ihre Macht in Mozambique zurückzugewinnen, um die reichhaltigen Kohle-, Kupfer-, Gold-, Asbest-, Eisen- und Magnesiumvorkommen ausplündern zu können. Als Antwort auf diese Versuche hat das Volk von Mozambique Mitte 1977 bereits die gesamte Elektrizitätserzeugung und -versorgung verstaatlicht sowie die strategisch wichtige Kohlebergbaugesellschaft Moatize. Anfang 1977 wurde sämtlicher Grund- und Hausbesitz in den Städten verstaatlicht. In den Richtlinien zur Wirtschaftspolitik 1978 heißt es, daß es die Aufgabe der Volksversammlungen der verschiedenen Ebenen des Staates ist, die Wirtschaft zu planen und zu organisieren, den staatlichen Sektor zu leiten, den kooperativen zu lenken und zu unterstützen und den privaten zu überwachen.

Die westdeutschen Imperialisten gieren nach Kapitalexport in die DDR

„Innerdeutsche Beziehungen" stark unterkühlt

Unerträglich sind die Ereignisse in den „deutsch-deutschen" Beziehungen der letzten Wochen. Das ist die Auffassung der CDU. In der bevorstehenden Debatte um die „Deutschlandpolitik" will sie mit dem Kanzler abrechnen. Strauß ließ schon in der Debatte um den Jahreswirtschaftsbericht aufblitzen, daß es dem gelassen abwinkenden Kanzler jetzt an den Kragen gehen soll, indem er ihm Bruch des Diensteides vorwarf.

Das Drängen der CDU auf Rücktritt von Georg Leber und die affige Auseinandersetzung um die „Stilfragen" in der letzten Woche im Bundestag gehören ebenso zum parlamentarischen Rummel wie die „tiefe Empörung" der CDU/CSU-Opposition über das Verhalten der DDR. Was hat dieser „andere Teil Deutschlands" sich in den letzten Wochen nicht alles erlaubt – das „Spiegel"-Büro in Berlin haben sie dicht gemacht, den CDU-Vorsitzenden Kohl haben sie nicht über die Grenze gelassen, Staatsminister Wischnewski haben sie tagelang auf seinem Koffer sitzenlassen, anstatt ihm sofort einen Termin einzuberaumen – wohin soll das noch führen, empört sich die CDU.

Die andere Seite des Parlamentszaubers ist die „besonnene" Regierung, die ruhig und gelassen reagiert und jeden Schritt kühl abwägt. Beides gehört zusammen, die Opposition, die den Zunder gibt und die „gelassene Regierung", damit das westdeutsche Monopolkapital seine Interessen verfechten kann. Den schwatzhaften bürgerlichen Politikern im Bundestag sollen die Volksmassen zuhören, um bei den anstehenden Landtagswahlen ihre Kreuzchen machen zu können, während die westdeutschen Imperialisten auf Grundlage der Ausbeutung der Arbeiterklasse ausholen zum Schlag gegen die DDR, zur Überführung des „innerdeutschen" Handels in Kapitalexport in die DDR.

Herbert Wehner, immer bemüht, seinen Ruf als schier undurchdringlicher Schlaukopf herauszustellen, hatte schon im Dezember 1977 anläßlich des 5. Jahrestages des Grundlagenvertrages erklärt: „Die Architektur der Entspannung muß sorgsam behütet und ausgebaut werden." Und siehe da: Freitag abend meldete das ZDF, daß Wischnewski in der DDR eingetroffen sei und die Verhandlungen aufgenommen habe.

Noch eins hatte Schlaukopf Wehner im Dezember 1977 zu bedenken gegeben: „Die Anstrengungen für ein verträgliches Miteinander unter den Bedingungen der fortdauernden Teilung haben Früchte getragen, die weit mehr umfassen, als unmittelbare, zwischenmenschliche Kontakte ..." Schlaukopf Wehner redet vom Geschäft. Die Früchte, die er meint, sind die Früchte des Profits der westdeutschen Imperialisten, die sie sich über den innerdeutschen Handel schon aus dem von den DDR-Arbeitern geschaffenen Mehrwert erbeutet haben.

Der innerdeutsche Handel hat in den letzten Jahren eine schwungvolle Entwicklung genommen. Das Handelsvolumen BRD-DDR betrug 1974 6,9 Milliarden VE (Verrechnungseinheit: 1 DM der jeweiligen Währung) gegenüber lediglich 810 Millionen VE 1950. Im Jahre 1974 hat es eine beträchtliche Expansion gegeben. Die nominellen Zuwachsraten betrugen: Lieferungen (plus 22,4%) und Bezüge (plus 22,3%). Im Jahre 1975 hat es noch mal eine Steigerung gegeben, so daß der Gesamtumsatz deutlich über sieben Milliarden DM lag. 1976 betrug die Steigerungsrate der Lieferungen der BRD noch einmal 18,7%, die der Bezüge 4,2%. In den ersten neun Monaten des Jahres 1977 hingegen gab es einen Rückschlag. Die Steigerungsrate der Lieferungen der BRD betrug nur noch 4%, die der Bezüge 1,7%. Die DDR hat es bislang nicht geschafft, auch nur annähernd einen Ausgleich im innerdeutschen Handel zustandezubringen.

Und wie soll es weitergehen? „Die zukünftige Entwicklung des innerdeutschen Handels wird nach Ansicht des Instituts für Wirtschaftsforschung in

Fortsetzung auf Seite 2

Schluß mit den dauernden Lohnsenkungen!



56000 Metallarbeiter im Tarifbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden streikten am Freitag, dem 27.1., gegen das 3,5%-Angebot der Metallkapitalisten. Waren es am Mittwoch und Donnerstag im wesentlichen noch die kleinen Belegschaften, so haben am Freitag während der dritten Verhandlungsrunde die großen Betriebe gestreikt. In Mannheim streikten die Belegschaften von Daimler Benz, BBC, Bopp & Reuther, John Deere und acht weiteren Betrieben, insgesamt ca. 18000. Den Kapitalisten fahren die Streiks ins Mark. Kapitalistensprecher Dürr auf die Streiks angesprochen: „Sie *dürfen* keine Wirkung auf uns haben." Die Gewerkschaftssozialdemokraten manövrieren: Lucy, Benz-Betriebsratsvorsitzender, stellte Kampfentschlossenheit zur Schau: „Wir werden nicht kapitulieren." Steinkühler, IGM-Bezirksleiter, im Radio, weiter weg von den Arbeitern: „Unsere Forderungen bewegen sich in dem Raum, was von der Regierung beabsichtigt ist." Die Gegensätze zwischen sozialdemokratischer Lohnpolitik und den Interessen der Arbeiter wachsen schnell. Ein Benz-Arbeiter, schon 21 Jahre Vertrauensmann: „Ich mach deren Schwindel nicht mehr mit."

Am Samstag faßte die Große Tarifkommission den Entschluß, durch den Hauptvorstand die Verhandlungen für gescheitert erklären zu lassen. Der Hauptvorstand soll am Mittwoch in Frankfurt darüber beschließen.

Zivildienstpflichtige setzen sich gegen Dienstanordnung durch

Bundesweiter Streik trotz Schikane und Unterdrückung

„Das, wozu im Augenblick aufgefordert wird, ist auch schon eine gesetzwidrige Handlung", erklärte H. Iven am Montag im ZDF auf die Frage, wie er auf den geplanten Streik der Zivildienstpflichtigen reagieren werde.

Ausführlicher hatte er sich dazu in einem Rundschreiben an alle Dienststellen geäußert:

„... Aus diesem Grunde weise ich eindringlich darauf hin, daß eine Dienstverweigerung der Zivildienstleistenden ausnahmslos rechtswidrig ist ... Ich bitte alle Zivildienstleistenden unverzüglich, noch vor dem 27. Januar 1978 in einem besonderen Dienstunterricht eindringlich über die disziplinar- und strafrechtlichen Folgen einer Dienstverweigerung zu belehren. ... Sollten in einzelnen Dienststellen Zivildienstleistende am 27. Januar oder an einem anderen Zeitpunkt den Dienst tatsächlich verweigern, bitte ich Sie, den betreffenden Zivildienstleistenden eine dienstliche Anordnung zu erteilen und zur Wiederaufnahme des Dienstes aufzufordern."

Der Streikbeschluß der Zivildienstpflichtigen und die Antwort Ivens klärt ein Stück weiter den Kern der Wehrdienstnovelle, die die Sozialdemokratie landauf landab als Fortschritt feiert, weil die Gewissensprüfung angeblich wegfällt. Dienstflucht wird für Zivildienstpflichtige genauso bestraft wie Fahnenflucht.,„Nichtbefolgen von Anordnungen" genauso wie Befehlsverweigerung. Im Zivildienstgesetz § 54 heißt es:

„Nichtbefolgen von Anordnungen
(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren wird bestraft,
1. wer die Befolgung einer dienstlichen Anordnung dadurch verweigert, daß er sich mit Wort und Tat dagegen auflehnt, oder
2. wer darauf beharrt, eine dienstliche Anordnung nicht zu befolgen, nachdem sie wiederholt worden ist."

Daß er die „Einsatzpläne für diese jungen Männer auf etwa 60000 erhöhen" will, hat Iven in dem gleichen ZDF-Interview einen Satz später verkündet.

Die Einsatzmöglichkeit für Zivildienstpflichtige ist durch die Wehrdienstnovelle auch ausgeweitet worden. Sie können nahezu überall eingesetzt werden. Gegenwärtig werden sie häufig in Krankenhäusern eingesetzt. Das ist günstig für den Dienstherrn. Nicht nur weil die Auspressung dieser Arbeitskraft besonders billig ist. Vor allem, weil diese Arbeitskräfte der Dienstpflicht unterworfen sind, gewerkschaftlich und politisch vollständig entrechtet, die Unterdrückung, der der gesamte öffentliche Dienst erst noch unterworfen werden soll, für die Zivildienstpflichtigen bereits Gesetz ist. Die Regierung denkt aber auch an Einsatz in solchen Fällen, wie dem Streik der 16000 Arbeiter in den norddeutschen Häfen, an große Straßenarbeiten, usw. Kurz, die 60000 Einsatzplätze Dienstverplichteter sind der Arbeitsdienst, den es ja auch schon mal gab, als die Bourgeoisie das letzte Mal den Krieg vorbereitete.

Hafenarbeiterstreik siehe Seite 4

Der Streik ist durch diese Ivensche Aufklärung über die Rechtslage der Zivildienstpflichtigen nicht verhindert worden. So ca. 50% werden es gewesen sein, die sich an den Streiks beteiligt haben. 5300 waren auf der Demonstration in Dortmund. Die Ratschläge von Sprechern der Zivildienstpflichtigen sich gegen „Anordnungen nicht *demonstrativ*" aufzulehnen, weil dann bloß disziplinarische, aber nicht strafrechtliche Konsequenzen drohten, sind für diesen Erfolg nicht verantwortlich. Sie sind dafür verantwortlich, daß in einzelnen Dienststellen durch Unterdrückung und Einschüchterung der Dienstherr die Streikbeteiligung auf bis 15% drücken konnte.

Wem nützt es, den Charakter von Lebers Wehrdienstnovelle zu vertuschen? Der Erfolg, der durchweg verzeichnet werden kann, liegt begründet darin, daß die Zivildienstpflichtigen über den Charakter ihrer Dienstverpflichtung einigermaßen im klaren sind. So haben z. b. 70 Teilnehmer einer Veranstaltung „Wird der Zivildienst zum Arbeitsdienst?" der „Selbstorganisation der Zivildienstleistenden" in Aachen eine Resolution beschlossen, in der es heißt: „Wir grüßen die streikenden Hafenarbeiter in Norddeutschland. Mit der Wehrdienstnovelle hat die Regierung einen Schritt vorwärts gemacht zur Einführung des allgemeinen Arbeitsdienstes. ZDLer sollen eingesetzt werden für Arbeiten, die im öffentlichen Interesse liegen. Liegt es etwa nicht im „öffentlichen Interesse", einen wochenlangen Streik von Arbeitern im öffentlichen Dienst mit Hilfe der ZDL zu brechen? Damit die ZDL sich dafür hergeben, müssen sie unterdrückt und geknebelt werden. Dazu soll die Kasernierung dienen. Aber wir werden uns nicht damit abfinden."

Durchführen konnten die Zivildienstpflichtigen ihre Aktionen aufgrund der Gewißheit, in der Arbeiterklasse und bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst für ihren Kampf gegen Kasernierung und das Recht auf jederzeitige Verweigerung durch einfache Willenserklärung Unterstützung zu finden, die in hunderten von Briefen, Resolutionen usw. Ausdruck fand, und weil ihre Aktionen auch von den einfachen Soldaten in der Armee begrüßt wurden, weil die Solidarität mit ihrem Kampf gerade von den revolutionären Soldaten organisiert wurde, die für allgemeine Volksbewaffnung kämpfen.

Den Soldaten wird gesagt, wir würden einen Dienst fürs Vaterland leisten und die Zivildienstpflichtigen wären Drückeberger. Doch Soldaten und Zi-

Fortsetzung auf Seite 2

Die Besiedlungspolitik der Zionisten wird nicht geduldet

Der Versuch des israelischen Zionisten Begin, die zionistische Politik des Krieges und des Raubes dem palästinensichen Volk zuzuschreiben, beantwortete die ägyptische Regierung mit Abbruch der Verhandlungen mit Israel. Begin hatte am 18.1.78 das Streben des palästinensischen Volkes nach Selbstbestimmung mit der Nationalitätenpolitik Adolf Hitlers gegenüber Österreich und der Tschechoslowakei verglichen. Das unverschämt freche Auftreten und die Vorschläge der Zionisten nach

– stufenweisem Rückzug der israelischen Truppen aus dem Sinai;

– Festlegung von Gebieten auf dem Sinai, in denen Truppen und Waffen begrenzt werden, sowie Festlegung von entmilitarisierten Zonen;

– dem Status der israelischen Flughäfen auf dem Sinai;

– Überwachung der Sicherheitsmaßnahmen und wie oben erwähnt

– dem Fortbestehen der israelischen Siedlungen auf dem Sinai und Bestimmung ihres Status, verlangten in ihrer Anwendung von der ägyptischen Regierung das verbriefte Recht auf „ewige" Aggression gegen das arabische und palästinensische Volk und auf weitere Annexion arabischen Landes. Der ägyptische Präsident Sadat erklärte von Anfang an, zur Grundlage des Friedens gehören: „Die Beendigung der israelischen Okkupation der arabischen Gebiete seit 1967 einschließlich Ostjerusalem; die Verwirklichung der grundlegenden Rechte des palästinensichen Volkes und seines Selbstbestimmungsrechts, einschließlich des Rechts, seinen eigenen Staat zu errichten." Auf die expansionistischen Besiedlungsmaßnahmen der Zionisten in den besetzten Gebieten antwortete Sadat: „Die Israelis können ihre Siedlungen auflösen oder verbrennen". Zuvor noch hatte Begin großmäulig geprahlt: „Dieser Kompromißvorschlag ist fair und wird auch von Großbritannien wie auch von Amerika unterstützt."

Bei den Verhandlungen konnten die Zionisten deshalb so unverschämt und frech auftreten, weil sie in verschiedener Form die Unterstützung und Duldung durch die beiden Supermächte besitzen. Während der israelisch-ägyptischen Verhandlungen, in denen die Zionisten viel von Frieden redeten, begannen sie provokatorisch mit einer neuen Welle der Besiedlung der besetzten Gebiete auf dem Sinai, im Gazastreifen und Westjordanland mit einem Gesamtinvestitionsprogramm von 383 Millionen israelischen Pfund. In seinem Bericht zur Lage der Nation erklärte Carter, Amerika wolle dazu beitragen, das Bewegungsmoment im Nahen Osten zu erhalten, das in der Aufrechterhaltung der Lage „weder Krieg noch Frieden" besteht. Um „das Bewegungsmoment zu erhalten", hält Carter die Zionisten bei ihrer „Besiedlungspolitik" mit Dollars aus, gleichzeitig versuchen die US-Imperialisten Ägypten 60 leichte Jagdbomber vom Typ „F-5e" zu liefern. 4,25 Milliarden Mark mehr gegenüber dem Vorjahr haben die US-Imperialisten 1978 für den Verkauf von Waffen im Ausland veranschlagt. Begleitet wird diese Art „Verpflichtung für die israelische Sicherheit" der US-Imperialisten durch zunehmenden Kapitalexport in die besetzten Gebiete. Vertreter der US-Neptune Oil Company haben gegenüber Begin erklärt, daß ihre Gesellschaft in jedes Abkommen, das mit Ägypten geschlossen wird, miteinbezogen werde, da sie die Ölquellen im Gebiet At-Tur am Golf von Suez entdeckt und große Summen in sie investiert habe. Gegenwärtig befinden sich Vertreter einer der größten Ölgesellschaften Kanadas in Israel, um auf der Sinai-Halbinsel nach Ölvorkommen zu suchen. Durch verstärkte Militärpräsenz demonstrierte die andere Supermacht, die sozialimperialistische Sowjetunion, daß „Friedensbemühungen" im Nahen Osten ohne ihre Anwesenheit ausgeschlossen sind. 5 Tage nach dem Besuch des ägyptischen Präsidenten Sadat in Israel im November letzten Jahres, führte die Sowjetunion ein 3wöchiges massives Manöver ihrer Luftstreitkräfte durch, das der Erkundung der Möglichkeiten des Waffentransportes in den Nahen Osten und nach Nordost-Afrika diente. In der New York Times vom 8.1.78 wird berichtet, Schätzungen gingen dahin, daß 15% der sowjetischen Transportflugzeuge, 225 an der Zahl nach Addis Abeba, Aden und Maputo in Mozambique geflogen sind, die gleichzeitig mit den Luftstreitkräften gestartet sind. Unter dem Deckmantel von Versorgungsflügen nach Äthiopien war das sowjetische Manöver tatsächlich eine Übung des Ernstfalls. Die libanesische Zeitung „Al-anwar" hat in einem Kommentar vom 6.1.78 das Manöver als Versuch der Sowjetunion bezeichnet, zu prüfen, wie rasch sie eine Intervention im Nahen Osten und in Afrika durchführen könne. Am 16.1.78 führte der sowjetische Flugzeugträger Kiew militärische Übungen mit anderen sowjetischen Kriegsschiffen nahe der ägyptischen Küste durch Die ägyptische Regierung antwortete auf diese militärische Provokation und erließ die Anweisung, keine sowjetischen Schiffe mehr durch den Suez-Kanal zu lassen, wenn sie nicht die Transitgebühren im voraus bezahlten.

Wie die Aasgeier haben sich die Imperialisten, allen voran die beiden Supermächte während der ägyptisch-israelischen Verhandlungen auf die arabische Nation gestürzt, in der Hoffnung, die „Gunst der Stunde" erwischt zu haben, Spaltung und Zwietracht in der arabischen Nation zu schüren und sie durch Waffenlieferungen, Kredite und „Wirtschaftsberater" in immer größere Abhängigkeit zu bringen und damit ihre strategische Ausgangsbasis im Kampf um die Neuaufteilung der Welt zu verbessern.

Die US-Imperialisten haben dazu eigens eine Delegation des amerikanischen Kongresses unter Leitung des „Vorsitzenden des Ausschusses für internationale Beziehungen" durch die arabischen Länder gejagt.

Die Erklärung des saudi-arabischen Ministerpräsidenten Al-Assis nach dem Besuch Carters Anfang dieses Jahres in Saudi-Arabien drückt den starken Willen der arabischen Staaten nach Einheit und Zusammenschluß gegen Imperialismus und Zionismus aus: „Wir werden unsere Politik fortsetzen, die darauf abzielt, unsere Reihen zu schließen, die Araber zu vereinen, die Unstimmigkeiten auszuräumen, und darauf hinzuarbeiten, die arabische und islamische Nation gegenüber allem abzuschirmen, das ihren Interessen, ihrer Stabilität und Sicherheit in Gegenwart und Zukunft abträglich ist . . . Das Vordringlichste ist die Rückkehr des gesamten besetzten arabischen Territoriums zu seinem früheren Status, die Wiederherstellung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes und seine Erlangung des uneingeschränkten Rechts auf Selbstbestimmung." Die Imperialisten haben die passende Antwort auf ihre Beuteträume bekommen. – (Z-Red.)

Kampf gegen Rauschgift?

Nach Ilse Reichel, die von der Bourgeoisie als Senatorin engagiert ist, um zu gewährleisten, daß der bürgerliche Staat über Familie, Jugend und Sport die Kontrolle hat, ist die Tatsache, daß es viele Jugendliche gibt, dafür verantwortlich, daß in Westberlin etwa 5 500 drogenabhängige Jugendliche leben und daß bereits in diesem Jahr wieder vier Jugendliche wegen „Rauschgift-Mißbrauchs" umgekommen sind.

„Dagegen" hat der Senat ein 8,6-Millionen-Programm beschlossen:

Organisierung der Zwangseinweisung in staatliche und halbstaatliche Institutionen, auf Grundlage des Gesetzes der Faschisten aus dem Jahre 1934 über „Unterbringung von Geisteskranken und Süchtigen". Dort wird dann wie in der Landesnervenklinik „Arbeitstherapie" verordnet – bei einer Mark Stundenlohn;

die Wohngemeinschaften werden ausgeweitet – unter staatlicher Kontrolle;

zur Bespitzelung der Jugendlichen werden „streetworker" eingesetzt. Es sind Sozialarbeiter, die sich als Hilfspolizisten in der „Szene" bewegen sollen;

die Arbeitgeberverbände sind aufgefordert, zur „Früherkennung drogengefährdeter Jugendlicher am Arbeitsplatz beizutragen";

Einrichtung von Sicherungsstationen, zwei bis drei sollen es werden mit 60 bis 90 Plätzen für „Behandlungsunwillige"

und schließlich: „Zoll und Polizei werden ihre Anstrengungen verstärken . . . . Die kriminalpolizeiliche Fachdienststelle ist bereits um zehn Kriminalbeamte und zwanzig Schutzpolizeibeamte verstärkt wor-
Kriminalbeamte und zwanzig Schutzpolizeibeamte verstärkt wor-
den."

Wie diese „Anstrengungen" aussehen, berichtete uns eine Schülerin, die eine Rauschgift-Razzia im Tolstefanz (Diskothek) mitgemacht hat. „Um 12 Uhr nachts fuhren fünf Mannschaftswagen auf. Die Polizisten waren ausgerüstet mit Gasmaske, Gummiknüppel und Gummigeschossen. Drinnen wurde kontrolliert, draußen abgesperrt mit Polizeiketten. Wir haben uns das nicht gefallen lassen. Draußen gab es ein Pfeifkonzert als die Bullen mit den Verhafteten rauskamen. Einige Gläser flogen auf die Bullenautos. Dann ging die Knüppelei los, auch auf Passanten, wie die Wilden führten sich die Polizisten auf. Die haben auch Gummigeschosse eingesetzt. Einer, der so ein Geschoß abbekommen hat, mußte ins Krankenhaus. Er hatte eine Schleifspur am Kopf, die Wunde war ein Zentimeter tief und vier Zentimeter lang. Ein anderer bekam eine leichte Gehirnerschütterung als er von so einem Ding getroffen wurde. Noch ein viertel Jahr danach hatte er Kopfschmerzen.

Gegenseitig sollen wir uns bespitzeln. Auf einem Plakat des Polizeipräsidenten „Der Stoff, der in das Elend führt", heißt es „wer ist rauschgiftgefährdet? Junge Menschen zwischen 12 und 24 Jahren sind am meisten gefährdet, wenn sie mit ihrer Umwelt unzufrieden sind!(. . .) Daran kann man Rauschgiftsüchtige erkennen: Änderung des Lebenswandels! (. . .) Nachlassendes Interesse an Familie, Schule, Ausbildung und Beruf! (. . .) Helfen Sie der Polizei, Rauschgifthändler zu fangen, sprechen Sie mit Rauschgiftkranken, stellen Sie für ihn die Verbindung zur Drogenberatung bei den Gesundheitsämtern her." Nicht um den „Kampf gegen das Rauschgift" geht es denen, sondern um die Unterdrükkung unseres Kampfes gegen Arbeitslosigkeit und Lohnsklavendasein. „Dagegen" hat der Senat ein 8,6-Millionen-Programm beschlossen:

– (KJB-Westberlin)

Fortsetzung von Seite 1

Fortsetzung von Seite 1

vildienstleistende sind dem gleichen Zweck unterworfen. Die einen sollen die Waffen tragen, die anderen den Spaten. Kriegsdienst und Zivildienst hat es immer gegeben in der Geschichte, wenn ein neuer Feldzug geplant ist. Dazu werden wir durch Kasernierung und den Hungersold unter die Befehlsgewalt der Offiziere gestellt. Ist da nicht klar, daß wir für das Recht auf Verweigerung und die Weiterzahlung des Lohns während der Dienstzeit eintreten, damit diese Zwangsjacke gesprengt wird? Und ist es nicht ebenso klar, daß wir Soldaten eure berechtigten Forderungen unterstützen, damit ihr diese Zwangsjacke abstreifen könnt?", haben 6 Soldaten der Spielburgkaserne in Wetzlar geschrieben.

Um den Arbeitsdienst und die Militarisierung des Öffentlichen Dienstes mit dem Zivildienst durchzusetzen, setzt die Bourgeoisie auf Spaltung. Zwischen Zivildienstpflichtigen und Soldaten, von wegen Drückebergern, zwischen Zivildienstpflichtigen und Arbeitern wegen Dienstverpflichtung, wegen Arbeitsdienst, wegen möglichem Einsatz als Streikbrecher. Ohne gegen die imperialistische Dienstpflicht aufzutreten, ohne sich die Forderungen nach Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht zu eigen zu machen, können die Zivildienstpflichtigen auf Dauer gegen die Spaltungsversuche des bürgerlichen Staates nicht angehen.

In Erwartung höherer Verschuldung der Arbeiterklasse plant die Regierung die Neufestsetzung der Pfändungsfreigrenze

Letzte Woche konnte man Helmut Schmidts Regierungserklärung entnehmen, daß „es uns besser (geht), die Realeinkommen unserer Bürger einschließlich der Renten (. . .) wiederum merkbar gestiegen" seien. Welch freche Lüge angesichts der lange geplanten Vorhaben der Regierung! In Erwartung höherer Verschuldung der Arbeiterklasse legte die Regierung am 27.6.77 dem Bundestag den Entwurf des „Vierten Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen" vor. Der Rechtsausschuß des Bundestages hat am 11. d. Monats die Annahme des Regierungsentwurfs empfohlen, vorbehaltlich *einiger* Änderungen „zwangsvollstreckungsrechtlicher Vorschriften", deren Beschlußempfehlung zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen soll. Die Regierung ist bestrebt, dieses Zwangsgesetz zur Knebelung der Volksmassen am 1.4.78 in Anwendung bringen zu lassen. Die ausgebeuteten und unterdrückten Klassen haben lange, bittere Erfahrungen mit dem Pfändungsrecht. Die Pfändung ist die Wegnahme fremder Sachen zur Deckung einer Forderung. Die Grundherrenklasse hatte sich zur Eintreibung von Grundzins die „eigenmächtige Pfändung" gesichert. Neben dem Eintreiben von Grundzins sicherte die „eigenmächtige Pfändung" allgemein bei widerrechtlicher Betretung oder Beschädigung des Grundbesitzes durch Mensch oder Tier das Recht, mittels Wegnahme der Tiere oder „beweglicher der beeinträchtigenden Person gehörigen Sachen" Entschädigung durchzusetzen. Heute behält sich die Bourgeoisie zur Eintreibung von Forderungen die gerichtliche Pfändung vor. Das Schuldelend, in das die Massen getrieben werden, wird immer größer. Die *Zinsen* auf Konsumentenkredite betrugen in dem „statistischen" 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt von 1970 bis 1976:

1970	1971	1972	1973
14,96	16,23	19,80	22,51
1974	**1975**	**1976**	
30,35	27,96	32,46	

DM monatlich. Für das Jahr 1976 ergibt das eine Gesamtsumme von 7980 Mio DM an Zinsen aus Konsumentenkrediten. Zynisch schreibt die Regierung in ihrem Entwurf: „Die Pfändungsfreigrenzen für Arbeitseinkommen sollen der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechend angehoben werden. Durch eine Reihe von Maßnahmen soll die Zwangsvollstrekkung zweckmäßiger gestaltet werden . . ." Die Bourgeoisie will sich diese gewaltige Schuldforderung vermittels erheblicher Zwangsausübung absichern lassen. Die Pfändungsfreigrenzen sollen *nicht* durch die Sozialhilfe durchbrochen werden, wie derzeit häufiger der Fall. Deshalb sieht das Gesetz „eine möglichst weitgehende Koordinierung der Pfändungsgrenzen mit den Sätzen der Sozialhilfe" vor. Nach dem geltenden Recht bleibt „der Teil des Arbeitseinkommens, der dem Schuldner zu belassen ist, vielfach hinter den Leistungen zurück, welche Hilfsbedürftigen von den Trägern der Sozialhilfe aufgrund von Ansprüchen gewährt werden, die nicht gefährdet werden können". Der Sozialhilfesatz für eine Person beträgt heute 292 DM im Monat zuzüglich Miete und auf Antrag Heizung und Bekleidung. Wenn dieser Betrag die bisherige Pfändungsfreigrenze von 339,99 DM überschreitet (Nachweispflicht hat der Schuldner), kann er einen Antrag auf Anhebung der Pfändungsfreigrenze stellen. Die Folge ist, daß die Pfändungsbeschlüsse unwirksam oder nur teilweise wirksam werden. Aus diesem Grund wird jetzt die Freigrenze auf 559,99 DM für eine Person oder 1 189,99 DM für vier Personen festgesetzt. Zusätzlich ist die „Ausgliederung" selbst verdienender Unterhaltspflichtiger vorgesehen, was eine entsprechende Senkung der Freibetragsgrenze bewirken soll. Über die „zwangsvollstrekkungsrechtlichen Vorschriften" besteht noch keine Einigung. Bisher sehen diese Vorschriften die „eidesstattliche Versicherung", die „Beugung durch Haft", das „Schuldverzeichnis", in das alle Personen eingetragen werden, die eine eidesstattliche Versicherung abgegeben haben oder die in Haft gehalten worden sind, vor sowie Arrest zur Sicherung der Zwangsvollstreckung in das bewegliche oder unbewegliche Vermögen. Die geplante Veränderung zielt darauf ab, den „Schuldner" in die uneingeschränkte Kontrolle des Staatsapparats zu bekommen. Die Sozialversicherungsträger sollen verpflichtet werden „zur Angabe *aller* das Beschäftigungsverhältnis des Schuldners betreffenden Tatsachen (. . .), insbesondere Mitteilungen über das Brutto- und das Nettoarbeitseinkommen einschließlich aller Zuschläge". – (Z-Red.)

Die westdeutschen Imperialisten gieren nach Kapitalexport in die DDR

Fortsetzung von Seite 1

Hamburg wesentlich von der Höhe der westdeutschen Bezüge bestimmt. Es werde vor allem davon abhängen, ob es der DDR gelingt, sich stärker auf die wachstumsträchtigen Investitionsgüter zu spezialisieren." (Die Welt, 24.1.78) Das allerdings wird der DDR schwerlich gelingen, da rund vier Fünftel der Maschinen, Ausrüstungen und Transportmittel des Exports der DDR vertraglich gebunden in die RGW-Länder, insbesondere in die UdSSR gehen müssen. Das ist das eine große Problem der DDR, der „große Bruder", der sowjetische Sozialimperialismus ist überaus gefräßig und hat über den RGW die DDR-Wirtschaft fest im Griff. Das andere Problem ist für die DDR, daß sie sich bei dem Versuch, sich aus der Umklammerung der UdSSR zu lösen, gegenüber ihrem bedeutendsten Handels-„partner" im Westen, der BRD, hoffnungslos verschuldet hat. Der gegenwärtige Bürgschaftsrahmen, den die DDR in Anspruch nimmt, beträgt 2,25 Milliarden DM. Die westdeutschen Imperialisten sind angesichts der nach ihrer Auffassung in den nächsten Jahren eintreffenden Großaufträge aus der DDR bereit, den Bürgschaftsrahmen aufzustocken. Das läuft auf eine weitere Verschuldung der DDR hinaus.

Keineswegs ist es so, daß die DDR dann bei diesem oder jenem Kapitalisten Schulden hätte und in Verhandlungen unterschiedliche Konditionen durchdrücken könnte. Die Bundesregierung war darauf bedacht, von Anfang an das sogenannte à-forfait-Geschäft im Osthandel zu fördern. Das bedeutet, daß die verschiedenen westdeutschen Firmen ihre Geldforderungen gegenüber der DDR an die großen Banken „verkauft" haben und es damit den Großbanken möglich ist, massiv als Gesamtgläubiger der DDR gegen die DDR aufzutreten. „Natürlich verteuert sich ein Abschluß à forfait, verglichen mit den üblichen Finanzierungswegen. Doch sichert sich der deutsche Osthandel mit diesen Finanzierungsmöglichkeiten Expansionschancen." (U. Stahl in „Eurocooperation", herausgegeben u.a. von der Commerzbank)

50% des Handels der BRD mit den RGW-Staaten wird auf diese Art der Finanzierung betrieben. Die Chancen für weitere Expansion sehen die westdeutschen Imperialisten vor allem in der „Kooperation" mit Betrieben der DDR. Die bekanntesten Kooperationen sind bis jetzt der gemeinsame, grenzüberschreitende Braunkohleabbau sowie der Ausbau der Transitwege zwischen der BRD und Westberlin.

Die Ziele der BRD-Imperialisten liegen offen: „Bei der Zusammenarbeit im Bereich der Produktion liegt der Vorteil bei der Arbeitsteilung im Lohnniveaugefälle." (U. Stahl, a.a.o.) Leidvoll stellen die westdeutschen Imperialisten gegenwärtig noch fest, „der Gedanke der Zusammenarbeit stößt jedoch rasch an seine Grenzen, sobald es um Gemeinschaftsproduktion mit Kapitalbeteiligung an gemischten west-östlichen Unternehmen geht." (U. Stahl, a.a.o.)

Es ist klar, die Zeit scheint den westdeutschen Imperialisten reif, diesen Widerstand der DDR nun endgültig zu brechen. Regierung und Opposition tun das Ihrige, um dem westdeutschen Monopolkapital diesen Durchbruch zu ermöglichen. Zunächst einmal soll mit Druck des innerdeutschen Handels die DDR gezwungen werden, den Ausbau des imperialistischen Brückenkopfes Westberlin hinzunehmen. Darüberhinaus propagieren die westdeutschen Presseorgane den Zerfall des „anderen Teils Deutschlands". Die „Bild"-Zeitung schreibt: „Es brodelt drüben. Die Menschen, Deutsche wie wir und mit gleichem Recht auf Menschenrecht, wehren sich. Sie streiken für Westgeld, sie wollen kaufen, was wir kaufen können. SED-Chef Honnecker muß sogar ein Gespräch mit dem Kanzleramtsminister Wischnewski absagen. Wahrscheinlich geschieht unter dem Eis der Diktatur noch viel mehr. Ein Aufstand wie 1953. Stürzt SED-Chef Honekker?"

Die Hoffnungen der Imperialisten sind trügerisch. Die Arbeiterklasse der DDR wird von der neuen Bourgeoisie der DDR ausgebeutet. Zusätzlich ausgebeutet und unterdrückt werden sie von den sowjetischen Sozialimperialisten. Die westdeutschen Imperialisten liegen auf der Lauer. Und nun sollen die DDR-Arbeiter aufstehen, um sich die dritte Ausbeuterklasse ins Land zu holen? Das ist eine überaus krause Vorstellung. Die gegenseitige Unterstützung der Arbeiter in der DDR mit der westdeutschen Arbeiterklasse im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung liegt erstens näher und wird zweitens bereits gemacht.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon 0611/730231 – Gedruckt bei Caro-Druck GmbH, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/M. – Redaktion: Hindenburgstr. 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 5/78: 32000

Bilanz der Carter-Regierung nach einem Jahr: „Die Ernüchterung ist unverkennbar“

Am 19. Januar, genau am gleichen Tag, an dem der Geschäftsführer der westdeutschen Bourgeoisie, Schmidt, seine Regierungserklärung abgegeben hat, legte der Prediger des US-Imperialismus, Carter, dem Congress seine „Botschaft über die Lage der Nation“ vor. Auch wenn es sich um eine zeitlich bedingte Angelegenheit zu handeln scheint – schließlich ist das Jahr 1978 angebrochen, und Carter hat ein Jahr Amtszeit hinter sich gebracht – ist das tatsächlich nicht so. Oder ist es zufällig, daß ebenfalls gleichzeitig die Arbeiterbewegung in den USA und in Westdeutschland in großen Streikkämpfen beginnt, sich Raum zu verschaffen gegen die verbrecherischen Konkurrenz- und Kriegsschlachten der Imperialisten, die auf ihrem Rücken ausgetragen werden sollen?

Es ist kein Zufall. Die Bilanz der Carter-Regierung nach einem Jahr Amtszeit gibt den Imperialisten Anlaß zur Beunruhigung. Angetreten war der pfäffisch-reaktionäre Carter im Januar 1977 mit dem Ziel, eine Politik nach dem Vorbild des Präsidenten Roosevelt einzuleiten, der vor den imperialistischen Weltkriegen die Arbeiterklasse in ein Militärzuchthaus preßte, die Monopole in ihren blutigen Schlachten auf dem Weltmarkt ermunterte und den Einstieg in die imperialistische Entscheidungsschlacht des Weltkrieges ermöglichte. Nun will Carter damit lieber nichts zu tun haben. Ausdrücklich wünscht er in seiner Rede, mit Präsident Truman verglichen zu werden:

„Es gibt Notzeiten, in denen eine Nation und ihre Führer ihre ganze Energie auf eine einzige dringende Aufgabe konzentrieren müssen … Das war die Pflicht, vor der Franklin Roosevelt zweimal stand, als er Amerika aus einer wirtschaftlichen Depression herausführte und wiederum, als er Amerika zum Sieg im Kriege führte.

Es gibt andere Zeiten, in denen es keine einzelne, alles überschattende Krise gibt – in denen es jedoch um profunde nationale Interessen geht. Das war das, was Henry Truman in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg tat, als er Europa und Japan half, sich wieder aufzubauen und eine internationale Ordnung gewährleistete, die die Freiheit vor der Aggression geschützt hat. Auch heute leben wir in solchen Zeiten – und stehen vor solchen Pflichten.“

Offensichtlich paßt es dem Kriegspräsidenten Carter nicht, als solcher erkannt zu werden. Tatsächlich kommt ihm das Verdienst zu, sämtliche abgefeimten Methoden der Imperialisten auf sich zu vereinigen, einschließlich der der westdeutschen und japanischen, denen der US-Imperialismus wieder mal „helfen will, sich aufzubauen“, ihr Konkurrenzvorteil auf dem Weltmarkt soll im Interesse des „Schutzes der freien Märkte“ zunichte gemacht werden. Die Geschichte wiederholt sich nicht einfach, sie führt zu einer enormen Verschärfung der Widersprüche im Weltmaßstab, wenngleich die Ausbeuterklasse solange an ihren verbrecherischen Zielen festhalten wird, bis ihr die Arbeiterklasse den Todesstoß versetzt hat. Carter vereinigt auf sich alle Verbrechen, die die Imperialisten an der Arbeiterklasse begehen müssen, um sich für den nächsten Krieg zu rüsten: gelernt hat er von den „verfeinerten“ Methoden der Schweißauspressung, wie sie die imperialistischen Konkurrenten in der BRD und Japan zur Blüte getrieben haben. Seine „Reformprogramme“ sind Ausgeburten der grenzenlosen Profitgier des Kapitals, der militärmäßigen Unterdrückung der Arbeiterklasse. Angriff auf die Löhne durch erzwungene Stillhalteabkommen, Ausnutzen der Reservearmee von Arbeitslosen durch Vernichtung der Solidarkassen und Einrichtung von Arbeitsdienst über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Regierung, Heraufsetzung des Rentenalters und Kürzung der Lebenszeit der Rentner durch Raub an den Renten, Steuermästung für die Kapitalisten, Betrug an den Massen durch sogenannte „Steuererleichterungen“, die der Arbeiterklasse als „Alternative“ zu schrankenloser Lohnsenkung angeboten werden.

Für jede einzelne dieser Maßnahmen verdient Carter den grenzenlosen Klassenhaß der Arbeiter. Den hat er bereits zu spüren bekommen. Und nicht nur ihren Haß, sondern auch ihre Kampfkraft. Die hartnäckigen Streikkämpfe der Stahlarbeiter, der Bergarbeiter, der Farmer, das ist es, was sich Carter eingehandelt hat; sein Energieprogramm ist darüber ganz bedenklich ins Wanken geraten.

„Wir geben jeden Tag 120 Millionen Dollar für ausländisches Öl aus. Das verlangsamt unser wirtschaftliches Wachstum, senkt den Wert des Dollar im Ausland und verschärft die Arbeitslosigkeit und Inflation in unserem Lande … Unsere Hauptaufgabe im eigenen Lande ist in diesem Jahr die Wirtschaft der Nation, mit der Energie als einem zentralen Element.“

Das Programm verfolgt die Spaltung der OPEC-Staaten, es zielt darauf ab, die amerikanischen Massen zahlen zu lassen für den ungeheuren Schlachtplan, die erdölproduzierenden Länder in die Abhängigkeit zu zwingen und darüber die Voraussetzung für die Entscheidungsschlacht mit der anderen Supermacht zu schaffen. Sowohl die amerikanischen Bergarbeiter, die in den letzten Wochen etwa die Hälfte der Kohleförderung lahmgelegt haben durch ihren Streik, als auch die Entscheidung der OPEC-Staaten, vorläufig den Ölpreis nicht zu erhöhen, schränken den Spielraum der US-Imperialisten empfindlich ein. Die Förderung der Kohleproduktion muß einhergehen mit der Senkung des Lohns der Bergarbeiter, um die „Konkurrenzfähigkeit“ der Kohle als Energieträger zu erhöhen, darüber die erdölproduzierenden Länder zu erpressen und ihre Einheit über wirtschaftlichen Zwang zu sprengen, indem einige gezwungen sind, den Ölpreis zu erhöhen, um überhaupt ihre Wirtschaft aufbauen zu können, andere das nicht so hart trifft. Haben die US-Imperialisten sich Teile der Dritten Welt darüber wieder gefügig gemacht, so ihre Rechnung, wird es Zeit für die Offensive in Europa. Vorbereitet wird das bereits. Die Stationierung amerikanischer Besatzertruppen in Westdeutschland ist erhöht worden; der „Verteidigungshaushalt“ Carters wird um 9,4% aufgestockt, in einem Gesamthaushalt, der äußerst „schmal“ und „knapp“ ist, „damit Carter wenigstens optisch sein Versprechen wahrmachen konnte, daß er den Verteidigungsetat entscheidend kürzen wolle“. (Die Welt, 24.1.78)

Die Massenbewegung gegen die Aggressionspolitik, wie sie sich seit dem Vietnamkrieg entfaltet hat, setzt den US-Imperialisten eindeutig Grenzen; so ändert Carter die Politik der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder der Dritten Welt; nicht direkte Waffenlieferungen im Rahmen der „Entwicklungshilfe“ sollen im Mittelpunkt stehen – dort beträgt der Etat für 1977 5,4 Milliarden Dollar (1978: 5,3 Milliarden) – sondern Förderung des Exports amerikanischer Waren über Weltbank und IWF sollen die Voraussetzungen schaffen für das Eindringen des Kapitals, die Zerstörung und Behinderung des Aufbaus einer selbständigen Wirtschaft in den Ländern der Dritten Welt. Ihren Warenabsatz durch Dumping und Betrügereien zu durchkreuzen, das ist die neue imperialistische Strategie. Um so vehementer schreit der Pfaffe Carter nach den „Menschenrechten“, nach Abbau von Handelsschranken, nach Öffnung der Märkte. In diesen abgefeimten Methoden stehen sich die beiden Supermächte in nichts nach.

„Ernüchterung ist unverkennbar“, kommentierte „Die Welt“ Carters Lagebericht an den Congress. Diese Ernüchterung hat zwei Seiten: Ernüchtert hat Carter die wachsende Einheit der Länder der Dritten Welt, ernüchtert haben ihn die Kämpfe der amerikanischen Arbeiterklasse und der Farmer. „Ernüchtert“ setzt der US-Imperialismus auf die Verschärfung der Unterdrückung, um die „Reformprogramme“ Carters gegen die Massen durchzusetzen: der öffentliche Dienst soll reorganisiert, d.h. militarisiert, politisch entrechtet und von der Arbeiterklasse abgespalten werden. Es wird ein eigenständiges Ministerium für Erziehung gebildet; ähnlich der kürzlich erfolgten Gründung eines zentralen Energieministeriums dient diese Maßnahme der Verschärfung der Staatsaufsicht, diesmal über die Jugend, die in Arbeitslagerprogrammen in die Profitproduktion gepreßt und gefügig gemacht werden soll. Da können die US-Imperialisten einiges von ihren westdeutschen Ausbeuterkomplizen lernen. „Die Bilanz ist gut“, sagte Carter. Er hat nicht vor nachzugeben. Die Arbeiterklasse und die Länder der Dritten Welt genausowenig. – (Z-Red.)

Satellit der Sozialimperialisten über Kanada abgestürzt

Absturz des Satelliten Kosmos 954 – „kein Grund zur Panik“, sagt der kanadische Verteidigungsminister, und Carters Sicherheitsberater Brzezinski beschwichtigt: „… die Möglichkeiten für eine wirkliche Gefahr sind gering.“

Einig sind sich die Imperialisten aller Schattierungen immer dann, wenn sie ihre Verbrechen gegen die Völker der Welt vertuschen wollen. „Enge Kooperation mit Moskau“ vermeldet die bürgerliche Presse befriedigt. Die Imperialisten schießen ganze Kernkraftwerke auf Umlaufbahnen um die Erde, um damit Laserstrahl- und Elektronenkanonen zu betreiben. Damit können sie die mit Wasserstoffbomben gespickten Satelliten ihrer imperialistischen Konkurrenten zerstören oder die Radaranlagen zur Ausspionierung von oben betreiben.

45 kg angereichertes Uran 235 habe der Satellitenreaktor enthalten, der jetzt über Kanada abgestürzt ist, genug, um ein Kleinkraftwerk von 30 – 50 kW zu betreiben. Selbstverständlich wissen die Imperialisten von ihren Wissenschaftlern, daß 45 kg radioaktives Material nicht spurlos verschwindet, wenn so ein Satellit abstürzt. Wenn er in der Atmosphäre verglüht, ist das eher noch schlimmer, weil sich die ganze Radioaktivität weit verteilt.

Durch die Spaltung des Uran 235 im Reaktor entstehen unter anderem die stark radioaktiven Spaltprodukte Strontium 90 (Sr-90) und Caesium 137 (Cs-137), die erst nach 20 – bzw. 33 Jahren in ihrer Strahlungsaktivität auf die Hälfte zurückgehen. 5 – 10 kg Sr 90 und Cs 137 ergeben eine Aktivität von 1 Mio. Curie, das ist der Wert, der in der bürgerlichen Presse für die Aktivität des abgestürzten Reaktors genannt wird. Sr 90 kann anstelle von Calcium in den Knochen eingebaut werden und dort jahrelang bleiben und strahlen. Ein Millionstel Curie ist die maximale Aktivität für Sr 90-Proben, selbst in speziell eingerichteten Labors.

Die Gamma-Strahlung, die von dem abgestürzten Reaktor ausgeht, hat noch in 100 m Entfernung die Dosisleistung von ca. 20 rem pro Stunde. Eine Ganzkörperbestrahlung von 400 rem ist zu 50% tödlich. 1,5 rem im Jahr ist die höchstzulässige Belastung für Menschen, die mit radioaktivem Material arbeiten.

Noch weit gefährlicher ist es, wenn auch nur ein winziger Teil des radioaktiven Materials in den Körper gelangt. 1 Mikro-Curie, 1 Billionstel der Aktivität des Reaktors, 5 Milliardstel Gramm Sr 90, bewirkt im Körper eine lokale Strahlenbelastung in einem Umkreis von 1 mm von ca. 50 rem pro Stunde, und das im Falle des Strontiums über Jahrzehnte.

Die Imperialisten haben deshalb auch allesamt ihre Katastrophenstäbe in höchste Alarmbereitschaft versetzt, heimlich versteht sich. Ihre größte Sorge war, daß das Volk nichts erfährt. Die Bewohner von Yellow Knife, Kanada, in deren Nähe der Satellit niederging, seien nicht vorgewarnt worden, „um unnötige Hysterie zu vermeiden“ (der kanadische Verteidigungsminister). Die Hysterie, vor der sich die Bourgeoisie fürchtet, ist der Widerstand der Volksmassen gegen die Kernwaffen, die Forderung nach dem vollständigen Verbot der Kernwaffen, die nach jedem aufgedeckten Verbrechen der Imperialisten an Stärke gewinnt.

Atom-Satelliten-Alarm

Karlsruhe. Am Montag, den 24.1. um 14.30 Uhr wurde wegen dem sowjetischen Atom-Satelliten Alarm für alle ABC-Einheiten der Bundeswehr gegeben. Der Alarm fand unter völligen Kriegsbedingungen statt. Den Soldaten wurde nicht gesagt, ob es ein echter oder nur ein Übungsalarm sei. Zeitung lesen, Radio hören oder Telefonieren war wegen der Hetze kaum möglich. Nur dadurch, daß auch die Küche alarmmäßig verpackt und Atomspürmeldungen für Luftspuren nachgedruckt wurden, merkte man, daß dies wohl kaum ein Übungsalarm ist. Sämtliche Waffen und Dekontaminationsmittel (Mittel gegen radioaktive Verseuchung) wurden verladen, und am Dienstag Morgen wurden wir nochmal kurz in den wichtigsten Geräten eingewiesen. Erst am Mittwoch erfuhren die Soldaten von dem Satelliten und das auch nur über die Zeitung.

Weisung der Sozialimperialisten an die russischen Arbeiter und unterdrückten Völker: „Heute besser arbeiten als gestern und morgen mehr als heute“

Die russische Finanzbourgeoisie steckt in beträchtlichen Schwierigkeiten. Die großen revolutionären Erfahrungen der sowjetischen Arbeiter und Bauern, die sich in der Oktoberrevolution bewährt haben, sind trotz der großen Niederlage, die die russische Arbeiterklasse und die sowjetischen Völker durch die Machtergreifung der neuen Zaren erlitten haben, nicht verschüttet.

Die Mobilmachung zur verschärften Ausbeutung scheitert immer wieder. „… In den ersten 2 Jahren des 5-Jahres-Planes wurde in der Industrie jeder 11. Betrieb nicht mit der Realisierung des Plans fertig. Dadurch entstanden Produkionsverluste von 4 Mrd. Rubel (12 Mrd. DM) …“ (Prawda 14.1. 78) So richteten die Sozialimperialisten (ZK und Ministerrat) jetzt am 14.1. 78 zur Erfüllung und Übererfüllung des Plans einen Brief an die russischen Arbeiter, der in der Parteizeitung „Prawda“ und allen anderen Zeitungen der Sowjetunion veröffentlicht wurde. Als wichtigste Aufgabe des Volkswirtschaftsplans der SU wird die Intensivierung der Produktion bezeichnet, wobei sich die Arbeitsproduktivität der Volkswirtschaft um 3,5% erhöhen soll. Ziel ist, die Ausbeuterei mit Akkord- und Schichtarbeit zu verschärfen.

„… Der Rhythmus der Produktion wurde nicht eingehalten. Jährlich machen die Verluste wegen Bummelei, Maschinenstillstand, Fernbleiben vom Arbeitsplatz Dutzende von Millionen Arbeitstagen aus. Allein in der Industrie verlor die Produktion aus diesem Grunde im vergangenen Jahr mehr als 3 Mrd. Rubel … Es ist notwendig, jede Minute der Arbeitszeit zu achten und zu sichern. Ihre völlige Ausnutzung ist eine der Hauptquellen der Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums und der Macht unserer Heimat. Der Kampf für höhere Produktivität ist unauflöslich verbunden mit der Sorge um den Menschen der Arbeit.“ (Brief des ZK, Prawda 14.1.78)

Wie Arbeitsvieh sollen die russischen Arbeiter und Bauern den Buckel krumm machen für Expansion und Weltherrschaftsstreben. Natürlich ist damit verbunden die Sorge um den Menschen der Arbeit. Besorgt sind die neuen Zaren darüber, daß sich die Arbeiter und Bauern das nicht bieten lassen. Denn die „sozialistischen Pflichten erfüllen“ heißt, sich den Methoden wie der Stschokino-Methode beugen: Standardisierung der Arbeit, Entlassungen in großem Ausmaß, Spaltung der Arbeiter durch Zahlung von Prämien bei erhöhter Leistung. Für Profit und Höchstprofit schaffen ist keine sozialistische Pflicht. So gibt es Kampf gegen die Durchsetzung der Schichtarbeit: „… Eine große Anzahl von Betrieben arbeitet praktisch nur eine Schicht. Die Schichtarbeit der Traktoren sinkt …“ (Prawda). Wenn 1978 das Volkseinkommen um 4% und der Gewinn der Industriebetriebe um 8,8% steigen soll, bedeutet das Verelendung der Massen und Kapitalanhäufung für die Sozialimperialisten. Wen wundert es, daß „jährlich große Mengen an Getreide, Kartoffeln, Gemüse, Obst während der Ernte, des Transports, der Verarbeitung und der Lagerung verloren gehen“, daß „Vieh in großem Maßstab verendet …“ (Prawda)

Staatshaushaltsplan (Budget für 1978 in Mrd. Rubel):

	1977	1978	Zunahme in %
Einnahmen insgesamt	238,8	264,4	3,2
davon aus der sozialist. Wirtschaft	216,6	223,4	3,1
davon Zahlung aus Gewinn staatlicher Unternehmen (1)	78,4	87,5	1,3

(1) Davon ausgegeben für Maßnahmen zur Hebung des Lebensstandards: 9,0 Mrd. Rubel und für staatliche Sozialversicherung: 31,4 Mrd. Rubel – (Quelle: Ekonomskaja Gazeta, Nr. 2/78, Prag)

Wirtschaftliche Zuwachsraten der SU 1978 und 1977 (in % des Vorjahres)

	1978/77	1977/76
Volkseinkommen	4,0	4,1
Industrieproduktion	4,5	5,6
davon Schwerindustrie	4,7	5,9
Konsumgüterindustrie	3,7	4,9
Kapitalinvestitionen	3,8	4,6
Gesamtgüterumschlag	5,3	6,3
Gewinn der Industriebetriebe	8,8	11,0
Arbeitsproduktivität in der Industrie	3,8	4,8
Arbeitsproduktivität im Bauwesen	4,3	5,3
Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung	3,0	3,8
Einzelhandelsumsatz	3,9	4,8
Dienstleistungen	8,5	7,3
Außenhandel	10,0	

(Quelle: Presseschau Ostwirtschaft Nr. 12/77, Österreichisches Ost- und Südosteuropainstitut)

Verschärfung der Ausbeutung und Rationalisierungen in der Industrie und der Landwirtschaft, Verbesserung der Qualität, Effektivität und Produktivität auf den Knochen der Arbeiter und Bauern und verstärkte Kontrolle sollen die Verelendung der Volksmassen vorantreiben und die Sozialimperialisten konkurrenzfähig machen. Die Profite sollen zentralisiert, die Konzentration und Zentralisation des staatsmonopolistischen Kapitals vorangetrieben werden. „Jeder Zweig, jeder Betrieb muß seinen Beitrag leisten zur Erfüllung dieser ökonomisch und politisch wichtigen Aufgabe. (Versorgung der Bevölkerung). Aktuell bleibt das Problem der Verbesserung der Qualität und Auswahl der Produkte.

Viele Betriebe produzieren mit veralteten Methoden veraltete Waren, die dann in den Regalen liegenbleiben. Der wichtigste Beitrag für die Erhöhung der Effektivität der Produktion und die Erfüllung des Plans ist die organisatorische Arbeit und Disziplin auf allen Ebenen unserer Arbeit. Besonders hoch ist das Maß der strengsten Beachtung der Plandisziplin durch Ministerien, Behörden und ihre Mitarbeiter. Man muß überall vom allgemeinen staatlichen Interesse ausgehen und entschieden die Elemente des Lokalismus und Amtsegoismus bekämpfen.“ (Prawda)

Der Oberzar Breschnew gar: „Heute besser arbeiten als gestern und morgen besser (mehr) als heute! Das ist die Losung des Tages. Besser – das bedeutet, sich stützen auf die Qualität, die Effektivität, die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Gerade hier ist das Herz der sozialistischen Pflichten wie auch überhaupt unsere gesamte wirtschaftliche Tätigkeit.“ (Prawda) Dieses Rubelherz zu erstechen, ist heute schon der Wunsch von Millionen. – (Bezirk Westberlin)

Über 30.000 Stahlarbeiter bekunden durch Warnstreiks ihre Kampfbereitschaft.

Bremen. Flugblatt der Vertrauenskörperleitung: „(...) Das ‚Angebot‘ der Unternehmer zur Tarifrunde beträgt nach wie vor:
– Lohnpause bis 30.4.1978
– Ab 1.5.1978 eine Tariferhöhung von 3,5%.

Das bedeutet in Wirklichkeit eine Lohn- und Gehaltserhöhung von nur 1,75%! Aus Protest gegen dieses völlig ungenügende Angebot haben gestern die Kollegen der Nachtschicht aus dem Kaltwalzwerk die Arbeit niedergelegt. Die Vertrauenskörperleitung hat daraufhin folgendes Telegramm an die Verhandlungskommission geschickt:

‚Heute haben im Kaltwalzwerk die Kollegen der Nachtschicht die Arbeit für eine Stunde niedergelegt. Sie protestieren gegen das Minimalangebot der Unternehmer von 1,75% und fordern Euch auf, sofort die Urabstimmung einzuleiten.‘ (...) Vertrauenskörperleitung.‘

Wickede. Alle 800 Arbeiter der Mannesmann Röhrenwerke in Wickede bei Unna streikten am Dienstag, den 24.1. in der Früh- und Spätschicht jeweils für eine Stunde gegen das Angebot der Stahlkapitalisten. Sie formierten einen Demonstrationszug durch alle Werkshallen bis zum Verwaltungsgebäude.

Hagen. Am Mittwoch, dem 25.1., streikte die gesamte Frühschicht (500) der Stahlwerke Südwestfalen für eine halbe Stunde. Auf der Streikversammlung ergriffen viele Arbeiter das Wort. Ein Arbeiter agitierte unter großem Beifall gegen die immer schärfere Steuerschraube und besonders die jüngste Mehrwertsteuererhöhung, weshalb auch die 7%-Forderung eh schon schon zu wenig sei.

Mülheim. Am Dienstag haben 4200 Arbeiter der Mannesmann-Röhrenwerke und der Thyssen-Henschel-Antriebstechnik in Mülheim an der Ruhr gestreikt. 4000 Arbeiter der Großrohrstraße, der Contistraße und des Blechwerks sowie Arbeiter von Kammerich-Reisholz versammelten sich in einer großen Werkshalle und verfaßten eine Resolution an die Große Tarifkommission. Darin werden die Kapitalisten aufgefordert, „ein Angebot entsprechend unseren Forderungen zu machen.“

Am Montag, dem 23.1.78, hatten 200 Arbeiter der Kammerich-Reisholz GmbH, ausgeliehen an Mannesmann-Röhrenwerke Mülheim, einen Warnstreik durchgeführt. Ebenfalls am Montag hatten 500 Arbeiter der Thyssen-Gießerei gestreikt.

Bochum. Bei den Friedr. Krupp Hüttenwerken Bochum haben am Dienstag, dem 24.1., 1000 – 1200 Arbeiter in den Schmiede- und Bearbeitungsbetrieben etwa eine Stunde gestreikt. Sie forderten über ihre Vertrauensleute die Große Tarifkommission auf, nachdrücklich ihre Forderungen zu vertreten.

Duisburg. Am Dienstag haben die Arbeiter *aller* Stahlbetriebe in Duisburg Warnstreiks gegen das provokatorische Kapitalistenangebot durchgeführt. Die Stahlarbeiter der Hauptwerkstatt und anderer Abteilungen der Krupp-Hüttenwerke streikten am 24.1.78 von 10 bis 11 Uhr.

Bei Mannesmann Huckingen zogen 600 Stahlarbeiter des Blasstahlwerkes komplett sowie Arbeiter aus den anderen Abteilungen vor das Betriebsratsbüro. Die Arbeiter von Mannesmann Mündelheim legten für etwa eine Stunde die Arbeit nieder.

Am Dienstag, 24.1.78, haben sich über 6000 Arbeiter und Angestellte bei Thyssen, darunter die ganze Lehrwerkstatt (ca. 600) um 8.45 Uhr vor dem Tor 1 versammelt. Gemeinsam zogen sie zur Verwaltung und forderten: Der Aufsichtsrat soll herauskommen!

Auf einem Transparent forderten sie „Urabstimmung für Streik“. In Sprechchören riefen sie: „Unsere Taschen sind leer, wir brauchen 7% mehr!“ Viele meinten, daß 7% eigentlich schon viel zu gering wären. Einer hielt ein Schild in der Hand: 7% sind ein Hohn, wir brauchen 200 DM mehr Lohn!

Am Mittwoch streikten 150 Arbeiter der Frühschicht der Thyssen-Hüttenbetriebe in Meiderich, um gegen das Angebot der Stahlkapitalisten zu protestieren.

Düsseldorf. Am Mittwoch, dem 25.1., haben 500 Arbeiter von 2000 bei Mannesmann-Rath zwischen 30 Minuten und einer Stunde gestreikt. Bei Mannesmann-Lierenfeld (1500 Arbeiter) haben sich etwa 1000 Arbeiter vor dem Betriebsratsbüro versammelt.

Am Dienstag, 24.1., haben bei Mannesmann-Ehrenfeld 600 Arbeiter der Frühschicht für eine Stunde die Arbeit niedergelegt und sich beim Betriebsratsbüro über den neuesten Stand der Verhandlungen informiert.

Im Rather Werk von Mannesmann streikten am Dienstag etwa 500 Arbeiter der Frühschicht eine Dreiviertelstunde.

Krefeld. 2800 Arbeiter und Angestellte streikten am Mittwoch rund eine Stunde bei Thyssen Edelstahlwerke (TEW) Krefeld. Die 2800 versammelten sich vor dem Verwaltungsgebäude. Die Vertrauensleute und Kollegen forderten die Gewerkschaftsvertreter auf, mit aller Schärfe gegen das Angebot zu protestieren.

Seehafenkapitalisten zu 7%-Angebot gezwungen! Ein Fortschritt im Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen!

Am Samstag boten die Seehafenkapitalisten der Verhandlungskommission der Gewerkschaft ÖTV 7% auf die Tariflöhne in den jeweiligen Lohngruppen an. Der Haken bei diesem Angebot: Der Abschluß hat ziemlich viel Luft für die Kapitalisten, sie könnten ein rundes Prozent mehr zahlen. Außerdem soll der neue Tarif erst ab Februar gelten, so daß für den Januar noch alter Lohn gilt und keine Nachzahlung erfolgt. Weiter wurde der Verhandlungskommission der ÖTV im Zusammenhange dieses Angebots ein Dokument zur Unterzeichnung vorgelegt, das folgenden Wortlaut hat:

„Das Ergebnis der diesjährigen Lohnrunde in den deutschen Seehäfen ist mit den von den Tarifvertragsparteien anerkannten Maßstäben der gesamtwirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik nicht zu messen. Vielmehr ging es darum, den letzten lohnpolitischen Schritt zu tun und diesmal die vollzogene technologische Entwicklung in den deutschen Seehäfen und die davon ausgehenden höheren technischen Anforderungen an die Qualifikation aller Hafenarbeiter anzuerkennen.

Das konnte nur geschehen, nachdem die deutschen Seehäfen aus dem für sie tiefen Tal der Rezession im Jahre 1975 herausgekommen waren und im Jahr 1977 im ganzen wieder eine gute Beschäftigung zu verzeichnen hatten.



Dieser besondere lohnpolitische Anpassungsprozeß, der auch Elemente des abgelaufenen längerfristigen Eingruppierungsvertrages enthält, ist hiermit abgeschlossen und nach Art und Höhe nicht wiederholbar.

In diesem Zusammenhang werden die am 31.12.1977 abgelaufenen Tarifverträge bis zum 31.1.78 verlängert.“

Vom sachlichen Gehalt her ist dies Dokument völlig lächerlich. Wenn Siegfried Merten „gemeinsame anerkannte Maßstäbe der gesamtwirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik“ mit den Kapitalisten hat, so soll er sich mit Heinz Kluncker streiten, dehn worin sollten diese bestehen, wenn nicht im Sachverständigengutachten; alle anderen bekannten Maßstäbe sind eher noch schlimmer. Die rasante Rationalisierung in den Seehäfen als einzigartigen Fall hinzustellen, das wird auch bei niemandem auf sachliche Zustimmung stoßen. Und wenn es eine höhere Qualifikation der Hafenarbeiter anzuerkennen gab, warum hat der Schlichter Fahning diese nicht schon gleich anerkannt? Weil die höhere Qualifikation der Hafenarbeiter in der Hauptsache in ihrem großen Bewußtsein und der Notwendigkeit des Kampfes bestand und die Kapitalisten nicht etwa die Qualifikation, sondern das Bewußtsein und die politische Klugheit der Seehafenarbeiter falsch eingeschätzt haben.

Ebenso deprimierend wie dies Dokument auf den ersten Blick ist, ebenso ungefährlich wird es für die Wahrung des solidarischen Zusammenhangs der verschiedenen Lohnbewegungen sein. Denn es ist so sachleer und falsch, daß man nicht mal damit spalten kann, geschweige denn jemand darauf vereinheitlichen.

Bis Redaktionsschluß dieser Ausgabe der KVZ bleibt ungewiß, ob es den Seehafenarbeitern gelingt, das Bündel von Zumutungen, das die Verhandlungskommission zusammengesammelt hat, zu zerbrechen. Wenn es ihnen gelingt, so haben die Seehafenarbeiter Glückwünsche und Solidarität der tätigen und kämpfenden Arbeiterbewegung. Schon bisher haben die Seehafenarbeiter demonstriert, daß sich der politische Druck und die krumme Propaganda, die von den Kapitalisten ausgeübt werden, durch energischen Kampf um eine Prozente geradebiegen läßt. Selbst *wenn* jetzt der volle Erfolg verhindert werden kann, so hat die Arbeiterbewegung doch die erste Prüfung dieser Lohnbewegung doch bestanden. Nicht die Arbeiter, sondern die Kapitalisten mußten zurückstecken. So schmutzig die von SPD-Bürgermeister Klose diktierte Erklärung auch ist, auf der anderen Seite zeigt sie in ihrer ganzen unsachlichen Schwindelei doch eine gewisse Hilflosigkeit der Kapitalisten und ihrer Ideologen wie Politiker.

Hafen Antwerpen: Unsere Solidarität mit anderen Hafenarbeitern hat eine gute Tradition

Antwerpen ist nach Rotterdam der zweitgrößte Hafen in Europa. Hier arbeiten rund 10 000 Arbeiter, mehr als 13 500 Schiffe werden jährlich im Antwerpener Hafen abgefertigt, dazu 60 000 Binnenschiffe.

Die Hafenarbeiter waren über den Streik der westdeutschen Hafenarbeiter gut informiert. Am Freitag morgen erklärten einige Docker am Kai 138, daß sie, sobald die Gewerkschaft den Beschluß zur Solidarität gefaßt hätte, sofort überall Wachen aufstellen und damit verhindern würden, daß die Ladung von nach Antwerpen umgeleiteten Schiffen gelöscht würde. Sie jedenfalls seien entschlossen, die westdeutschen Hafenarbeiter zu unterstützen. „Wir Arbeiter müssen überall zusammenarbeiten.“

Im Gegensatz zur holländischen Transportarbeitergewerkschaft hat die belgische Gewerkschaft keinen offiziellen Beschluß gefaßt, die für Westdeutschland bestimmten Schiffe zu bestreiken. Lediglich die christliche Gewerkschaft hatte zur Solidarität aufgerufen.

Bis Freitag einschließlich war nicht bekannt, daß bereits Schiffe nach Antwerpen umgeleitet worden waren. Einige Hafenarbeiter sagten allerdings, daß es in den letzten beiden Tagen mehr Arbeit als gewöhnlich gegeben habe. Sie rechnen damit, daß bis Montag die ersten Schiffe eintreffen würden und bereiteten sich darauf vor, sie zu bestreiken.

Einige Hafenarbeiter berichten:

„Unsere Solidarität mit anderen Hafenarbeitern hat eine gute Tradition. Wir haben immer zusammengearbeitet, z.B. mit den Hafenarbeitern aus Rotterdam. Es ist so, wenn sie in Rotterdam streiken, kommen sie nach Antwerpen, damit wir hier direkt Aktionen machen. Das müssen die deutschen Docker auch machen. Immer Solidarität zwischen den Häfen. Wenn wir aus Solidarität mit einem Streik nicht auch selbst streiken, dann arbeiten wir langsam. Hier in Antwerpen machen wir seit 2 Tagen Propaganda, auf den Kais, an den Dampfern, für die Solidarität mit den Hamburger und Bremer und anderen Hafenarbeiter. Wir arbeiten langsam. Wir sind sehr wachsam, kontrollieren soviel wie möglich die Dampfer, wir kontrollieren die Papiere, auch von den Lastwagen. Z.B. liegen hier in Antwerpen, am Kai 186, zwei Dampfer mit Bananen. Wir haben sie kontrolliert und langsam gearbeitet. Die waren nicht für die Häfen in Deutschland bestimmt. Aber ein Lastwagen z.B. fuhr Bananen in die Nähe der österreichischen Grenze. Deshalb haben wir langsam gearbeitet. Die Kapitalisten waren gezwungen, zwölf Arbeiter mehr einzustellen für die Arbeit. Der Dampfer wurde einen Tag später fertig. So geht die Solidarität mit eurem Streik weiter. Wir wissen aber noch nicht die Namen von den Dampfern, die nach Antwerpen kommen und nicht nach Hamburg gehen. Wir sind sicher, daß Schiffe kommen, vielleicht morgen oder Montag. Aber wir wissen die Namen nicht. Das müßt ihr uns sagen. Ihr müßt uns die Namen geben, damit wir weitergehen können.

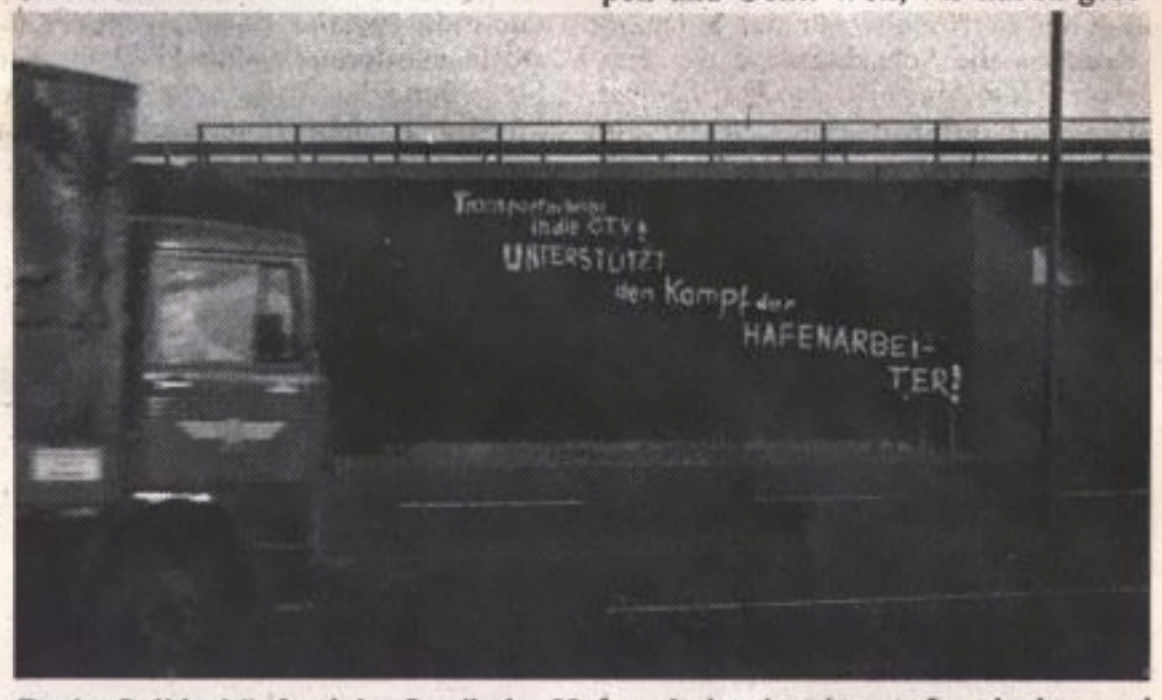
Die Kapitalisten machen hier Propaganda mit der Konkurrenzlage. Sie sagen, daß es eine Konkurrenz gibt zwischen Hamburg und Antwerpen und Rotterdam. Wir Hafenarbeiter sagen, das ist eine Lüge. Wir kämpfen gegen denselben Feind. Z.B. hier die Firma Müller Thompson, die ist dieselbe in Hamburg, Bremen, Rotterdam und hier. Die Propaganda mit der Konkurrenz ist eine Lüge für die Arbeiter, um uns hier gegen die Hamburger Hafenarbeiter zu stellen. Wir verdienen nicht hin. Wir arbeiten für dieselben Kapitalisten, und die Konkurrenz ist ein Mittel, uns zu spalten.“

Ein anderer Arbeiter berichtete, wie die Kapitalisten zur Zeit in großem Rahmen Hafenarbeiter entlassen: „Sie rufen 20 und 30 Docker vor eine Kommission, und da fragen sie: Wieviel Tage haben Sie gearbeitet? Ist das nicht genug für die Herren, dann nehmen sie einem erst die Bestandssicherheit ab. Das ist ein neues Reglement, das sie eingeführt haben unter Mitwirkung der Gewerkschaften. Es kommen keine neuen Arbeiter in den Hafen, und es gehen immer mehr und mehr Docker weg vom Hafen. Sie sagen, daß an den Häfen viele arbeiten, die nicht arbeiten wollen. Doch jeden Tag haben 3 000, 4 000, 5 000 Docker keine Arbeit. Die Konkurrenz unter den Arbeitern ist sehr groß. Ein Arbeiter, der hier arbeitet, muß mehr arbeiten, schneller arbeiten, er darf nicht krank sein. Bist du krank, bist du alt, dann kommst du nicht mehr mit, weil die Arbeit zu hart ist.“

„Ich bin ein Arbeiter von 50 Jahren. Ich arbeite seit 25 Jahren im Hafen. Jetzt bin ich nicht mehr in der Lage, meine Arbeit zu verrichten. Ich bin krank. Ich kann dem Arbeitstempo der anderen Arbeiter nicht mehr folgen. Jetzt ist die Gefahr, meine Arbeit zu verlieren. Hier in Antwerpen gibt es viele Arbeiter in meiner Lage. Sie wollen arbeiten, aber die Arbeit ist zu schwer für uns. Das geht so: Wir kriegen nach Hause eine Karte, um vor einer Kommission zu erscheinen, die trifft Strafmaßnahmen gegen uns. Wir sind in Gefahr, unser Brot zu verlieren wegen unserer Krankheit. Wir kämpfen dagegen, gegen diese Kommission, für unser Brot, für unsere Kinder.“

Trotz der harten Konkurrenz haben die Antwerpener Hafenarbeiter der Ausbeutung durch die Kapitalisten einige Schranken gesetzt: „Überstunden werden hier in Antwerpen sehr wenig gemacht. Wir können sagen, 100, 150, maximum 200 Arbeiter machen überhaupt nur Überstunden. Das sind Arbeiter, die nicht mit anderen Arbeitern zusammenarbeiten, die leben nur für die Kapitalisten. Das sind Ratten, die können wir nicht rauskriegen. Die muß man schnell kaputtmachen. Es ist so, daß darunter auch Arbeiter sind, die von den Kapitalisten gezwungen werden. Die Patrone sagen, willst du nicht, mußt du morgen stempeln. Ja, wenn wir stempeln gehen müssen, dann kann man vom Hafen verweigert werden. Die Pression von den Hafenbaronen ist sehr groß auf die Leute. Darum machen wir auch Aktionen dagegen. Wie? Wir kontrollieren die Kais in den Häfen selbst auf kleine Gruppen, die arbeiten. Wenn wir so eine Gruppe gefunden haben, dann rufen wir direkt die Gewerkschaften herbei, wir legen Protest ein. Dann müssen die Kapitalisten auch vor eine Kommission kommen. Die Patrone kriegen dann 20 000 bis 50 000 bfr (zwischen 1300 und 3300 DM) Buße. Wenn wir für einen Tag nicht arbeiten und nicht stempeln, kriegen wir sechs Monate keine Bestandssicherheit, das macht 45 000 bfr Buße (umgerechnet rund 3 000 DM). So siehst du, wir kleinen Leute müssen immer soviel bezahlen wie die Großen und die Großen haben ihre dicken Gewinne.“

Demonstrationen in Antwerpen und Gent. Sie kämpfen um die Solidarität der Arbeiter in den kleinen Häfen und in vielen Fabriken, z.B. Cockerill, wo Dampfer gebaut werden, und in den Kohlenminen. Große Delegationen von Hafenarbeitern gingen in die Fabriken. Es gab Solidarität, Aktionen, z.B. die Schiffsbauer kamen mit Hunderten auf die Demonstration der Dockarbeiter, drei-, vierhundert, auch die Minenarbeiter. Sie gaben Hunderttausende von Francs für die Dockarbeiter, weil die kein Geld hatten. In der Schiffsfabrik gab es kurze Warnstreiks von einer Stunde. Im Hafen hier waren radikale Aktionen, es gab Sabotage, jeden Tag gingen die Dockarbeiter in den Hafen, um Hafenarbeiter, die da waren, Streikbrecher, an der Arbeit zu hindern. Dann, viele Frauen von Dockarbeitern kamen mit, kämpften mit im Streik. Zum Beispiel demonstrierten 100 Frauen mit 150, das war sehr wichtig, weil viele Frauen sagen, ihr Mann soll besser arbeiten gehen. Die Dockarbeiter kämpften um die Solidarität der kleinen Geschäftsleute, diese gaben Geld und Essen für uns. Sehr wichtig ist auch die Einheit zwischen allen Hafenarbeitern in Antwerpen und Gent. Weil, wir haben gese-



Breite Solidarität fand der Streik der Hafenarbeiter im eigenen Land, aber auch aus anderen Ländern sind zahlreiche Solidaritätserklärungen eingetroffen.

Ein weiterer Arbeiter berichtete vom Streik des Dockarbeiter in Antwerpen und Gent 1973: „1973 forderten die Docker 100 bfr, ein dreizehntes Monatsgehalt und ein besseres System für die Arbeitsgruppen. Der Streik war ein wilder Streik, und die Leitung hatte ein Komitee von Dockern. Die Leitung der Gewerkschaft versuchte, Arbeiter zu finden, die an den Dampfern arbeiten, um den Streik zu brechen. Die KP, die falsche Kommunistische Partei in Belgien, verfolgte eine Politik, den Streik zu brechen. Unsere Partei AMADA („Alle Macht den Arbeitern“) ging daran, den Streik revolutionär zu führen. Wir bekamen kein Geld. Die Docker machten der Bevölkerung ihre Forderungen bekannt, mit hen, daß in den Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und dem Patronat sie probieren, die Einheit zu brechen. Sie haben es nach acht Wochen geschafft, Gent fing an zu arbeiten, und Antwerpen war noch im Streik. Die Docker haben 1973 nichts gekriegt, ihre Forderungen nicht durchgesetzt, aber 1974 gab es 120 bfr mehr Lohn, das war das meiste, was die Docker überhaupt bekommen haben. Nach dem Streik von acht Wochen ging die Arbeit erst langsam an. Vier, fünf, nein sechs Wochen haben wir langsamer gearbeitet. Das hat die Kapitalisten Millionen gekostet. Verderbliche Waren, und alles wurde schlechter durch das langsame Arbeiten.“ – (Korrespondentenbericht Brüssel)

Sofortige Rücknahme der Haftbefehle gegen alle Grohnde-Angeklagten – Sofortige Freilassung aller Häftlinge – Sofortige Einstellung aller Ermittlungs- und Strafverfahren

Montag, 23.1.78, 9 Uhr, Landgericht Hannover: Vor den Polizeisperren haben sich etwa 50 Menschen versammelt. „Sofortige Zurücknahme der Haftbefehle, Freilassung aller Häftlinge", „Weg mit den Schikanen", wird gerufen. Kurze Erklärung vom Angeklagten, warum vor Gericht die Auseinandersetzung geführt werden muß, daß die Begründung aller Haftbefehle durch das Gericht (Absprache der Angeklagten, nicht zu erscheinen) eine Lüge ist und selbst, wenn es eine Absprache gegeben hätte, dies kein Grund für einen Haftbefehl ist.

„Öffentlichkeit der Verhandlung!" Etwa 20 werden trotzdem nicht reingelassen. Im Gerichtssaal: Gegen 9.20 Uhr verliest der Vorsitzende Richter am Landgericht, Rienhoff, den Haftbefehl mit Rechtsmittelbelehrung: „Kein dringender Verdacht auf Fluchtgefahr", stellt Staatsanwalt Borchers dazu fest. Die Reden des Angeklagten und seines Verteidigers bekamen viel Beifall von den Zuhörern, unterstützt durch Sprechchöre vor dem Gericht. Jetzt muß sich das Gericht fünf Minuten beraten. Der Haftbefehl wird aufgehoben. Die vorderste Stuhlreihe ist „aus Sicherheitsgründen" nicht besetzt, die letzte „aus Sicherheitsgründen" mit bewaffneter Polizei besetzt. Antrag des Verteidigers: Auffüllung der leeren Plätze. Rienhoff: abgelehnt. Antrag des Verteidigers: größerer Saal. Rienhoff: abgelehnt.

10.15 Uhr: Die Verteidigung begründet die Befangenheit von Rienhoff und seiner 3. Kammer: Denn dem Gerichtspersonal und den Richtern ist ein Film der Polizei über den Kampf gegen das Kernkraftwerk Grohnde gezeigt worden mit anschließender „Aufklärung über den Terrorismus". Außerdem: Die „vertrauliche Verfügung" über 15 „Sicherungsmaßnahmen" zur Durchführung des Prozesses ist offensichtlich von allen Vorsitzenden der Kammern, die Grohnde-Prozesse haben, abgesprochen. Eine solche Absprache ist rechtswidrig

11.15 Uhr verkündet die Kammer: keine Befangenheit. Zum Film schweigen sie sich aus, die „Sicherungsmaßnahmen" habe Rienhoff „ohne Beeinflussung" gemacht. Rienhoff will jetzt „zur Sache" kommen, Verlesung der Anklageschrift. Verteidiger erklärt, daß er weitere Anträge zu stellen hat. Rienhoff zu Protokoll: „Er nimmt keine Anträge des Verteidigers mehr an." Als der Verteidiger trotzdem weitere Anträge stellen will, Unterbrechung von 10 Minuten. Rienhoff zu seinem Staatsanwalt: „Verlesen Sie jetzt die Anklage." Zu mehr als dem Anklagesatz kommt der nicht. Antrag gegen die „Sicherungsmaßnahmen": Polizei aus dem Saal – abgelehnt. Ebenfalls die Zulassung von Personen unter 16 Jahren zur Verhandlung: Der Vorsitzende Rienhoff sieht sie als „unerwachsen" an. Weg mit der Abgabe der Personalausweise: abgelehnt. Kein Abtasten, keine Durchsuchung, weg mit der Sicherstellung des Eigentums der Zuhörer! „Oder würden Sie sich gern begrabbeln lassen, Herr Rienhoff?" Das trifft ihn, Polizeieinsatz, die Genossin wird rausgeschleppt. Große Empörung bei den Teilnehmern. Rienhoff läßt einen zweiten Zuschauer rausschmeißen. Aber alle Zuschauer sind Rädelsführer! Saal räumen, ordnet er jetzt an. Erneute Pause des Gerichts, danach müssen sie die begrenzte Öffentlichkeit wieder zulassen.

14.30 Uhr bis 15.15 Uhr: Erklärung von A. Hanke zur Anklage: Forderung nach Einstellung des Verfahrens wird begründet mit dem notwendigen Kampf gegen das imperialistische Energieprogramm der Bourgeoisie. Die einfachen Polizisten sind hellwach. Öfters Beifall von den Zuschauern. Zum Abschluß des Verhandlungstages wird vom Rechtsanwalt beantragt: Sofortige Einstellung des Prozesses. Das Gericht lehnt ab. Den Haftbefehl zu erneuern, wagt Borchers nicht. Vertagung auf Mittwoch.

Die Polizeizeugen sind nicht mehr vernommen worden. Am ersten Tag ist damit klargeworden, daß das Konzept der Bourgeoisie, die Prozesse schnell durchzuziehen, schnell zu einem Urteilsspruch zu kommen und zu verhindern, daß die Prozesse genutzt werden zum Kampf gegen das Energieprogramm, aufgrund der Linie des Angeklagten und des Verteidigers, beharrlich an den Forderungen nach sofortiger Einstellung des Prozesses und Aufhebung des Haftbefehls festzuhalten, nicht geklappt hat.

Mittwoch, 25.1.78: Zweiter Verhandlungstag gegen A. Hanke. 9.05 Uhr: Rienhoff will anfangen. Verteidigung stellt Antrag gegen praktischen Ausschluß der Öffentlichkeit durch die „Sicherungsmaßnahmen", der Saal ist erst halbvoll. Das Gericht muß sich beraten: Ablehnung des Antrages, aber der Saal ist jetzt voll. Der Angeklagte A. Hanke beantragt Aufhebung des Haftbefehls gegen Rüdiger Jörß, weil der mit derselben Begründung wie gegen ihn verhängt wurde. A. Hanke wird duch Gerichtsbeschluß das Wort entzogen, die Verteidigung übernimmt daraufhin den Antrag und begründet ihn. Rienhoff droht mit dem Verteidigerausschlußgesetz.

Nächster Antrag der Verteidigung: Vollständige Einsicht in sämtliche Verfügungen des Richters, die vertraulich gekennzeichnet sind. Falls dem nicht stattgegeben wird, wird Beschwerde eingelegt. Das Gericht lehnt den Antrag ab und handelt sich damit die Beschwerde beim Oberlandesgericht ein. Darauf wird das Verfahren unterbrochen, die Verhandlung ist geschlossen, Fortsetzung Dienstag, 31.1.78.

Donnerstag, 26.1.78, wird gegen Rüdiger Jörß verhandelt: Statt wie beantragt, den Haftbefehl aufzuheben, verkündet Rienhoff: Eine Entscheidung darüber soll erst am Nachmittag gefällt werden (wenn er die Lage ausgelotet hat). Daraufhin Befangenheitsantrag. Die Richter äußern sich dazu nicht, sondern berufen sich auf ihr Beratungsgeheimnis. In der Pause wird besprochen, erneut den Haftbefehl anzugreifen und klarzumachen, daß ohne dessen Aufhebung nichts läuft. Nach kurzer Beratung des Gerichts wird der Haftbefehl ausgesetzt, allerdings mit schikanösen Auflagen: Dreimal in der Woche Meldung bei der Polizei ohne „Begleitung", als Aufenthaltsort nur die Wohnung von Jörß in Hamburg. Das kommt fast wieder einem Haftbefehl gleich. Vor der Verkündung dieses Beschlusses wird in einer Verhandlungspause der Saal und auch das Gericht brutal geräumt, anschließend die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Es sind nur noch 25 Polizisten und einige Pressevertreter im Saal, der Prozeß soll vollständig geheim durchgeführt werden. Dann Antrag der Verteidigung, die Sicherungsmaßnahmen offenzulegen, Beschwerde zum OLG Celle, Vertagung des Prozesses auf Freitag, 3.2.78.

Die Forderung nach Aufhebung des Haftbefehls ist nicht erfüllt. Daran muß man beharrlich festhalten. Denn wie die Bourgeoisie frech und unterdrückerisch auftritt und Spaltungslinien errichtet, wenn abgelassen wird von dieser Forderung, zeigt sowohl, daß die Freilassung von Linda Engelbert aus Bremen nur mit einer Kaution von 10000 DM vorgenommen wurde, als auch der Prozeß am nächsten Tag, bei dem die Verteidigung nur eine Ablehnung des Staatsanwalt Borchers und Befangenheitsanträge gegen zwei Strafkammern gestellt hat. Sofort wurde für den gesamten Nachmittag die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

– (Bezirk Hannover/N-Red)



Seit Wochen versucht die Bourgeoisie über ein Urteil des Verwaltungsgerichts Oldenburg den Kampf gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Esenshamm zu zerschlagen. Am 27.1. mußte das Gericht jedoch dem Kampf der Bauern in einem Teilurteil nachgeben und die Teilgenehmigung zur radioaktiven Verseuchung der Weser, des Butjadinger Bewässerungssystems und damit der Wiesen der Bauern aufheben. Ansonsten erklärte das Gericht den Betrieb des KKW für rechtens. Am Tag der Vertagung des Gerichtsverfahrens fand in Bremen eine Demonstration von ca. 2000 Gegnern des Energieprogramms der Bundesregierung statt. Auf dieser Demonstration mit abschließender Kundgebung wurden die Prozesse gegen Gegner des Kernenergieprogramms angeprangert, die Freilassung der Verhafteten gefordert und die Forderungen „Kein Kernkraftwerk in Esenshamm" und Weg mit dem Energieprogramm der Bundesregierung" erhoben.

Ahaus: Eine neue Variante, um das imperialistische Energieprogramm durchzusetzen

Der Antrag, den die „Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen mbH (DKW)", Hannover und die Steag-Kernenergie GmbH, Essen bei der Physikalisch-technischen Bundesanstalt in Braunschweig auf Genehmigung eines Zwischenlagers für ausgebrannte Kernbrennstäbe gestellt hat, ist Bestandteil der Versuche, den Tempoverlust, den die Bourgeoisie in der Durchsetzung ihres imperialistischen Energieprogramms durch den Kampf der Arbeiter und Bauern dagegen hat hinnehmen müssen, aufzuholen.

Albrecht in Niedersachsen hält den Zeitpunkt für Durchführung der Probebohrungen und raschen Baubeginn in Gorleben noch nicht für gekommen. Anfang des Jahres hat die Bundesregierung die „Fortschreibung" ihres Energieprogramms beschlossen, der Bau weiterer Kernkraftwerke und die schnelle Inbetriebnahme sind dringlich. Schmidt hat in seiner Regierungserklärung am 20. Januar auf schärferes Tempo bei der Umsetzung der Pläne der Kernkraftwerkskapitalisten und der Regierung gedrängt. „Nunmehr müssen die gemeinsamen Absichtserklärungen für das Entsorgungszentrum ‚Niedersachsen' und das vorgesehene Zwischenlager ‚Nordrhein-Westfalen' zügig in die Praxis umgesetzt werden ... Aber wir brauchen auch mehr Verständnis dafür, daß in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten der Umweltschutz nicht überall so rasch verwirklicht werden kann wie in Zeiten der Hochkonjunktur." Auch mit der Idee, das Ganze jetzt „Zwischenlager" zu nennen und sich wenigstens vor der Hand den Atommüll vom Hals zu schaffen, wird die Bourgeoisie Schwierigkeiten kriegen. Kaum bekannt geworden, daß der Atommüll jetzt nach Ahaus soll, haben Arbeiter und Bauern den Zusammenschluß dagegen organisiert, seit Oktober sind über 5000 Unterschriften gesammelt worden. Die Massen sind dagegen, weil diese Pläne genauso abenteuerlich sind.

Beschlüsse gegen die Grohnde- Prozesse

Hannover. Der ÖTV-Kreisjugendausschuß hat eine Resolution gegen die Grohnde-Prozesse unter folgenden Forderungen verabschiedet: Kein AKW in Grohnde! Einstellung aller Ermittlungs- und Strafverfahren gegen AKW-Gegner! Öffentlichkeit der Prozesse! Aufhebung der Haftbefehle!

Braunschweig. Die Vollversammlung der Fachschaft Psychologie /TU solidarisiert sich mit den Angeklagten in den Grohnde-Prozessen und fordert die Einstellung.

Sie mobilisiert zum Prozess am 26.1. (mit 50 Anwesenden mehrheitlich angenommen, VV nicht beschlußfähig).

seinem Staatsanwalt: „Verlesen Sie
das Wort entzogen, die Verteidigung
– (Bezirk Hannover/N-Red)
der Haftbefehle!
men, VV nicht beschlußfähig).

Salzgitterkonzern: Steuergelder für das Herankommen an hochwertiges Erz aus Brasilien und die Bereitstellung heimischer Energien

Vorbereitung auf den imperialistischen Krieg

Zum Jahresende hat der Salzgitter Konzern die Schachtanlage der Erzgrube Mathilde bei Lengede stillgelegt. Der Salzgitter-Konzern ist zu 100% im Besitz des Staates der BRD-Imperialisten. Die Ilseder Hütte ging 1970 in den Besitz von Peine Salzgitter, 95%ige Tochter des Salzgitter-Konzerns. Die Schließung der Erzanlage kommentiert das Nordschau-Magazin: „Das Werk unter Tage ist alle. Die Anlage wird dicht gemacht. 105 Jahre Bergbau sind zu Ende. 1963: Mit einem Schiksalsschlag droht der Erzgrube Mathilde die endgültige Schließung. Die Wassermassen aus einem Klärteich waren in die Grube gestürzt und hatten 129 Bergleute in den Stollen unter Tage überrascht. 29 Bergleute verloren bei diesem Unglück ihr Leben. Doch die Grube wurde wieder in Betrieb genommen, die 500 Bergleute von damals behielten ihre Arbeitsplätze. Die Schachtanlage Mathilde wurde zur modernsten Grub Europas ausgebaut. Die Förderzahlen stiegen ständig." Das „Wunder" bestand für die Bourgeois darin, die Ausbeutung erst richtig in Gang setzen zu können.

„Mit der Schließung der Erzgrube in Lengede ist eigentlich die Geschichte des deutschen Erzbergbaus zu Ende gegangen. Die Hütte, die wir jetzt hier sehen, und die Hütte etwas weiter entfernt in Peine, lebt nun ausschließlich von dem Erz, das über Bahn und Schiff her transportiert wird."

„Eines macht Lengede deutlich, in der hochindustrialisierten Bundesrepublik werden die Rohstoffe immer knapper. Frage, wie lange kann heute ein Industrieland ohne eigene Rohstoffe existieren?" Von 1872 bis zur Schließung der Grube sind in Lengede 56 Mio. Tonnen Roherz gefördert, da hat sich die Arbeit über hundert Jahre trotz allem gelohnt."

Gleich danach wird ein Betrag über die Erdölsuche der BRD-Imperialisten in der Nordsee gesendet. Der Zusammenhang paßt.

„Wenn man nun an die Ölkrise denkt, kann man da eigentlich als Mann in verantwortlicher Position so wie Sie noch wohl schlafen?" (Die Frage ist an den stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden von P & S, Putsch, gerichtet.) Putsch erläuterte in seiner Ansprache zur Schließung der Hütte, daß derlei Sorgen unbegründet sind, wenn die Imperialisten die richtigen Lehren aus der Tradition, die sie in der Ausbeutung der Arbeitskraft haben, ziehen: „Die ganze Zukunft ist im Grunde eine einzige Ungewißheit." – Die Kernfrage (für die Arbeitslosen) liege hier nicht wie früher in der Sicherung der notwendigen täglichen Bedürfnisse, „es gibt durchaus Wege, die es ohne weiteres ermöglichen, dieses Recht (auf Arbeit) entsprechend zu verwirklichen, ohne daß dabei die ohnehin stark belastete Kraft unserer Wirtschaft zusätzlich strapaziert wird ... angesichts niedriger anzusetzender Erwartungen werden wir es lernen müssen, Abschied zu nehmen von einer Reihe liebgewordener Gewohnheiten" (Peiner Allgemeine, 1.1.78).

Die Geschichte des deutschen Erzbergbaus ist die Geschichte der zweimal gescheiterten Anstrengung der deutschen Imperialisten, sich eine ausreichende Energiebasis zu verschaffen, um durch den imperialistischen Krieg die Weltherrschaft zu erringen. Für die Arbeiter bestand sie in Arbeitslosigkeit, maßloser Vernutzung ihrer Arbeitskraft, Zwangsarbeit.

Zahl der ausgebeuteten Arbeiter im Schacht Mathilde und der Ilseder Hütte: 1916: 132, 1923: 2145, 1932 als Ergebnis der Weltwirtschaftskrise: 43 Arbeiter, 1936: 836, 1945: 548, 1963: 500, bei Schließung 1977 waren es noch 239, obwohl allein von 1970 bis 1977 die Tonnenzahl der Fördermenge um 50% gesteigert werden konnte.

Der Salzgitter-Konzern, der 1976 mit der Ausbeutung von rund 57000 Arbeitern in der Stahlproduktion, im Schiffsbau, Industriebau und Stahlhandel einen Umsatz von mehr als 9 Mrd. DM zusammenbrachte, ist errichtet auf der gnadenlosen Ausbeutung der Arbeiter, wie der kurze Auszug aus ruhmreicher Geschichte des „deutschen Erzbergbaus" zeigt.

Diese Tradition hat der Salzgitter-Konzern fortgesetzt und will damit noch größere Erfolge in der Konkurrenz mit anderen Stahlmonopolen erzielen. Diese Tradition reicht aber nicht, um in der Konkurrenz mit den Weltstahlmonopolen zu bestehen und dem BRD-Imperialismus eine Energiebasis zu verschaffen mit der Aussicht besteht, beim dritten Mal siegreich aus einem Weltkrieg um die Neuaufteilung der Welt hervorzugehen.

Dazu ist direkte Verfügungsgewalt über die Rohstoffquellen, vor allem der Länder der Dritten Welt, Ziel, um die Konkurrenzfähigkeit der Monopole der BRD-Imperialisten zu stärken und Risiken auszuschalten.

Die Erzgrube in Lengede ist keineswegs „alle". Hindenburg wie Hitler ließen auf der Grundlage gesicherter Forschung über das Ausmaß der Eisenerzvorkommen im Gebiet Peine/Salzgitter Programme zum gewaltigen Ausbau der Förderung und Verhüttung beschließen, Erzmengen von etwa 1,5 Mrd. Tonnen mit einem Fe-Gehalt (Eisen) von 25 bis 40% wurden 1936 festgestellt. Die Kosten für den Ausbau zur modernsten Eisenerzgrube Europas 1963 hat der Konzern mit gewaltiger Steigerung der Fördermengen soweit raus, daß sich das Geschäft gelohnt hat, jetzt aber im Vergleich zu den Kosten für Erze aus Brasilien (die einen Fe-Gehalt von 65% haben und im Tagebau gefördert werden können), aus Kanada und Südafrika trotz Transportkosten nicht mehr hinreichend Profite abwirft. Zur Senkung der Transportkosten für Rohstoffe, die als Bestandteile des fixen Kapitals auf die Profitrate drücken, haben Bund und das Land Niedersachsen erhebliche Steuermittel locker gemacht für den Ausbau des Hansaports, über den die Erzlieferungen aus Übersee verladen werden (Invest. 55 Mill., Umschlag täglich 35000 t, bei Hochtouren 64000 t) und den Ausbau des Elbe-Seiten-Kanals, über den Erztransporte für P & S laufen.

Der BRD-Imperialismus verstärkt seine Bemühungen, nicht nur das Erz zur Stahlproduktion billig zu beziehen aus fremden Märkten, sondern dort direkt Fuß zu fassen. Der Kapitalexport nach Brasilien wurde seit 1963 mehr als vervierfacht, er betrug 3,4 Mrd. DM (1976). Mit dem Abschluß des Uranabkommens mit Brasilien hat der BRD-Imperialismus seine Position gegenüber den USA weiter gestärkt, Anfang des Jahres konnte der Salzgitter-Konzern für den Bau eines Staudamms in Brasilien einen Auftrag über 50 Mio. für die Lieferung einer Hängebahn abschließen.

Die Erzgrube Lengede wird geschlossen, weil, obwohl erst rund ein Viertel des Erzvorkommens abgebaut wurde, der Raubzug an den Rohstoffen fremder Länder billiger kommt für die Profitproduktion. Ihre Bedeutung für die Sicherung heimischer Energien ist für den BRD-Imperialismus, der erneut Kriegsvorbereitung betreibt, keineswegs geringer geworden, im Gegenteil. Die Anlagen zur Erzförderung im Schacht Mathilde werden nicht abgebaut, sondern werden erhalten. Unter dem Titel: „Silber, Salz und schwarzes Gold brachten Reichtum, Krieg und Brot – in Niedersachsens Erde stecken ungeahnte Schätze", schreibt die „Peiner Allgemeine" am 31.12.77: „Zwar liegen unter Niedersachens Erde noch mehr als zwei Millionen Tonnen Eisengehalt. Die einheimischen Erze sind aber wegen ihres relativ geringen Eisengehalts gegenwärtig nicht mit den höherwertigen Importerzen konkurrenzfähig. Sie bilden jedoch eine bedeutende Zukunftsreserve." Küpker hat sich erst letzte Woche im Landtag für weitere Fördermittel für P&S stark gemacht. Die Stahlarbeiter haben in den letzten Tagen gestreikt. Der Kampf gegen die Lohnsenkung, die die Kapitalisten wollen, ist gegen die „Tradition" der Imperialisten gerichtet. – (N-Red.)

Streik bei TEW Krefeld

Düsseldorf/Krefeld. 2800 Arbeiter und Angestellte streikten am Mittwoch ca. 1 Stunde bei TEW Krefeld. Die 2800 versammelten sich vor dem Verwaltungsgebäude. Die Vertrauensleute und Kollegen forderten die Gewerkschaftsvertreter auf, mit aller Schärfe gegen das Angebot zu protestieren und die Bereitschaft zu weiteren Kampfmaßnahmen anzukündigen. Im Krefelder Stadtblatt steht dazu ein Artikel „Die TEW-Streikenden konnten vom Betriebsratsvorsitzenden Richard Hemmern zwar etwas beruhigt werden, aber offensichtlich nur für den Zeitpunkt des gestrigen Streiks ...?"

Warnstreik gegen 3,5%-Angebot bei AEG

Winnenden. Ca. 500 Arbeiterinnen und Arbeiter haben am 23.1. eine halbe Stunde gegen das 3,5%-Angebot der Kapitalisten gestreikt. Der Betriebsratsvorsitzende Weigel (DKP) hielt eine Rede und forderte die Geschäftsleitung zur Stellungnahme auf. Diese ging jedoch nicht darauf ein. Am geschlossensten beteiligten sich die Arbeiter der Gießerei und der Leichtteilefertigung am Streik. Dort herrschen die schlechtesten Arbeitsbedingungen. Die Leichtteilefertigung war schon 1973 beim Streik führend, die Arbeiter der Gießerei haben schon häufig kurz gestreikt.

Streik bei Graubremse Heidelberg

Heidelberg. Von 10.20 bis 11 Uhr streikte am 24.1. die Frühschicht in der Graubremse Heidelberg. Die Vertrauensleute haben den Streik auf einer 30minütigen Extrasitzung um 8 Uhr einstimmig beschlossen. Einige Abteilungen haben bereits 10 Minuten früher aufgehört zu arbeiten. Die 100 Arbeiter im Zweigwerk Hockenheim bei Heidelberg haben alle von 10 bis 11 Uhr gestreikt. In der Spätschicht in Heidelberg war der Hebel von 16.20 bis 17.30 Uhr raus. Von den 740 Arbeitern und Angestellten in beiden Werken waren damit 670 an dem Warnstreik beteiligt. In den Produktionsabteilungen stand der Streik in beiden Schichten hundertprozentig. Das war bisher noch nie der Fall.

Viele Arbeiter haben gesagt: „Zu was am Freitag noch verhandeln? 3,5% sind 20 oder 30 DM netto. Die hätten gleich abbrechen und Urabstimmung und Streik einleiten sollen, so wie die Hafenarbeiter." Während und nach dem Warnstreik ist von 20 Arbeitern in der Frühschicht ein Brief an die Große Tarifkommission und die Verhandlungsführung der IG Metall verabschiedet worden. In der Spätschicht

verabschiedet worden. In der Spätschicht

ist das Varioband von der Montage geschlossen über den Hof in die Dreherei gezogen. Alle haben sich im Aufenthaltsraum versammelt. Drei Arbeiter haben den 2. Betriebsratsvorsitzenden, Mitglied der Großen Tarifkommission, geholt. Er hat über eine halbe Stunde über den Stand der Tarifverhandlungen berichtet. Mehrere Arbeiter haben für 220 DM, Streichung der Lohngruppen 1 bis 3 und Streik gesprochen. Ein Arbeiter hat eine Kundgebung auf dem Pfaffengrunder Marktplatz vorgeschlagen. Der 2. Betriebsratsvorsitzende hat gesagt, er schlage eine Delegation von 15 bis 20 Mann der Graubremse vor, die am Freitag nach Stuttgart fährt und vor dem Verhandlungslokal demonstriert. Dieser Vorschlag ist von den Arbeitern unterstützt worden. Die Sozialdemokraten haben sich am Freitag aber geweigert. Begründung: Nur Graubremsearbeiter könnten das nicht machen.

Streik bei MAN Augsburg

Augsburg. 65 Arbeiter aus der Schmiede haben am 19.1. für eine Stunde gestreikt. Der Streik richtete sich gegen die geplante Schließung der Schmiede. Bei den anderen MAN-Arbeitern ist der Streik auf große Zustimmung gestoßen.

Streik für betriebliche Zulage

Hannover. Am Freitag, dem 20.1.78, streikten ca. 100 Arbeiter der Perkins-Motorenproduktion bei MF-Hanomag 20 Minuten, um ihre Forderung für 80 Pfennig mehr durchzusetzen.

Die Verhandlungskommission, bestehend aus dem Betriebsrat und der Bezirksleitung der IG Metall, hat am Montag dann auf 1,26% abgeschlossen, das sind je nach Lohngruppe 10 bis 12 Pfennig. Die MF-Kapitalisten haben mit den vollen Lagern gedroht, und die Gewerkschaftssozialdemokraten haben auf die Tarifrunde verwiesen. Die Arbeiter nehmen dies nicht hin und wollen einen Brief gegen das 3,5%-Angebot der Kapitalisten, für die Streichung der unteren Lohngruppen schreiben und begrüßen die Warnstreiks in Süddeutschland.

Für den 7-Stundentag und 220 DM mehr

Stuttgart. Die Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier bei der Firma Bandel hat folgenden Beschluß als Antrag an die Mitglieder- und Delegiertenversammlung des Ortsvereins Stuttgart der IG Druck und Papier gefaßt: „Wir fordern, daß durch die IG Druck und Papier 1. in der Lohntarifrunde 1978 die Forderung nach 220 DM/Monat mehr für alle gleich und 2. in den Tarifrunden ,Neue Technik' und Anhänge zum Manteltarifvertrag die Forderung nach dem 7-Stundentag/35-Stundenwoche entsprechend dem Beschluß des Gewerkschaftstages bei vollem Lohnausgleich aufgestellt wird."

Verschärfung der Ausbeutung in den britischen Automobilfabriken

So soll der erneute Vorstoß der englischen Automobilkapitalisten auf den Weltmarkt gelingen

Im Werk Speke des Automobilkonzerns British Leyland in der Nähe von Liverpool streiken 2000 Arbeiter seit dem 1. November, um die Einführung eines neuen Prämienlohnsystems und die drohende Schließung des Werkes zu bekämpfen. Nachdem es den britischen Kapitalisten mit Hilfe der Regierung und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung gelungen ist, die Erhöhung der tariflichen Löhne für den größten Teil der britischen Arbeiterklasse unter 10 Prozent zu halten und damit die Löhne real zu senken, versuchen sie jetzt die materielle Not der Arbeiter zu nutzen und in großem Umfang Prämienlohn und Akkordlohnsysteme einzuführen.

In den sechziger Jahren produzierte die britische Autoindustrie ein Viertel aller Wagen außerhalb Nordamerikas, 1974 noch ein Zehntel. In den sechziger Jahren wurden fünf Prozent aller in Großbritannien verkauften Autos importiert. 1977 waren es über 40 Prozent. Die führende Stellung der britischen Automobilindustrie nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa und vor allem in den ehemaligen britischen Kolonien, deren Märkte inzwischen fast vollständig von den japanischen und zum Teil, wie in Südafrika, von den westdeutschen beherrscht werden, beruhte auf den extrem niedrigen Löhnen in vielen Teilen Großbritanniens. Die Ausnutzung des Elends der Arbeiterklasse in Schottland und Wales, in Nordwest- und Nordengland soll auch die Grundlage erneuter Expansion der britischen Automobilkapitalisten bilden.

Die britische Automobilindustrie ist besonders „arbeitsintensiv". Nach Statistiken der britischen Regierung betrug das „Anlagevermögen", also das in Maschinerie und Gebäuden angelegte fixe Kapital, das die US-amerikanischen Kapitalisten aufbringen mußten, um einen Arbeiter 1974 auszubeuten, 5502 Pfund bei Ford USA, 3608 Pfund bei Ford Westdeutschland, 2657 Pfund bei Ford Großbritannien, für Chrysler Großbritannien betrug diese Summe nur 1456 Pfund und für den einzigen großen Automobilkonzern, der nicht den Amerikanern gehört, British Leyland, nur 920 Pfund Sterling.

Die imperialistischen Konkurrenten konnten aufholen und überholen, weil sie in der Steigerung der Ausbeutung den größeren „Fortschritt" machten, mehr neue Maschinerie mit der Wirkung erhöhter Produktivkraft der Arbeit und weiterer Intensivierung einsetzten. Die British-Leyland-Kapitalisten konnten weiter Profite machen, weil sie Monopolmärkte in kolonialen Gebieten hatten und in der Lohnsenkung „fortgeschrittener" sind als die Konkurrenz. British Leyland beutet heute 130000 Arbeiter in 36 Fabriken aus. Diese Fabriken liegen vor allem in Gebieten Großbritanniens mit extrem niedrigen Löhnen, und die Produktion wird immer mehr in diese Gebiete verlagert. Zwischen 1960 und 1973 hat die Zahl der Automobilarbeiter in Südostengland um 8 Prozent abgenommen. Dort mußte der Autokapitalist 1975 pro Arbeitsstunde 1,75 Pfund an Lohn je Beschäftigten aufbringen. Die Zahl der Automobilarbeiter in Nordengland hat dagegen um 285 Prozent zugenommen. Dort mußte der Automobilkapitalist 1975 nur 1,49 Pfund je Beschäftigten und Arbeitsstunde zahlen.

Vor allem die japanischen und westdeutschen Kapitalisten haben die Krise von 1974/75 genutzt, um ihre Produktion in großem Umfang zu rationalisieren und zu konzentrieren und diese verschärfte Ausbeutung zur Grundlage neuer Expansion auf den europäischen und insbesondere dem britischen Markt zu machen. 1976 preßte British Leyland nach eigenen Angaben noch einen Gewinn von 70,5 Millionen Pfund aus seinen Arbeitern, sein Marktanteil ist aber in Großbritannien in zwei Jahren von 35 Prozent auf rund 20 Prozent gefallen. Der neue Vorstandsvorsitzende des Konzerns, Edwardes, arbeitet jetzt an einem Plan, der es dem Konzern ermöglichen soll, seine Stellung auf dem britischen Markt wieder zu erreichen und nach Europa und in seine alten Absatzgebiete in Übersee zu expandieren. Die Löhne sollen in großem Umfang weiter gesenkt werden, mindestens 12000 Arbeiter sollen in diesem Jahr entlassen werden, die kapitalintensiven Teile der Produktion wie der Motorenbau und die Materialbeschaffung sollen zentralisiert werden, während die einzelnen Fabriken auf die Montage eines einzigen Produkts spezialisiert werden. Die Montageproduktion im Ausland soll als Grundlage der Expansion auf die äußeren Märkte, wie jetzt schon in einem Montagewerk in Belgien, ausgebaut werden. 1976 beschäftigte British Leyland 21600 Arbeiter und Angestellte im Ausland, die meisten davon in Montagewerken in Afrika und Asien. 54 Prozent aller Verkäufe gingen ins Ausland. Die weitere Verschärfung der Ausbeutung der britischen Automobilarbeiter soll erneute Eroberungen der britischen Imperialisten auf dem Weltmarkt vorbereiten. – (Korrespondentenbericht London)

Fregattenbau – „Eintrittskarte für den Weltmarkt"

Angesichts eines Beschäftigungsrückganges von 30 bis 40% auf den Werften, mit dem Experten der Bundesregierung für die kommenden Jahre rechnen, schmeißen sich Regierungskoalition und Opposition zusammen mit den Werftkapitalisten mächtig ins Zeug, um dem drohenden Abbau von Arbeitsplätzen entgegenzuwirken. Regierungssozialdemokraten stellen einer in Konkurs gegangenen Werft für einen Neuauftrag eine Bürgschaft von 14 Mio. DM bereit. „200 Arbeitern soll dadurch 9 Monate der Arbeitsplatz gesichert werden." SPD-Koschnick schaltet sich ein; von dem zu erwartenden Schiffsneubauauftrag an Bangladesh werde die Hälfte für die kleinen und mittleren Werften bereitgestellt. Hamburgs CDU-Landesfraktionschef Blumenthal greift in die Vollen und fordert die Bundesregierung auf, „gegen die Schiffbaukrise sofort die bereits projektierten weiteren 6 Fregatten in Auftrag zu geben." Auf den Betriebsversammlungen runden die Kapitalisten die Sache ab. „Wir haben das in erster Linie zur Sicherstellung der Weiterbeschäftigung unserer Belegschaft getan." „Fregatten für Deutschland und Übersee sind die Arbeitsplätze von morgen", schallt es von Werft zu Werft.

Nun ist bekannt, daß Fregatten zur Sicherung des Seeweges der Handelsflotte und der großen Kriegsschiffe gebraucht werden, zumal jetzt heraus ist, daß der westdeutsche Imperialismus in bisher „verwegene" Gewässer fahren will. „Der Bundesmarine-Auftrag Weltmarkt" bezeichnet werden, verspricht die Bundeswehrzeitschrift „Wehrtechnik" den Kapitalisten. Die „Eintrittskarte für den Weltmarkt", nichts anderes als die imperialistische Kriegsvorbereitung, soll der Arbeiterklasse als Arbeitsbeschaffung verkauft werden. Mit Hilfe des Drucks des Millionenheeres von Arbeitslosen sollen der Arbeiterklasse die „guten Seiten" des imperialistischen Kriegsprogramms nähergebracht werden. Und wenn es auch nur für neun Monate ist. Alles für die Front. Bereits im II. Weltkrieg hat die Bourgeoisie unter der faschistischen Hitler-Diktatur den Bau von Autobahnen von Ost nach West zur Vorbereitung des Angriffs gegen die damals noch sozialistische Sowjetunion als „Arbeitsbeschaffungsprogramm" propagiert. Die Bourgeoisie kann nicht aus der Geschichte lernen, die Arbeiterklasse schon.

Hauptvorstand IG Chemie empfiehlt höchstens 7 Prozent für 1978

„Die IG Chemie wird ..., wie stets, in aller Verantwortung, Forderungen aufstellen und über das Machbare verhandeln" (Hauenschild) – Ein Rückblick

1977 gab es eine starke Bewegung unter den Chemie-Arbeitern für 170 DM Festgeld. Diese galt es von seiten der Kapitalisten zu brechen. In den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern der IG Chemie haben sie fleißige Helfer. Als Forderungshöhe wird in der „Gewerkschaftspost" März 1977 ausgegeben: Die Forderung „sollte um neun Prozent liegen". Um Kampf dagegen innerhalb der Gewerkschaft zu verhindern, wird die Forderung mit dem Zusatz versehen: „Bei dieser Forderungshöhe wird davon ausgegangen, daß der Verhandlungsspielraum nur relativ gering ist." (Gewerkschaftspost 3/77) Die niedersächsische Tarifkommission schreibt am 28.4.77 im „Blickpunkt": „Die den Tarifkommissionen zugeleiteten Forderungsvorschläge waren von verschiedenster Art und Höhe. Die Tarifkommissionen beschlossen einmütig die vorgenannten Forderungen, weil sie dem Trend der Mehrheitsmeinung der Vertrauensleute entsprach." Mit dem „Trend der Mehrheitsmeinung" wurde in Niedersachsen die Forderung nach 9%, mindestens 130 DM aufgestellt.

In jedem Tarifbezirk andere Forderungen in der Form und Höhe zu schließen, das gehört mit zum Konzept: „Wenn auch die Forderungen in den einzelnen Bereichen in ihrem Aufbau und in Details unterschiedlich sind, so war man sich bei den Beratungen in allen Tarifkommissionen und bei vorgehenden Diskussionen der Vertrauensleuteversammlungen in den Betrieben voll einig darüber, daß der Tarifabschluß die besondere gute wirtschaftliche Lage der chemischen Industrie zum Ausdruck bringen muß." (Gewerkschaftspost 4/77) Diese verworrene Forderungslage und die damit verursachte Spaltung wurde von Hauenschild in Bremen dazu benutzt, gegen die von der dortigen Delegiertenversammlung beschlossenen 173 DM zu Felde zu ziehen. Er bezweifelte, ob die Arbeiter dazu bereit sind, diese Forderung gegen die Kapitalisten durchzusetzen.

Zur gleichen Zeit werden Angebote an die Kapitalisten gemacht: Grützner aus dem IG Chemie-Hauptvorstand schreibt: „Wir stehen deshalb auch in dieser Tarifrunde wieder vor der Situation, daß sich die Tariferhöhungen in den Betrieben unterschiedlich auswirken und daß die tatsächlichen Kostenbelastungen nur zu einem Teil und in unterschiedlicher Höhe über den Tarifvertrag entstehen" und „Wir möchten jedenfalls davor warnen, die Höhe unserer Forderung mit denen anderer Gewerkschaften zu vergleichen, um daraus Schlußfolgerungen für die zu erwartenden Abschlüsse in der chemischen Industrie zu ziehen. Unsere Forderungsempfehlung ist unter Berücksichtigung aller Faktoren ausgewogen." Unter Berücksichtigung „aller Faktoren" wird der Streik in Rheinland-Pfalz, nachdem die Kapitalisten 7% geboten hatten, im letzten Augenblick wieder abgeblasen. Denn: „Gewiß, die Beschäftigten der chemischen Industrie von Rheinland-Pfalz wollen mehr Geld. Sie wollen aber vor allem das Lohndiktat der Arbeitgeber durchbrechen. Für 1977 und für die Zukunft. Darum geht es bei dieser Auseinandersetzung" (Gewerkschaftspost 6/77), und das Diktat ist durchbrochen, wenn nur ein Quentchen mehr von den Kapitalisten geboten wird. Dann kann auch in den anderen Tarifbezirken mit 7% abgeschlossen werden.

„Jeder Tarifabschluß ist am Ende ein Kompromiß zwischen dem, was die Mitglieder und Funktionäre wünschen und fordern, und dem, was sich gegen den Widerstand der Arbeitgeberkontrahenten durchsetzen läßt. So gesehen ist die Chemie-Tarifrunde ein Erfolg, den wir nicht selbst kaputtdiskutieren sollten", beschließt Grützner die Auseinandersetzung um den Tarifkampf in der „Gewerkschaftspost". Gewiß, ein Erfolg für die Sozialdemokraten in der Gewerkschaft, die mit ihrer Politik den Kapitalisten mit ihren Lohnraubabsichten den Weg ebnen, aber befürchten müssen diese Herren, daß mehr als „Kaputtdiskutieren" von den Arbeitern dagegen organisiert wird. – (N-Red.)

Volkshochschulen: „Der Weg nach oben"?

Die „Bild" am 23.1. in der Rubrik „Berichte Informationen Lebenshilfe Daten" als „Thema des Tages": „Volkshochschule. Vorher: Fließbandarbeiter. Nachher: Rechtsanwalt. Vier Millionen Deutsche lernen – aus Spaß und für den Beruf. Das Zauberwort heißt VHS – Volkshochschule ... Vom Hilfsarbeiter zum Lehrlingsausbilder .... Drei Semester Psychologie und Betriebswirtschaft, gerade 450 Mark Kursusgebühren. Statt 946 Mark streicht er jetzt jeden Monat 2152 Mark ein.

Den größten Sprung machte der ehemalige Fließbandarbeiter ..., damals mit 980 Mark entlohnt. Heute ist er Rechtsanwalt (mit eigener Kanzlei) und 6000 Mark Einkommen."

Wir haben uns die Statistiken über die Entwicklung der Volkshochschulen in Niedersachsen angesehen und festgestellt, daß die Schranken für die Teilnahme an Kursen der Volkshochschule gestiegen sind: 1969 gab es noch 130 Volkshochschulen (VHS) in Niedersachsen, 1977 (März) 83. – Weitere Wege, teurere Anfahrtswege. Dazu die Ausweitung der Schichtarbeit und die andauernde Arbeitslosigkeit von Millionenmassen. Trotzdem wurden die Kurse von 1970 bis 1976 mehr als verdoppelt, die Teilnehmerzahl erhöhte sich um fast ebenso viel.

1976 hat das Land Niedersachsen über 14,6 Mill. DM als Finanzhilfen gewährt, fast 6,7 Mill DM davon an die Volkshochschulen, „Arbeitsmarktpolitik" der Landesregierung. Dazu wurde 1977 die Verordnung über die Bewertung der Bildungsarbeit erlassen. Danach gibt die Landesregierung zum Beispiel Zuschüsse von 90% für politische Bildung, 50% für schulische Maßnahmen und 18% für Sprachen, Kochen usw. Hinweis für die VHS, wo sie tätig werden sollen.

Erreichen und erfassen soll die VHS die, die über das bürgerliche Schulschleusensystem vorzeitig ausgesondert wurden aufgrund ihrer Rebellion dagegen. Zur Zeit gehen etwa 25% eines Jahrgangs ohne Hauptschulabschluß ab. Sie sollen, besonders erniedrigt, eine „Chance" erhalten. Viel geredet wird davon und viel Steuergelder werden hineingepumpt. Jedoch: die Kurse für die Erlangung von Haupt- und Realschulabschlüssen sowie die Teilnehmerzahlen sinken. Gleichzeitig werden Entwürfe für Verordnungen über Prüfungen zum nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen beraten.



Die Statistik vom 31.3.77 des Landesverbandes der VHS über die Gebühren pro Teilnehmer und Kurs enhüllt wesentliche Schranken: Von 111 Kursen für den Hauptschulabschluß gibt es 70 mit Gebühren zwischen 15 DM und 700 DM. In der Fußnote dazu wird vermerkt, daß von den restlichen 51 Kursen „alleine 20 kostenfreie Kurse auf die VHS Hannover entfallen". „Kostenfrei"? Im Vorlesungsverzeichnis Hannover für 1978: „Die Kurse sind gebühren*frei* (hervorgehoben dort, Red.) Erfragen Sie ..., mit welchem Betrag für die Beschaffung von Lehrbüchern Sie rechnen müssen; im Herbst 1977 mußten ca. 80 DM angesetzt werden."

Für den Realschulabschluß liefen 91 Kurse, keiner gebührenfrei, 81 davon kosteten zwischen 600 und 1300 DM. Weitere Hürden: „Alle Interessenten, die im 1. Halbjahr 1978 mit der Vorbereitung beginnen wollen, werden zu einer *Probewoche* eingeladen ... In dieser Probewoche werden durch Tests und im Unterricht die Voraussetzungen für Englisch festgestellt ... *Voraussetzung für die Teilnahme*: Mindestalter 17 Jahre, Berufsausbildung oder Berufstätigkeit" (VHS Hannover). 1974/75 haben von 18361 Schulabgängern ohne Hauptschulabschluß in Niedersachsen 4596 versucht, ihren Abschluß an einer VHS nachzuholen. Nach einer Erhebung des Landesverbandes der VHS haben bis 1972 etwa 61% die Abschlußprüfung bestanden, 10% fielen durch und ca. 25% brachen den Kursus ab. Neuere Erhebungen gibt es nicht. Ebenso wenig gibt es Statistiken darüber, was die Absolventen dieser Kurse hinterher gemacht haben. Hier ein Beispiel von vielen, das die „Bildzeitung" nicht behandelt: Ein junger Facharbeiter, öffentlicher Dienst, macht im Abendlehrgang die Meisterprüfung – eine entsprechende Planstelle ist „leider" nicht vorhanden. – (N-Red.)

Tarifkampf in der Stahl- und Metallindustrie

Große Anstrengungen sind nötig, um auch nur eine verheerende Niederlage zu vermeiden

Am letzten Wochenende hat der Kapitalistenverband der Stahlindustrie eine außerordentliche Mitgliederversammlung durchgeführt. Einstimmig wurde die bisherige Verhandlungsführung der Kapitalisten „vorbehaltlos gebilligt". Einstimmig wurde beschlossen, „von dem Ergebnisvorschlag einer 3,5prozentigen Lohnerhöhung nicht abzurücken". 3,5% nach 6 Monaten Lohnstopp auf den Rest des Jahres, versteht sich! Ein Drittel der einstimmigen Versammlung des Kapitalistenverbandes bestand aus Gewerkschaftsmitgliedern, die als Arbeitsdirektoren Mitglied des Kapitalistenverbandes sind. Nachdem die Stahlarbeiter bereits eine Woche vorher bei Thyssen-Edelstahl und bei den Hoeschwerken in Dortmund mit Streiks auf das Kapitalistengebot geantwortet hatten, folgte auf das Wochenende eine Welle von Streiks, in denen der Abbruch der Verhandlungen gefordert wurde: Erklärt die Tarifkommission das Scheitern der Verhandlungen, kann in der Stahlindustrie sofort zu Urabstimmung und Streik übergegangen werden. Ein Schlichtungsabkommen gibt es nicht. Die Tarifkommission der IG Metall hat mehrheitlich beschlossen, die Verhandlungen fortzusetzen. Dabei gibt es noch nicht einmal einen neuen Termin. IGM-Vorstandsmitglied Judith will demnächst Helmut Schmidt „noch einmal mahnen, daß er, wie angekündigt, Unternehmen und Gewerkschaften der Stahlindustrie zu einem ‚Stahlgespräch' an einen Tisch einlädt." Das teilte Judith laut Handelsblatt am Donnerstag vergangener Woche Journalisten in Bonn mit. Die Grundlage für die Einstimmigkeit des Kapitalistenverbandes ist die Klassenversöhnlerei der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung. Wie könnten die Widersprüche unter den Kapitalisten aufbrechen, wenn die Gewerkschaftssozialdemokraten den Lohnkampf mit allen Mitteln bremsen und nur auf ein „Stahlgespräch" beim Kanzler warten?

Es liegt nicht an der Lage in der Stahlindustrie, wenn die Kapitalisten von hier aus auf alle Tarifbewegungen Druck machen können. Die Arbeiter werden sogar mit der 7-Prozentforderung streiken. Es liegt an den Absichten der Sozialdemokratie in der IGM. Deutlicher sieht man das noch in der Metallindustrie. Nicht auf einen energischen Kampf um den Lohn legen es Loderer, Jansen, Mayr und Steinkühler an, sondern sie verdoppeln ihre Anstrengungen, um trotz der heftigen Angriffe der Kapitalisten, den Kurs der Klassenversöhnung beizubehalten. Bei den Forderungen schon haben sie sorgfältig die Spaltungslinien gezogen, damit der spontane Kampf der Arbeiterbewegung, der in zahlreichen Streiks seinen Ausdruck findet, sich in Widersprüche verstrickt. Nehmen wir den berühmten Steinkühler. So um die 8% als Forderung, darin waren sich alle Sozialdemokraten in den Bezirksleitungen einig. Aber bloß die Bezirksleiter in NRW haben sich getraut die Prozentforderung nackt und bloß zu stellen. In Nordwürttemberg-Nordbaden wird die Anhebung der beiden unteren Lohngruppen auf Lohngruppe 3 mit jetzt 6,81 DM gefordert. Damit wird gerade bei der Lohngruppe 3 die Spaltungslinie gezogen. 8% machen da noch keine 95 Mark brutto aus. Notwendig ist die Streichung der Lohngruppen 1 – 3, die sämtlich unter 1200 DM Tarif bei 173 Stunden im Monat liegen. Dafür gibt es die „Einkommenssicherung"! Sie besteht aus zwei Elementen. Der einzelne Arbeiter soll nicht mehr abgruppiert werden können und der im Betrieb bestehende Lohn-/ Arbeitswertgruppendurchschnitt soll nicht mehr gesenkt werden könnnen. Das gleiche fordert auch die

schnitt soll nicht mehr gesenkt werden

können. Das gleiche fordert auch die Tarifkommission Hessen. Diese Einkommenssicherung soll gegen die Auswirkungen der analytischen Arbeitsplatzbewertung sichern, die Steinkühler selber als eines seiner Jahrhundertwerke den Arbeitern eingebrockt hat. Aber was passiert wirklich? Die starke Arbeitergruppierung um den Ecklohn herum, die in den meisten Belegschaften Kern und Rückgrat im Kampf bildet und die Bewegung für Festgeldforderungen anführt, soll zerschlagen werden. Die Absicht erkennt man, wenn man das Beispiel aus dem Vertragsvorschlag der Tarifkommission Hessen nimmt, der mit dem Steinkühlerschen Vorschlag identisch ist:

Lohngruppe	Tariflohn	Zahl der Beschäftigten	Tariflohnsumme
2	6,47	34	219,98
3	6,71	51	342,21
4	7,07	59	417,13
5	7,47	90	672,30
	7,77	234	
6	7,99	151	1206,49
7	8,79	58	509,82
8	9,59	20	191,80
9	10,63	13	138,19
		476	3697,92

476 3697,92

„Sicherheitsfaktor" (SK) gleich Summe der Spalte Tariflohnsumme geteilt duch die Summe der Beschäftigten: 3697,92 geteilt durch 476 ist gleich 7,77. 234 Beschäftigte sind in Lohngruppen unterhalb des SK-Wertes.

Der Angriff gilt genau den 151 Ecklöhnern. Statt abzugruppieren, schmeißt der Kapitalist einen Teil von ihnen hinaus. Er braucht dann bloß im richtigen Verhältnis unten einzustellen oder auch ein bißchen aufzugruppieren und oben ein bißchen einzustellen und kräftig aufzugruppieren. Sagen wir, er schmeißt 50 Ecklöhner raus und stellt dafür 40 Leute in LG 1 und 10 in LG 9 ein. 50 Ecklöhner gehen mit 399,50 DM Durchschnittsrechnung ein. Die neuen 40 mit LG 1 und die neuen 10 mit LG 9 gehen mit 258,80 DM plus 106,30 DM, also zusammen mit 365,10 DM in die Durchschnittsrechnung ein. Um den bisherigen „Sicherheitsfaktor" von 7,77 DM zu halten, braucht der Kapitalist jetzt nur noch die verbliebenen 34,40 DM in der passenden und möglichst spalterischen Weise aufzuteilen. Ohne einen Pfennig mehr einzusetzen, hat der Kapitalist ein Maximum an Spaltung erreicht, und dieses Maximum an Spaltung ist gerade auf Grundlage der immer größeren Arbeitsteilung und der damit verbundenen Vereinfachung der Arbeit möglich. Das Beispiel ist extrem. Aber genau so würde der Vertrag wirken. Es bräuchte noch nicht mal große Entlassungen, die normale Fluktuation in großen Betrieben würde diese Entwicklung schon ermöglichen. Warum sind die Kapitalisten dagegen? Sie sind dagegen, weil sie den gleichen Effekt durch die Lohnpolitik der IGM mit ihren niedrigen Prozentforderungen noch einfacher erreichen und weil der Vertragsentwurf in Richtung Sicherung der höchsten Lohngruppen den Kapitalisten zu weit geht. Man soll Steinkühler und anderen Sozialdemokraten nicht sowas unterstellen? Aber wer hat sie nicht mit allen Mitteln gegen die Bewegung für Festgeldforderungen kämpfen sehen? Gerade gegen die Hauptträger dieser Bewegung, den Kern, um den sich die Belegschaften zusammenschließen können, richtet sich der Vertragsentwurf. Warum beläßt es Steinkühler nicht beim Abgruppierungsverbot gegen den einzelnen Arbeiter und Angestellten? Warum geht er nicht auf Beseitigung der analytischen Arbeitsplatzbewertung direkt und Beseitigung des Akkordsystems noch gleich dazu? Weil er die von uns beschriebenen Absichten hat und ausschließlich die Arbeiteraristokratie schützen will.

Also zusammengefaßt: Bei LG 3 wird eine Spaltungslinie gezogen, eine weitere bei den Ecklöhnern. Keineswegs wird damit die spalterische Wirkung der Prozentforderung abgeschwächt. Sie wird verstärkt. In anderen Tarifbezirken ist ein Mindestbetrag gefordert durch Erhöhung der unteren Lohngruppen entsprechend dem Festgeldbetrag auf den Ecklohn. Im Nordverbund sind das 111 DM, in Niedersach-

bund sind das 111 DM, in Niedersach-

sen 107 DM. Das ist zuwenig. Zusammen mit der Streichung der Lohngruppen 1 – 3, den Lohngruppen, die bei 173 Stunden noch nicht einmal auf 1200 DM Bruttotariflohn kommen, würde es gehen. Entsprechend bei den Angestellten durch Streichung der unteren Gehaltsstufen und Eingangsstufen. Kunstvoll haben die führenden Sozialdemokraten in den Bezirksleitungen und im Hauptvorstand die richtigen Elemente in den Forderungen kastriert und so auf die verschiedenen Tarifbezirke verteilt, daß sie nicht vereinheitlichen, sondern spalten sollen. Die jetzt von der Tarifkommission bei VW aufgestellte Forderung zwischen rund 184 und 202,48 DM wirkt auch so. Sie ist speziell auf den Lohngruppenschlüssel bei VW abgestellt. Die Anhebung der unteren Lohngruppen um 20 DM, 15 DM und 10 DM bei 8% würde in anderen Tarifbezirken viel weniger bringen. Sie dient der Abspaltung der VW-Arbeiter, um sie nach der Niederlage in anderen Tarifbezirken in die Niederlage mithineinzureißen. Bleiben diese Spaltungslinien erhalten, dann kann der Kurs der Sozialdemokratie auf Klassenversöhnung kaum durchbrochen werden. Eine verheerende Niederlage wird die Folge für die Arbeiterbewegung sein. Darauf legen es die Kapitalisten und die ganze bürgerliche Klasse an. Diese Niederlage muß nicht sein. Wenn mit den Prozenten aber nicht bei 3,5%, und das heißt für einen großen Teil der Metallarbeiter nicht unter 50 DM brutto Lohnerhöhung gelandet werden soll, dann muß gestreikt werden. Das geht auch mit den Prozenten und sogar in der zerklüfteten Metallindustrie. Es muß dann aber auch für die Streichung der unteren Lohngruppen und für das Festgeld auf den Ecklohn als Mindestforderung gekämpft werden. Sonst wird es eine Tarifrunde werden, an deren Ende nur noch die Kapitalisten wissen, wo ihnen der Kopf steht. Es soll aber möglichst umgekehrt ausgehen.

(Z-Red.)

Eine politische Bewegung bricht sich Bahn

Ein Antrag (345) der Verwaltungsstelle Hamburg an den IGM Gewerkschaftstag lautete: „Die IG Metall setzt sich im Rahmen ihrer Tarifpolitik zur Steigerung der Tarifeinkommen das Ziel, den Abstand zwischen den unteren und oberen Tarifgruppen schrittweise zu verringern ... Streichung von unteren Lohngruppen."

Bei Aufstellung der Lohnforderung wurde vom *Vertrauensleutekörper Berthold AG (Westberlin)* 210 DM, Streichung der Lohngruppen 1 und 2 und der Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich gefordert.

Die *Vertrauensleuteversammlung Schenk (Darmstadt)* beschloß neben der Forderung nach 120 DM und 5% die Abschaffung der Lohngruppen 2 und 3 und die Abschaffung der Gehaltsgruppe 1.

Der *Vertrauensleutekörper MAN* in München beschloß die Streichung der unteren Lohngruppen und eine Lohnforderung von 8%. Weiter schickten Anfang Dezember 39 Arbeiter von Graubremse in Heidelberg an die Tarifkommission ein Telegramm, in dem sie unter anderem die Streichung der Lohngruppe 2 und 3 forderten.

Bei BBC in Walldorf haben Kollegen der Abteilung Vorfertigung I und II an die Tarifkommission geschrieben und die Streichung der Lohngruppe 2 und 3 gefordert.

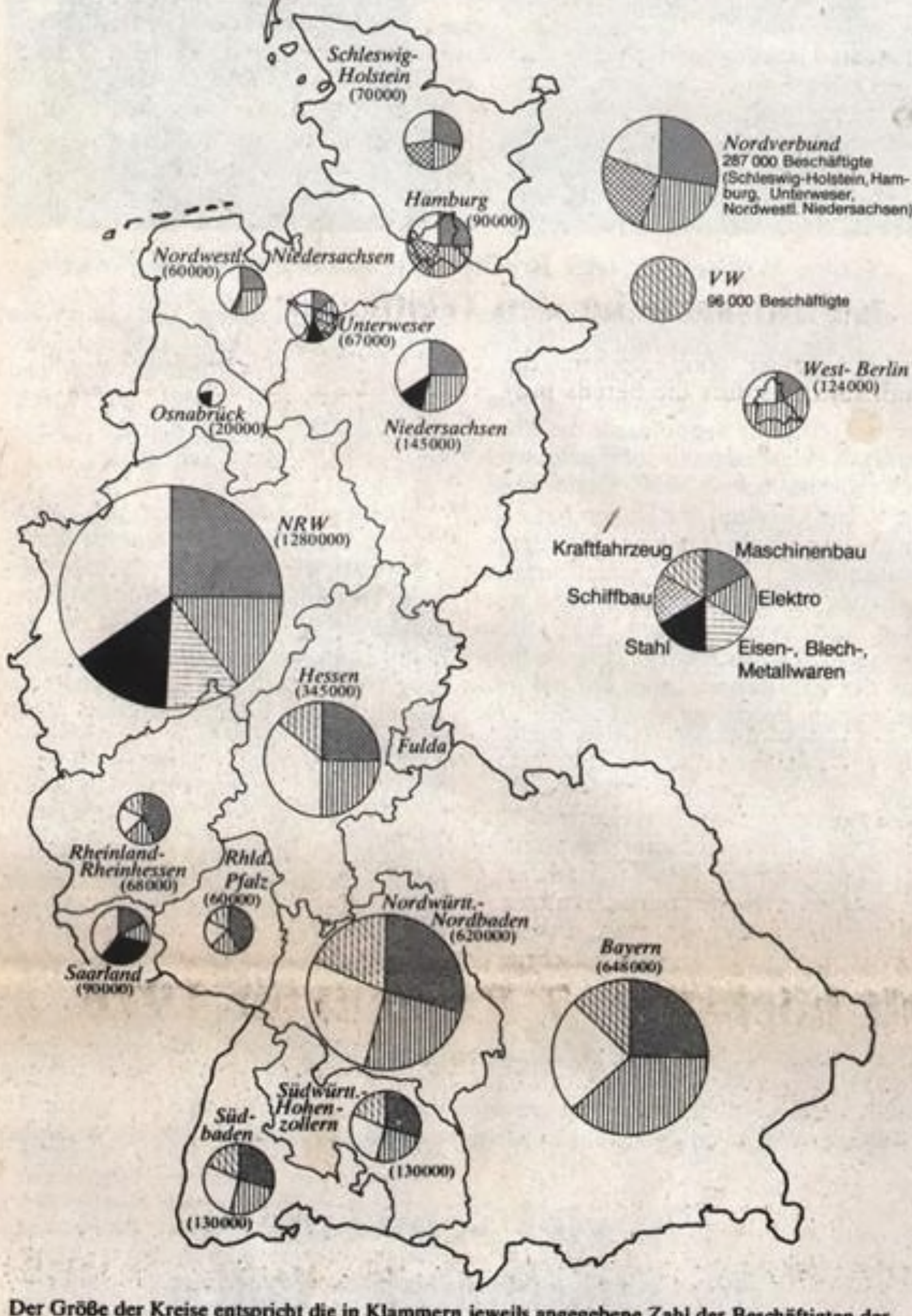
8 Arbeiter der Fordwerke schreiben an die Tarifkommission: „Mit der Erhöhung der KFZ-Steuer, der Krankenkasse, der Mehrwertsteuer und dem voraussichtlichen Fortfall des Tarifes 2 der Elektrizitätswerke hat die Arbeiterklasse schon mehr als 3% verloren... .Ferner fordern wir die Streichung der Lohngruppen 2 und 3 und der Gehaltsgruppen unter 1200 DM. Allen Metallarbeitern wird damit geholfen, daß die Konkurrenz unter den Arbeitern eingeschränkt und damit die Kampfbedingungen verbessert werden."

Die Metallarbeiter stellen auch Forderungen für die ganze Arbeiterklasse, die nur gegen Regierung und Staat durchgesetzt werden können. So haben VW-Arbeiter vom Werk Baunatal eine Resolution verfaßt: „Unmißverständlich und mit Nachdruck fordern wir deshalb von der Bundesregierung: Keine weitere Erhöhung der Rentenbeiträge! Hände weg von den abgabefreien Zuschlägen".

Zur selben Sache wurde bei der Graubremse in Heidelberg von den Arbeitern ein Brief verfaßt, in dem sie fordern: „Selbstverwaltung der Versicherungen durch die Arbeiter! Bezahlung der Beiträge durch die Kapitalisten in voller Höhe!"

Und Arbeiter von John Deere in Mannheim schreiben an die Große Tarifkommission: „Lohn- und Gehaltsraub wird auch betrieben durch die wachsende Lohnsteuer, die uns Arbeitern und Angestellten ‚auf halbem Wege' aus der Tasche gezogen wird. Deshalb sind wir für einen Steuerfreibetrag von 1500 DM. den Beschluß des Gewerkschaftstages der IGM, daß der 7-Stundentag aufgenommen wird in den tariflichen Forderungskatalog, begrüßen wir – er darf nicht in der Schublade verschwinden." Die Vertrauensleuteversammlung von Thyssen Duisburg hat die Tarifkommission aufgefordert, Verhandlungen über die 35-Stundenwoche mit den Kapitalisten zu führen.

Konzentration der Stahl- und Metallarbeiter in den Tarifbezirken nach Branchen



Der Größe der Kreise entspricht die in Klammern jeweils angegebene Zahl der Beschäftigten der

Der Größe der Kreise entspricht die in Klammern jeweils angegebene Zahl der Beschäftigten der Metall- und Stahlindustrie des jeweiligen Tarifbezirks. Die schraffierten Flächen zeigen die Anteile der Beschäftigten in den jeweils größten Metallzweigen an der Gesamtzahl der Beschäftigten im Tarifbezirk, die weißen Flächen zeigen den Anteil der restlichen, kleineren Metallzweige wie Stahl- und Leichtmetallbau, Feinmechanik, Optik usw. Für die Tarifbezirke Nordwürttemberg/Nordbaden, Südwürttemberg-Hohenzollern und Südbaden sind die Angaben über die Anteile der einzelnen Branchen von ganz Baden-Württemberg jeweils verwendet, ebenso für die Tarifbezirke Rheinland-Pfalz und Rheinland-Rheinhessen die vom Bundesland Rheinland-Pfalz. Für den Tarifbezirk Fulda liegen uns keine Angaben vor. Der Tarifbezirk Osnabrück ist dem Tarifbezirk Nordrhein-Westfalen angegliedert. (Zahlen aus dem Statistischen Jahrbuch der BRD und dem Geschäftsbericht der IG Metall.)

VW-Tarifkommission hat endlich die Lohnforderung beschlossen

Wolfsburg. Nach langem Hin- und Hergezerre hat die Große Tarifkommission der IG Metall am Freitag, den 27.1. die Tarifforderung für die VW-Werke aufgestellt. Sie lautet Vorweganhebung der Lohngruppen bis Akkordlohngruppe 4 und 4B 0,15 DM pro Stunde, Akkordlohngruppe 5 0,10 DM pro Stunde, entsprechend bei den Zeitlohn- und Gehaltsgruppen. Sodann Lohnerhöhung um 8% und schließlich „Strukturverbesserungen in den Lohngruppen". Außerdem wird die Erhöhung der Lehrlingslöhne um 80 DM gefordert.

Das ist bislang die merkwürdigste Forderung, die die Große Tarifkommission aufgestellt hat. Sie ist zwischen zwei Feuer geraten. Der VW-Vorstand will Lohnsenkung und Spaltung der Arbeiter, um Sonderschichten und Rationalisierungen durchsetzen zu können. Denn er sieht trotz enormen Profiten „ungünstige Faktoren in das freundliche Bild des Jahres 1977 gemischt" und fürchtet um die „Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Anbieter aus Kosten- und Währungsgründen" (Personalchef Frerk). Die Sozialdemokraten in der Großen Tarifkommission würden dem gerne entgegenkommen. Der Betriebsrat Ehlers: „Das vom Aufsichtsrat beschlossene umfangreiche Rationnalisierungsprogramm zielt darauf ab, die Arbeitsplätze zu sichern". Aber die VW-Arbeiter wollen einen ausreichenden Tariflohn, und sie wollen die Einheit. Deshalb haben sich viele für 220 DM ausgesprochen.

Nachdem die Tarifkommission sich erst vertagt hat, hat sie jetzt die Forderung aufgestellt, die zeigt, daß ihre Schwierigkeitn nicht kleiner geworden sind. Denn inzwischen streiken die Hafenarbeiter, und es ist unter den VW-Arbeitern klar, daß 1. ein Abschluß unter dem der Seehafenarbeiter überhaupt nicht in Frage kommt und 2. das zeigen die Seehafenarbeiter, daß man sich einigen kann.

Die Große Tarifkommission mußte die Vorweganhebung beschließen, obwohl sie eigentlich eine reine Prozentforderung beschließen wollte. Ohne Zweifel schwächt dies die Spaltung ab, obwohl zwischen der Forderung für die niedrigste Akkordlohngruppe mit 184 DM und der für die höchste Gehaltsgruppe mit 350 DM immer noch ein beträchtilicher Unterschied klafft. Außerdem 184 DM sind eben nicht 220 DM. Auf alle Fälle hat die Große Tarifkommission deshalb „Strukturverbesserungen in den Lohngruppen" beschlossen; nämlich Einführung der Akkordlohngruppe 8 und der Zeitlohngruppe 10, Wegfall der Höchstbelegungsgrenzen in den Zeitlohngruppen sowie Änderung der Arbeitsplatzbewertung in den Akkordlohngruppen. Besonders letzteres ist ein alter Hut.

Bereits im letzten Jahr hat die Große Tarifkommission diese Forderung beschlossen. Herausgekommen ist nichts dabei. Genauso die Ausweitung der Lohngruppen und die damit verbundene Hoffnung, die Arbeiter würden drauf springen. Es hat im letzten Jahr massenweise Abgruppierungen und Neueinstellungen in den untersten Lohngruppen gegeben und nicht „volle Auslastung der hohen Lohngruppen", womit die Sozialdemokraten hausieren gehen. Individuell vermögen die Arbeiter nichts auszurichten gegen den VW-Vorstand. Zusammen aber viel, und das wissen die VW-Arbeiter seit dem Streik in den Seehäfen noch besser.

Einen Verhandlungstermin hat die Große Tarifkommission mit dem VW-Vorstand gleich gar nicht ausgemacht, obwohl der Tarifvertrag bereits am Dienstag, den 31. ausläuft. Die Tarifkommission will offensichtlich erst den Ausgang des Streiks der Hafenarbeiter abwarten, um sich nicht in die Nesseln zu setzen. Die Arbeiter in den VW-Werken werden kein Verständnis für die Schwierigkeiten der Sozialdemokraten haben. Sie brauchen mehr Geld und zwar dringend. Wenn die Sozialdemokraten die Forderung nach Vorweganhebung der unteren Lohngruppen ernst nehmen, dann müssen sie jetzt von Schmücker auch verlangen, daß er diese Vorweganhebung sofort zugesteht. Ohne daß dies bereits vor Verhandlungen zugestanden ist, sind erfolgreiche Verhandlungen um die 8% gar nicht möglich. – (Betriebszelle VW Wolfsburg)

ÖTV-Mitgliederversammlung im AK Barmbek beschließt: Bei einem Angebot unter 7% für Streik! 220 DM Festgeld!

Hamburg. Gewerkschaftsfunktionär Schmalbruch aus der Abteilung Gesundheitswesen wollte die Kollegen gleich zu Beginn auf 7,5% einschwören, indem er berichtete, daß die ÖTV-Bereiche Strom- und Hafenbau sowie die Baubehörde dieser Forderung zugestimmt hätten. Die Mitglieder gaben darauf die richtige Antwort:

Unter einem Angebot von 7,5% wird gestreikt. Wir müssen damit nach unten einen Riegel schieben. Auf die Frage, ob auch im Krankenhaus Streik das richtige Mittel sei, antwortete eine Gewerkschaftskollegin, die in der Küche beschäftigt ist: Warum denn nicht?

Folgende Bschlüsse wurden gefaßt: a) 220 DM Festgeld für alle, entsprechende Anhebung des Ausbildungsgeldes, b) Rücknahme der Kürzung des Ausbildungsgeldes, c) der Urlaubsforderung des GHV wurde zugestimmt und die Forderung nach entsprechender Stellenerweiterung wurde aufgestellt, d) bei einem Angebot unter 7,5% für Streik! e) Solidaritätserklärung an die Hafenarbeiter „Die MV der ÖTV im AK Barmbek begrüßt es, daß ihr für 9% Lohnerhöhung streiken wollt. Auf unserer Mitgliederversammlung haben wir uns für 220 DM Festgeld ausgesprochen und sind bei einem Angebot des Arbeitgebers unter 7,5% bereit, Kampfmaßnahmen zu ergreifen. Eure gerechte enach Kräften unterstützen."

Die Mitgliederversammlung beauftragte den Vertrauensleutekörper, diese Erklärung den Kollegen im Hafen zu übergeben. Am 25.1. sind ein Vertrauensmann und 6 Kollegen in den Hafen gegangen und anschließend ins Gewerkschaftshaus, um dort die Erklärung abzugeben.

ÖTV-Mitgliederversammlung beschließt Forderungen zum Lohnkampf

Westberlin. Bezirksamt Neukölln. Die ca. 350 Anwesenden ÖTV-Mitglieder haben am 25.1. folgendes beschlossen: 200 DM für alle, 6 Wochen Mindesturlaub für Alle, Rücknahme der Herabgruppierung der Praktikanten rückwirkend, Laufzeit 12 Monate, Anhebung der Ausbildungsvergütung um 120 DM. Für den ersten Verhandlungstag hat die Versammlung die Einberufung einer erneuten Mitgliederversammlung beschlossen. In mehreren Beiträgen sind Kollegen dafür eingetreten, daß man ein Angebot von unter 7% mit Kampfmaßnahmen wird beantworten müssen. Das hat Unterstützung gefunden. Außerdem wurde von der Versammlung der Beschluß des DGB begrüßt, eine Kundgebung unter freiem Himmel am 1. Mai durchzuführen und die Forderung nach Durchführung einer Demonstration zum Kundgebungsplatz aufgestellt.

Der Brückenschlag nach Afrika wird vorbereitet

Grüne Woche in Westberlin

Die „Grüne Woche" dient der westdeutschen Bourgeoisie als Propagandaschau für ihre expansionistischen Ziele. Das „Grüne Tor zur Welt" frohlockt die Industrie- und Handelskammer. Bundespräsident Scheel kam angereist, als Schirmherr. Der EG-Landwirtschaftsausschuß tagt im Reichstag über den EG-Beitritt von Griechenland, Portugal und Spanien. Warum die westdeutschen Imperialisten dafür sind, erklärt ihr Landwirtschaftsminister Ertl: „Schwer wiegt die politische Bedeutung der Erweiterung, insbesondere für den Mittelmeerraum. Wir können diese Staaten nicht sich selbst überlassen oder was noch schlimmer wäre, anderen in die Arme treiben. Wir müssen doch daran interessiert sein, mit ihnen zum Beispiel über die Maghreb-Staaten einen Brückenschlag zu Afrika zu suchen (...). Mit dieser Zielsetzung wird also die Agrarpolitik wiederum ein weiteres Mal zu einem Stück Außenpolitik." (Agrarpolitik aktuell, Nr. 5) Man merkt richtig, wie ihnen der Mund wässrig wird, liest man die Kurznotizen über die 37 ausstellenden Länder im Katalog 78. Marokko und Tunesien haben Phosphat, Rumänien, Kolumbien, Kuwait haben Erdöl, Türkei billige Arbeitskräfte und Tabak, Portugal hat Fischereiindustrie und gierig blicken sie auf die Elfenbeinküste: „Die Republik Elfenbeinküste ist das reichste der acht vormals von Frankreich beherrschten Territorien an der Westküste Afrikas."

Dietrich Stobbe, Regierender Bürgermeister, lenkte den Blick gegen Osten und unterstrich in seiner Begrüßungsansprache die „kräftige und überzeugende Tradition der ,Grünen Woche' in Berlin". Der große Preußenliebhaber läßt nun auch gar keine Gelegenheit aus.

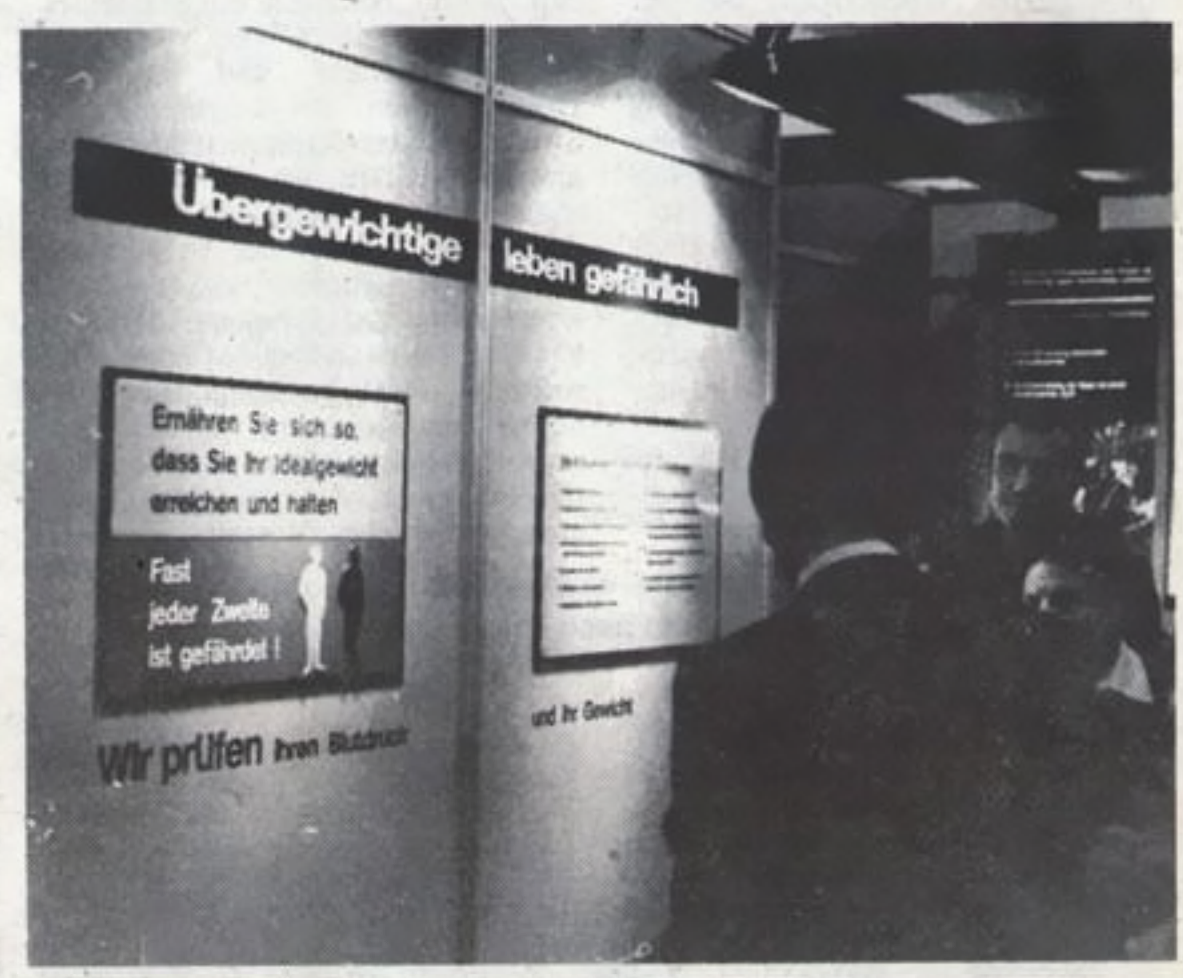
Mit der Herstellung der Reichseinheit unter der Führung der preußischen Bourgeoisie und der Festigung des inneren Marktes wurde 1885 die „Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft" gegründet. Diese „Landwirtschaftliche Woche", die meist im Januar eines Jahres abgehalten wurde, war der Vorläufer der „Grünen Woche". Die DLG stand unter der Führung der Krautjunker. Die Bauern hatten begonnen, sich in Absatzgenossenschaften zu organisieren, um so zu versuchen, sich gegen den Ruin ihrer Existenz zu schützen. Über die Auseinandersetzungen infolge der Agrarkrise von 1892 bis 1894 schreibt Prof. Haushofer: „Es gab nicht nur die relativ friedlichen Veranstaltungen der gewohnten ,Grünen Woche' der DLG, sondern auch Protestversammlungen mit Tausenden empörten Landwirten im größten Zirkusgebäude Berlins.

Die Teilnehmerzahl an den beiden Gründungsversammlungen des oppositionellen Bundes der Landwirte 1893 wird zwischen 5000 und 15000 angegeben."

Die Banken brachten die bäuerlichen Kleinbetriebe immer weiter in die Schuldknechtschaft. Eine der Hauptformen der Verschuldung der bäuerlichen Betriebe – die Pfandbriefe – stiegen in ihrem Nennwert von 2,9 Milliarden Reichsmark (1882) auf glatte 14 Milliarden (1913). Nach der Niederschlagung der Revolution von 1918 drängte der Vorsitzende der DLG, Rittergutsbesitzer Wesky, auf weitere Zentralisierung. 1926 wurde die „Grüne Woche" gegründet. Der Hitlerfaschismus organisierte die „Grüne Woche" bis 1939 mittels der „Blut und Boden Theorie" durch. Die Last für die kleinen und mittleren Bauern nahm zu. Wiedereröffnet wurde die „Grüne Woche", als die deutsche Monopolbourgeoisie daranging, ihre Herrschaft wiederzuerrichten. International wurde sie erstmals in vollem Umfang 1962 ausgerichtet. Diese „kräftige und überzeugende Tradition" hat eben ihre zwei Seiten. Für die Finanzbourgeoisie Höchstprofit und für die Arbeiter und Bauern Lohnsklaverei, Schuldknechtschaft, Ruin und Krieg.

Mit einer landwirtschaftlichen Ausstellung hat die „Grüne Woche" nicht mehr viel zu tun. In der Tierhalle haben wir nicht mehr als 27 Pferde, acht Kälber, zwölf Kühe, zwölf Bullen, cirka 100 Schweine neben Kaninchen und Geflügel gezählt. Dieser Teil der Ausstellung hat sich gegenüber dem Vorjahr bedeutend verkleinert. Der Schafhirte, der letztes Jahr gezeigt hat, wie Schafe gehütet werden, bekommt dieses Jahr keine Herde mehr zusammen. Den Platz haben dafür die Kapitalisten eingenommen auf der Ausstellungsfläche von 90000 Quadratmetern. Ein Großteil der Hallen hat auch mehr den Charakter einer Haushaltswarenmesse. Die Gemeinschaftsschauen in den restlichen Hallen werden von verschiedenen Ausstellern gemacht. Deutlich wirkt sich die Politik der EG-Imperialisten auf die ausgestellten Produkte der Länder aus, die Agrarstruktur der Mitgliedsländer zu beschränken und sie zu zwingen, sich zu spezialisieren. Irland und Großbritannien zum Beispiel bieten Whisky an, Dänemark und Holland Milchprodukte und Fisch. Anders zum Beispiel die Nichtmitgliedstaaten wie Tunesien und Marokko, diese Länder zeigen die ganze Vielfalt ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse.

Besondere Propaganda macht die Bourgeoisie für ihre Propagandaschau mit billigen Preisen. Wir haben festgestellt, ganz so billig ist ein Tag auf der „Grünen Woche" nicht. 5 DM Eintritt, 5 DM für den Katalog, 0,1 Liter Wein 1 DM, 0,4 Liter Bier 4 DM mit Glas. Die kostenlosen Proben sind rar, kleine Portionen kosten im Durchschnitt 2 DM, flugs ist man als Einzelner einen 20-Mark-Schein los.



„Grüne Woche" für fette Profite – die Massen sollen abspecken

Mit den Sonderschauen, ausgerichtet vom Bundesministerium für Landwirtschaft, wird nochmals das ideologische Trommelfeuer eröffnet. Mit der Sonderschau für Aquakultur ist gemeint, „angesichts der Kontingentierung von Fangquoten" eine Unabhängigkeit in der Fischproduktion durch kapitalistisch betriebene Fischzucht zu erreichen. Verpackt wird dies mit der Anlage eines großen Fischteiches unter der „Leitung" von Sportanglern. Was die Absichten der BRD-Imperialisten wirklich sind, zeigt die Meldung im Handelsblatt „Fischereizone in der Ostsee": „Das Bundeskabinett hat in Bonn beschlossen, eine Fischereizone in der Ostsee zu errichten. Dieser Schritt sei zum Schutze der deutschen Fischereiinteressen notwendig, nachdem Schweden, Polen und die DDR ihre Fischereizone vom 1. Januar an ausgedehnt hätten." – (Bezirk Westberlin)

28 Krankenpflegeschüler der MHH schreiben an Richter Rienhoff: Einstellung der Grohnde-Prozesse!

Hannover. 28 Krankenpflegeschüler schreiben in ihrem Brief u.a.: „So lange Kernkraftwerke gegen unseren Willen gebaut werden und mit Polizei, Wasserwerfern und Stacheldrahtverhauen geschützt werden müssen, kommt man fast unvermeidlich mit dem geltenden Gesetz in Konflikt, wenn man Kernkraftwerke verhindern will. Wir stehen auf der Seite der Angeklagten und fordern: Sofortige Zurücknahme der Haftbefehle! Sofortige Freilassung der Häftlinge! Sofortige Einstellung aller Ermittlungs- und Strafverfahren! Organisations- und Demonstrationsfreiheit! Kein Kernkraftwerk in Brokdorf, Grohnde und anderswo! Keine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben!"

Bisolvon gestrichen – und wieder eingeführt

Hamburg. Ab November 1977 sollte das Medikament Bisolvon von der Apotheke des Universitätskrankenhauses Eppendorf nicht mehr ausgegeben werden, weil es angeblich ein unwirksames Mittel sei. Diese Kostendämpfungsmaßnahme haben die Beschäftigten des Universitätskrankenhauses Eppendorf mit Erfolg zurückgeschlagen. Die Pflegekräfte haben langjährige gute Erfahrungen mit diesem Medikament, denn Bilsovon hat sich besonders bewährt bei Frischoperierten und bei Patienten, die über längere Zeit bettlägerig sind. Weil es den zähen Bronchialschleim verflüssigt und das Abhusten erleichtert, ist es ein wichtiges Mittel zur Verhinderung von Lungenentzündungen. Da es kaum Nebenwirkungen hat, kann es über längere Zeit gefahrlos eingenommen werden. Jetzt wurde es für die Patienten wieder eingeführt.

Westberliner DGB beschließt 1. Mai-Kundgebung

Westberlin. Die DGB-Landesvertreterversammlung hat im Dezember 1977 beschlossen, den 1. Mai 1978 vor dem Rathaus Schöneberg öffentlich zu begehen. Bei dieser Abstimmung haben sich die Vertreter der IG Metall, Wagner und Vogt, wie auch der der Postgewerkschaft enthalten.



Die Bezirke Holstein und Flensburg-Westküste des KBW kandidieren zu den Kommunalwahlen. Die Bezirke führen während des Wahlkampfes eine Veranstaltungsreihe zu den Klassenkämpfen in Schleswig-Holstein durch, die die geschichtlichen Erfahrungen im Kampf gegen die Reaktion zusammenfaßt.

Die Wahlsendungen des KBW im Rundfunk und Fernsehen sind: *Freitag, 24.2.78 18.20 Uhr – 18.24 Uhr* NDR II und *Donnerstag, 16.2.78 19.48 Uhr – 20.00* im Regionalfernsehen.

Zu viel Schweine – die Fleischpreise fallen

Für wen?

Das Bundesministerium für Ernährung hat mitgeteilt, daß in diesem Jahr mit etwa 35 Millionen Schweinen 4,4% mehr als 1977 abgeschlachtet würden. Deswegen sollten die „Verbraucherpreise" für Schweinefleisch fallen (HAZ, 23.1.78).

1977 sind 31 Millionen Schweine abgeschlachtet worden gegenüber 29,4 Millionen Stück 1976. Was in diesem Zeitraum gefallen ist, sind die Preise, die die Bauern für die gemästeten Schweine bekommen. Von 332 DM 1976 auf 327 DM 1977. Schon jetzt fallen die Schweinepreise für den Bauern wieder. In Uelzen um 10 Pfg. pro Kilo in der letzten Woche, was immerhin pro Schwein 8 DM weniger bedeutet.

Der Landwirt kann auch nicht einfach warten und seine Schweine verkaufen, wenn die Erzeugerpreise günstiger liegen. Aufgrund dessen, daß es im Sommer mehr Ferkel gibt und die Ferkelpreise dann allgemein auch günstiger sind als im übrigen Jahr, sind die Bauern gezwungen, sie dann zu kaufen. Ausgemästet sind sie dann nach fünf, sechs Monaten. Die großen Schlachthöfe nutzen diese Lage dann, um die Schweinepreise zu senken. Wobei in den letzten Jahren im Winter nach Weihnachten bis Ostern die Schweinepreise stetig gefallen sind. Der Bauer kann seine Schweine nicht vor Weihnachten verkaufen, weil das Schwein dann noch nicht ausgemästet ist, er kann es aber auch nicht länger behalten. Denn: Ist das Schwein erst einmal ausgemästet, setzt es weiterhin hauptsächlich Fett an, was die Qualität des Fleisches mindert. Und eine Klasse niedriger in der Gütestufe macht pro Schwein gleich wieder 18 bis 20 DM weniger aus. Zudem muß das Schwein dann verhältnismäßig mehr Futter bekommen, um überhaupt noch Fleisch anzusetzen: Ein Schwein braucht bei 60 Kilo 2,8 Kilo Futter, bei 100 schon über 4 Kilo und bei 130 Kilo über 5 Kilo Futter, um 1 Kilo Fleisch zu bilden. Wenn das Schwein ausgemästet ist, kann der Abschlachttermin höchstens um ein, zwei Wochen verschoben werden.

Zu viele Schweine, das führt dazu, daß die kleinen Bauern, die nicht so viele Schweine mästen und deshalb zwangsläufig teurer produzieren (teureres Futter usw.), nicht einmal ihre Kosten heraus bekommen, denn pro Schwein kann an Produktionskosten derzeit 300 DM angesetzt werden. Haben sie sich auf die Schweinemast spezialisiert und auf einen Kredit investiert, kann schon ein Fall des Schweinefleisches um 5 bis 10 Prozent ihren Ruin bedeuten. Anders bei den Großbauern, die in der Lage sind, rationaleller zu produzieren, die günstige Preise für das Futter bekommen, weil sie große Mengen abnehmen, und die noch mit dem Schlachthofkapitalisten einen höheren Preis aushandeln, weil sie ihnen im Jahr soundso viel tausend Schweine zum Abschlachten liefern können.

„Sinkende Fleischpreise zu erwarten" nutzen die großen Nahrungsmittelkonzerne, um auf Kosten der Bauern und der Volksmassen ihren Profit zu erhöhen. Daß die Fleischpreise für Schweinefleisch für die Volksmassen um keinen Deut geringer sind, wenn den Bauern die Preise gedrückt werden, zeigt diese Übersicht von Sonderangeboten für Schweinekoteletts in Hannover:

12.1.77:	3,78 DM
31.3.77:	2,98 DM
7.7.77:	3,88 DM
1.12.77:	3,98 DM
26.1.78:	3,58 bis 3,99 DM

– (Bezirk Hamburg-Unterelbe/N-Red)

Regierung Niedersachsens will eine Steuer abschaffen – eine Kapitalistensteuer weniger

1976 haben die Kapitalisten in Niedersachsen rund 300 Mio. DM an Lohnsummensteuer gezahlt. Im November 1977 hat Innenminister Groß die Lohnsummensteuer, die von nur 52 Gemeinden in Niedersachsen erhoben wird, in der Höhe eingefroren, und sie soll nicht mehr neu eingeführt werden können.

Das reicht den Kapitalisten nicht, sie wollen runter von der Steuer.

So fordern die Industrie- und Handelskammern (IHK) Niedersachsens kurz nach der Anordnung von Groß in der „Niedersächsischen Wirtschaft" (15.12.77): „. . . das im Koalitionsabkommen von 1976 aufgestellt ‚Ziel des Abbaus der Lohnsummensteuer' " zu verfolgen, denn die Lohnsummensteuer ist ein „systemfremdes Element in unserem Ertragssteuersystem".

Zwar ist es so, daß die Kapitalisten, wenn sie in ihrer Bilanz Profit ausweisen, der besteuert wird, von dieser Steuer die Lohnsummensteuer wieder absetzen können. Trotzdem schmerzt es sie, überhaupt Steuern zu zahlen. Man kann sicher sein, daß sie auch nicht mehr an Steuern zahlen werden, wenn sie die Lohnsummensteuer nicht mehr absetzen können. Und so sind es für sie 300 Millionen DM an entgangenem Profit. Um einen Begriff davon zu bekommen: Diese 300 Millionen Mark sind immerhin 10% der auf das Land Niedersachsen entfallenden Steuern vor Ertrag, der Körperschaftssteuer und der Umsatzsteuer. Oder für 1,5 Millionen Arbeiter 200 DM mehr an Lohn.

So wie Ravens zu seinem Wahlkampfrenner die stufenweise Einführung der Lernmittelfreiheit erhoben hat, so buhlt Leisler-Kiep für die CDU jetzt mit der Abschaffung der Lohnsummensteuer um Wählerstimmen. Er nutzt dabei, daß z.B. die Handwerksbetriebe prozentual gegenüber den größeren Kapitalisten mehr an Lohnsummensteuer zahlen müssen, weil sie aufgrund der fehlenden großen Maschinerie im Verhältnis mehr Arbeitskraft einsetzen müssen.

„Wenn daher (aufgrund der fehlenden Lohnsummensteuer (Red.) speziell zurechenbare Kosten durch die Gemeinde äquivalent überwälzt werden sollten, kann dies nur im Wege über Gebühren und Beiträge geschehen" schlagen die IHKs in Niedersachsen der Landesregierung vor. – (N-Red.)

Frister legt Spaltungslinien im Lohnkampf '78 fest

Hamburg. Im Schnellbrief 1/78 des GEW-Vorstands zur Tarifrunde 78 legt Frister die Spaltungslinien fest:

1. „Festgeld – an den Interessen der Mitglieder vorbei." „In der GEW-internen Mitgliederdiskussion, die im wesentlichen in den Referaten A der Landesverbände bzw. Hauptvorstand geführt wurde, war einhellig die auch in diesem Jahr aufgetauchte Forderung nach einem Festbetrag zurückgewiesen worden." (Allein in Hamburg hat die Mitgliederdiskussion zu 32 Beschlüssen geführt, von denen sich 30 für Festgeld in Höhe von 200 bis 220 DM aussprechen; das mußte der GEW-Geschäftsführer Hüneke am 23.1. in der Fachgruppe Hochschulen zugeben.) Frister fährt fort: „Jene Gruppe (KBW), die von vornherein unabhängig von den realen Möglichkeiten und an den Interessen der Mitglieder vorbei auf einen Festbetrag festgelegt ist, hat im übrigen die innergewerkschaftliche Willensbildung in diesem Punkt kaum beeinflußt, sondern aufgrund der taktischen Weisung ihrer Parteispitze im Rahmen eines gesteuerten Vorgehens in direkten Briefen den Bundesinnenminister und andere Politiker angeschrieben."

2. „In Arbeit Stehende gegen Arbeitslose": Unter der Überschrift „Begündung des Diskussionsvorschlages" spielt Frister die Arbeitslosen gegen den Lohnkampf aus: „Die Lage auf dem Arbeitsmarkt, die auch 1978 eine Arbeitslosenzahl von rund einer Million befürchten läßt, fordert auch von der Tarifpolitik besondere Anstrengung, zur Entlastung des Arbeitsmarktes beitragen.

3. „Arbeiter/Angestellte gegen Beamte": Zur Begründung der Forderungsstruktur wird ausgeführt, daß bei geringen Inflationsraten von nur 4 % und nachdem der „Nachholbedarf des Öffentlichen Dienstes gegenüber der gewerblichen Wirtschaft" gedeckt ist, Festgeldforderungen nicht mehr begründbar seien. Der Abschluß von Sockel-, Mindest und Festbeträgen in den vergangenen Jahren „hat insbesondere bei vielen Arbeitern und Angestellten Unzufriedenheit ausgelöst, da bei hohen Sockelbeträgen das Nettoeinkommen der Tarifbeschäftigten im Vergleich zum Beamten gesunken ist."

4. „Lohnabhängige im Öffentlichen Dienst gegen alle übrigen": „Die Ergebnisse der Tarifabschlüsse bis 1976 haben zwischen den unteren Einkommensgruppen im Öffentlichen Dienst und den entsprechenden Lohn- und Vergütungsgruppen in der gewerblichen Wirtschaft beachtliche Differenzen zugunsten des Öffentlichen Dienstes entstehen lassen. Dies bringt nicht nur die Gefahr innergewerkschaftlicher Spannungen, sondern begünstigt auch Privatisierungstendenzen v.a. bei den Gemeinden."

Sozialdemokratie und Staatsverschuldung – Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung

Bund, Länder und Gemeinden wollen sich mit Nachdruck um einen Abbau solcher . . .

Hemmnisse bemühen, durch die private und öffentliche Investitionen gefährdet werden"

„Bundesfinanzminister Apel hat unmittelbar vor den umfassenden Wirtschafts-und Haushaltsberatungen dieser Woche bekräftigt, daß die Bundesregierung für 1978 neue steuerliche oder konjunkturanregende Maßnahmen ablehnt". Diese scheinheilige Erklärung hat der Finanzminister feierlich im Fernsehen abgegeben, voller Entrüstung über die Angriffe der Parlamentsopposition betreffend „zu geringe Investitionsausgaben". Im Jahreswirtschaftsbericht haben die Regierungssozialdemokraten in der vergangenen Woche parallel zu der Verabschiedung des Haushalts 1978 im Parlament ihre Vorstellungen über die Wirkung dieses Haushalts zusammengefaßt:

„Diese angestrebte gesamtwirtschaftliche Entwicklung kann jedoch voraussichtlich nur dann erreicht werden, wenn sich aus den finanzpolitischen Anstößen über eine nachhaltige Verbesserung der Absatz-und Ertragserwartungen allmählich ein sich selbst verstärkender Wachstumsprozeß entwickelt, der zunehmend von der privatien Investitionstätigkeit getragen wird."

Eine solche verklausulierte „Formel", von Apel, Schmidt und Lambsdorff geprägt, mit dem Sachverständigenrat als Geburtshelfer und dem Konjunkturrat der öffentlichen Hand als Pate, heißt in ihrem einfachen Kalkül: die Profite als Ergebnis der Ausbeutung der Arbeiter müssen verwirklicht werden und sie müssen *steigen*. Die wachsenden Profite verstärken den Antrieb zur Profitmacherei, so die soziademokratische Logik, so daß schließlich mit der wachsenden Erwartung der „privaten Investoren", der Kapitalisten, die kapitalistische Ausbeuterwirtschaft aus der nun schon über Jahre hinweg anhaltenden fauligen Stagnation herauskommen möge.

So geht die Rechnung, die Schmidt, Apel und Lambsdorff dem Finanzkapital mit dem Haushalt 1978 aufgemacht haben. Das Finanzkapital gibt auf diese Rechnung einen Kredit von 31 Milliarden Mark, das ist die bisher höchste jährliche Neuverschuldung der BRD. Die „finanzpolitischen Anstöße", die die Sozialdemokraten mit dieser Verschuldung des öffentlichen Haushalts versprechen, sollen dem Finanzkapital den doppelten und dreifachen Zins und Zinseszins eintragen.

Die nächsten Absichten, die die Finanzkapitalisten mit der Gewährung der Kredite in Höhe von fast einem Sechstel des gesamten Haushaltes verfolgen, ergeben sich aus der Verteilung der Ausgaben, die die Sozialdemokraten und Liberalen in der Regierung für die Beantragung dieser Kredite vorgelegt haben. Über der durchschnittlichen Steigerungsrate von 10,1% des Gesamthaushalts liegen die folgenden Einzelhaushalte:

	1978	1977	Veränderung	
Gesamthaushalt (in Mrd. DM)	188,6	171,3	17,3	(10,1%)
Inneres	3,0	2,5	0,5	(17,1%)
Wirtschaft	3,6	3,1	0,5	(16,8%)
Arbeit und Soziales	43,3	38,4	4,9	(12,6%)
Verkehr	24,6	21,6	3,0	(14,1%)
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	3,9	3,2	0,7	(21,8%)
Forschung und Technologie	4,8	4,2	0,6	(14,9%)
Bildung und Wissenschaft	4,2	3,8	0,4	(11,5%)
Bundesschuld	11,6	9,7	1,9	(19,3%)
Zivile Verteidigung	0,6	0,55	0,05	(12,2%)

Alle diese „finanzpolitischen Anstöße" der „expansiven Haushaltspolitik" der Sozialdemokraten und Liberalen in der Regierung entsprechen Forderungen, die die Finanzkapitalisten im Verlaufe des vergangenen Jahres immer entschiedener verlangt haben: Maßnahmen zur Förderung der kapitalistischen Rationalisierung und zur Verbilligung und Beschleunigung des Kapitalumschlags, zur Durchsetzung des imperialistischen Energieprogramms und zur Verbilligung der Arbeitskraft für die Kapitalisten, u.a. durch die finanzielle Förderung des Rentnerbeseitigungs- und Krankenversicherungskostendämpfungsprogramms.

Die Forcierung dieser reaktionären Maßnahmen wäre den Finanzkapitalisten bereits hinreichender Grund für die Kreditwürdigkeit dieser Regierung und ihres Programms. Diese Kreditwürdigkeit wird weiter gesteigert durch den Druck, den die Sozialdemokraten im verein mit den Liberalen auf das Lohnniveau auszuüben versuchen:

„Zwar gilt es gesamtwirtschaftlich stets zwischen der Kosten- und Nachfragewirkung von Lohnerhöhungen abzuwägen; in der gegenwärtigen Situation sind die Risiken zu starker Lohnanhebungen tendenziell höher zu veranschlagen als die Risiken zu niedriger Lohnanhebungen,"

kauen die Sozialdemokraten in der Regierung wieder, was ihnen die Sachverständigen des Finanzkapitals mit ihrem Jahresgutachten vorgeschrieben haben. Nachdem die Regierung mit ihrer Steuergesetzgebung die Kapitalisten von einem weiteren Teil ihrer geringen direkten Steuerlast entledigt und für die Lohnabhängigen die Progressionsschraube etwas nach oben verstellt hat, treten die Sozialdemokraten und Liberalen jetzt mit dem Jahreswirtschaftsbericht der Regierung hervor und erklären für notwendig, daß die Arbeiter ihren Lohn drücken lassen und sich auf ein Ergebnis der Tarifkämpfe von deutlich unter 5% einlassen sollen. Gegenüber einer Forderung im Durchschnitt von 7,5% z.B. beträgt die Ersparnis der Kapitalisten bei Durchsetzung dieser Regierungsvorstellungen rund 15 – 20 Milliarden Mark ohne „Lohnnebenkosten" gerechnet. Während die Arbeiter mit Hilfe der Politik des bürgerlichen Staates ausgeplündert werden, hat das Kapital mit dieser beabsichtigten Lohnsenkung Extraprofite um weitere 15 – 20 Milliarden jährlich.

„Ein wachsender Teil der Steuereinnahmen mußte – und muß künftig – für Zinszahlungen zur Verfügung stehen" (Jahresbericht des Bundesverbandes deutscher Banken 1975/76)



Quelle: Finanzbericht 1978, Die Welt 25.1.1978

Zum dritten schließlich zeigt das obenstehende Schaubild, wie die Finanzkapitalisten es verstehen, sich über die Kreditierung des Staatshaushaltes direkt zu bereichern. So sind allein im Haushalt 1978 über 11 Milliarden DM Schuldendienst an das Finanzkapital ausgewiesen. Einschließlich der Neuaufnahme 1978 ist damit nur der Bundeshaushalt mit 180 Mrd DM gesamt verschuldet, also beinahe in Höhe der Staatsausgaben für ein Jahr. Die Sozialdemokraten in der Regierung tun alles, um diesen Charakter der Staatsverschuldung und deren Bedeutung zu beschönigen und noch als einen „Vorteil" für die Arbeiter zu verkaufen: „Wenn man nicht die Steuerschraube anziehen wolle, bleibe nur die Möglichkeit der Kreditaufnahme," stellten unter Führung von Schmidt und Apel die SPD-Abgeordneten Grobecker und Westphal sowie Gärtner und Mathäus-Meier von der FDP als „Alternativen" vor. Die Methode ist fein ausgedacht. Tatsächlich passen „Steuererleichterungen" und Schuldenaufnahme bei den Banken des Finanzkapitals in der Politik der Sozialdemokraten zusammen wie die Faust aufs Auge. Die Rechnung ist bereits gemacht. Bei Vorlage des Haushalts im September letzten Jahres kommentierte der „Vorwärts":

„Der Bund verfolgt mit dieser Linie zweierlei: Er hat den Haushalt des kommenden Jahres mit expansiven Anstößen versehen. Gleichzeitig hat er sich die Möglichkeit offen gehalten, in den nachfolgenden Jahren seine Defizite wieder stärker zurückzuführen. Ein Verfahren, das vom Denkansatz her wiederholt, was die Koalition bereits 1974, damals aber drastisch und einschneidend vorexerziert hat.", (Vorwärts, 22.9.77)

1974 wurde die große Einkommenssteuerreform von den Sozialdemokraten beschlossen. Noch Ende 1977 gab Apel scheinheilig seiner Verwunderung über den alle regierungsöffentlichen Erwartungen übertreffenden Ertrag dieser Reform an Lohnsteuern Ausdruck.

Die „Steuererleichterung 1977" hat an der Funktion der sauber errichteten Progressionsfalle dieser Steuergesetzgebung gegenüber den Lohnabhängigen nichts geändert, sondern diese Progressionsfalle bloß etwas nach oben verschoben und komprimiert, damit sie umso stärker zuschnappen kann, wenn die Nominallöhne ansteigen: „die Möglichkeit offengehalten, um (die Milliardenschulden) zurückzuführen", nennt der „Vorwärts" diesen gesetzlich fixierten, von der Sozialdemokratie in der Regierung neuerlich im Solde des Finanzkapitals programmierten „Denkansatz". Die Regierung hat mit dem Jahreswirtschaftsbericht die offizielle Bestätigung dieser Rechnung gegenüber der Arbeiterklasse gegeben.:

„Für die Haushaltspolitik stellt sich 1978 die Aufgabe, . . .durch eine wieder expanisivere Ausrichtung der öffentlichen Haushalte einen Beitrag zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen . . .zu leisten. Der finanzpolitisch eingeleitete Konsolidierungsprozess wird damit nicht aufgegeben, sondern lediglich zeitlich den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen angepaßt."

„Von selbst verstärken" wird dieses Programm für die Arbeiterklasse Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung. Am Tage der Verabschiedung des Haushalts brütete die Regierung bereits erneut über den Methoden weiterer Rentenkürzung und Erhöhung der Beitraäge in einem „Spitzengespräch". Der Schuldenberg, der fast genauso hoch ist wie der Staatshaushalt, gibt dem Finanzkapital eine feste Führungsleine an der die Sozialdemokraten Schmidt, Apel, Ehrenberg . . . ebenso wie die Freien Demokraten Genscher, Lambsdorff . . . hängen. Damit muß man rechnen. – (Z-Red)

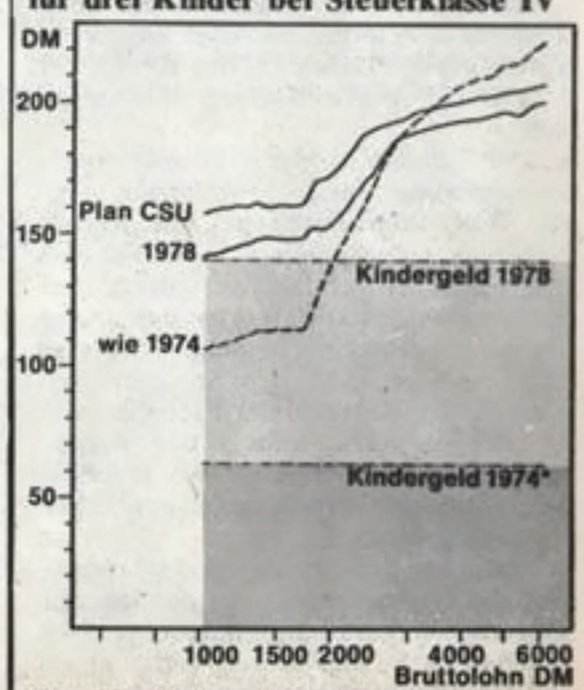
CSU bietet einen Kindergroschen für ihr reaktionäres Familienprogramm

Nach Verabschiedung der jüngsten Lohnsteueränderungen hat die bayerische CSU-Regierung im Bundesrat einen Gesetzentwurf zur „Neugestaltung des steuerlichen Kinderlastenausgleichs" eingebracht. Er befindet sich seither in Ausschußberatung. Sein Kernpunkt ist die Einführung eines Kinderfreibetrags von 600 DM je Kind.

Das Kindergeld beträgt seit Jahresbeginn 50 DM für das erste, 80 DM für das zweite und 150 DM für das dritte Kind. Dazu kommt eine Steuerersparnis je nach Lohn und Steuerklasse. Der CSU-Vorschlag bringt ein paar Mark mehr, die eine knappe Hauhaltskasse schon spüren würde.

Die CSU will einen Teil dessen wieder einführen, was 1975 bei der Stuerreform gestrichen wurde. Damals wurden die Kinderfreibeträge vollständig durch das erhöhte Kindergeld ersetzt. Dies war eine Flankensicherung für den gleichzeitig beginnenden großartigen Steuerraubzug gegen alle Löhne. Dazu mußten auch die mittleren Löhne etwas abbekommen. Jetzt ist der CSU die Gleichheit des Kindergeldes zuviel. Denn bei einem Steuerfreibetrag fällt für das hohe Einkommen ein höherer Nutzen an; und der Arbeitslose, der für die Akkumulation des Kapitals nutzlos geworden ist, kann zwar Kindergeld erhalten, aber der Steuerfreibetrag kann von ihm nicht genutzt werden. Und wozu sollen „solche" auch noch Kinder in die Welt setzen?

Steuerersparnis und Kindergeld für drei Kinder bei Steuerklasse IV



*Zum Vergleich wurde in der Rechnung das ehemalige Kindergeld entsprechend der Erhöhung zum 1.1.1978 um insgesamt 40 DM erhöht. In die Rechnung ist nur das halbe Kindergeld eingerechnet, da auch die Steuerersparnis nur für einen Lohn gerechnet ist.

„Familienförderung", dies ist von jeher Hauptpunkt sozialdemagogischer reaktionärer Politik in imperialistischen Staaten. Mit Darlehen für Familienwohnungsbau und Kinderzuschüssen will die CSU die Familie, die längst aufgehört hat, Produktionsgemeinschaft zu bilden, unter der Fuchtel des Staatsapparates wirtschaftlich beleben, innerlich festigen und ideologisch aufmöbeln. Für eine Heirat kreditiert die bayerische Staatsregierung jetzt 10000 DM. Abgezahlt wird mit Kindern. 1500 DM Schulden erläßt der Staat für das erste Kind, 2000 DM für das zweite und je 2500 DM für das dritte und vierte. Und so ist das ganze Familienprogramm: entsprungen aus dem Hirn eines Finanzmagiers. – (Z-Red.)

Gut geschmiert

Um 300% haben sich die niedersächsischen Abgeordneten die Diäten erhöht, von steuerfreien 2500 DM auf steuerpflichtige 6000 DM und 1500 DM steuerfrei als Grundbetrag. Dieselben Herren sind das, die gegenüber den Arbeitern für Lohnverzicht eintreten oder zumindest „konjunkturgerechte, maßvolle" Lohnforderungen. Sie waren sich so einig, daß keine Debatte mehr stattfand und sind so schnell aus dem Landtag geströmt nach der Abstimmung, daß ein Zusatzantrag gar nicht mehr abgestimmt werden konnte.

Über ein Jahr haben die Bourgeoispolitiker in dem Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen damit zugebracht, alle Möglichkeiten, die das Karlsruher Urteil zur Höhe der Diäten bietet, auszuloten. So nimmt es nicht wunder, daß sich der CDU-Vorschlag noch geradezu bescheiden ausnimmt gegenüber dem jetzt vom Landtag verabschiedeten Vorschlag des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen: Z.B. ist die Aufwandsentschädigung jetzt 500 DM höher oder das Tagegeld für Veranstaltungen um 15 DM, das Übernachtungsgeld von 34 auf 39 DM hochgesetzt und nach oben ohne Grenze, ganz neu wurde der Posten 500 DM Zuschuß für eine Schreibkraft aufgenommen.

Landtagspräsident Müller von der CDU dazu: „Was die Abgeordneten im vollen Lichte der Öffentlichkeit beschlössen, sei kein krimineller Griff in die Kasse, sondern eine saubere und faire Regelung ihres Einsatzes für die Demokratie" (Braunschweiger Zeitung, 19.1.78). Gut geschmiert sind sie, so daß das CDU/FDP-Landeskabinett gleich eine zweite Ergänzung zum Etatentwurf 1978 verabschiedet hat, mit dem die Kapitalisten noch einmal eine gehörige Portion Subventionen in den Rachen gesteckt bekommen: z.B. 180 Millionen DM als Beteiligung an der VW-Kapitalerhöhung, 1,4 Millionen für die Schaffung zusätzlicher Lehrstellen.

Physiktest boykottiert

Siegburg. Die Klasse 7b des Gymnasiums Zeithstraße in Siegburg hat in der Woche vor der Zeugnisausgabe einen Physiktest boykottiert. Vor den Zeugnissen wollte der Physiklehrer noch eine Arbeit schreiben lassen, ob die Schüler den Stoff verstanden hätten. In einer Beratung stellten die Schüler fest, daß von 28 nur 4 den Stoff verstanden hatten. Daraufhin wurde beschlossen: Niemand nimmt Schreibzeug mit in den Physiksaal, niemand setzt sich dort hin! Daraufhin versuchte der Lehrer die Schüler einzuschüchtern: Er würde allen eine 5 geben. Als das nichts genutzt hat, hat er mit dem Direktor gedroht. Die Schüler haben eine 5köpfige Delegation zum Direktor geschickt, die dort erklärt hat, daß sie diese Arbeit nicht schreiben werden. Darauf zog sich der Direktor mit dem Lehrer zur Beratung zurück. Nach 10 Minuten wurde verkündet: Die Arbeit wird nicht geschrieben.

Kampf gegen die geplante Entlassung von Hochschullehrern – Auf welcher Linie?

Osnabrück. Seit über 1 1/2 Jahren versucht die Reaktion die Entlassung des Kommunisten Götz Rohwer, Akademischer Rat am Fachbereich 2 der Universität Osnabrück durchzusetzen. Grund: Mitgliedschaft im KBW und Kandidatur bei den Kommunalwahlen. Im September wurde die Suspendierung ausgesprochen. Bis heute führt Rohwer seine Lehrveranstaltungen durch. Der niedersächsische Wissenschaftsminister Pestel hat per Erlass die Verhinderung der Durchführung verlangt. Erfolglos.

Das Disziplinarverfahren steht jetzt kurz vor dem formellen Abschluß. Pestel verschärft den Druck auf den Rektor der Universität, die Entlassung durchzusetzen.

350 Teilnehmer der Universitätsvollversammlung vom 26.1. verlangen in einer Resolution einstimmig, die Entlassung nicht auszusprechen. Es hat sich eine Aktionseinheit gebildet, die aufruft, „wir wollen nicht, daß der Rektor sich an der Berufsverbotepolitik beteiligt". Sie wird getragen vom AStA, dem Studentenparlament, der Mehrzahl der Fachschaftsräte, der Vollversammlung der wissenschaftlichen Mitarbeiter, zwei Fachbereichsräten und verschiedenen politischen Organisationen.

Pestel hat den Studenten geschrieben, daß das Ordnungsrecht nur das logische Gegenstück zum Disziplinarrecht sei, wen wundert es da, daß sie den Kampf gegen die Entlassung entschieden führen. Die Masse der Studenten hat ein direktes Interesse daran, daß der staatlichen Reaktion die Ausrichtung und der Einsatz des Lehrkörpers gegen die Studentenbewegung nicht gelingt. Darum begrüßen sie jede Zersetzung des Apparates. Ihr Kampf hat einen Großteil der Hochschullehrer in die Aktionseinheit gezwungen. Die Mehrheit der „Gewerkschaftlichen Liste", einem gremienpolitischen Zusammenschluß von Hochschullehrern der SPD und des SB, hat vom Rektor verlangt, das Entlassungsverfahren nicht zu betreiben, andernfalls zurückzutreten.

SPD und des SB, hat vom Rektor verlangt, das Entlassungsverfahren nicht zu betreiben, andernfalls zurückzutreten.

Anhörung Franz Dick

Göttingen/Hannover. Am 24.1. und 27.1. hat der Staatskommissar der Universität Göttingen, Kehler, die „Anhörung" von Franz Dick, Akademischer Rat an der Universität Göttingen, zum Zwecke seines Rausschmisses durchführen wollen. Er erhielt nur eine Erklärung: „Es geht Ihnen nicht darum, diesen und jenen einzelnen Vorwurf nachzuprüfen, sondern darum, durch Ausrichtung des Lehrkörpers und Zerschlagung der Studentenbewegung die Bedingungen zu schaffen, die politischen Pläne der Landesregierung durchzusetzen."

Am 27.1. demonstrierten 500 Hochschullehrer aus der Bundesrepublik und dem Ausland gegen die Suspendierung Professor Brückners und die „Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit". Auf Plakaten wurde gefordert: „Kampf für eine demokratische Verfassung" und „Wider den Untertanengeist". Entsprechend war die Reaktion Pestels: Die Aktion sei überflüssig, ließ er verlauten.

Die Liste „Gemeinsamer Kampf" für die Studentenparlamentswahlen an der Uni Bremen erklärte in einer Resolution: „Brückner wird suspendiert, weitere Hochschullehrer werden mit Strafverfahren verfolgt. Wir fordern: Keine Einschränkung der Meinungsfreiheit und des politischen Mandats. ... Weg mit dem Beamtenrecht und besonderen Dienstrecht, ... Weg mit dem KPD-Verbot."

Unterstützung des Streiks der Hafenarbeiter

Braunschweig. Innerhalb einer Stunde wurden in der Braunschweiger Mensa am Mittwoch 43 Unterschriften zur Unterstützung des Hafenarbeiterstreiks gesammelt. In der Resolution heißt es: „An der Hochschule stehen wir gegenwärtig im Kampf gegen die Hochschulgesetzgebung und für ein ausreichendes Ausbildungsentgelt. Euer Streik wird uns in unserem Kampf bestärken."

Der Fachschaftsrat und die Fachbereichsgruppe Mathe/Physik der TU unterstützen den Streik der Hafenarbeiter für einen ausreichenden Lohn. „Wenn Lebensmittel verderben oder nicht ausgeliefert werden können, liegt das nicht an der Verantwortungslosikeit der Hafenarbeiter, sondern daran, daß ihnen der nötige Lohn nicht gegeben wird.

Novelle zur Approbationsordnung: Ausrichtung der Medizinstudenten auf das Ehrenbergprogramm

Zum 1. März soll eine Veränderung der Approbationsordnung für Ärzte in Kraft treten. Diese Novelle sieht u.a. vor die Verdoppelung der Famulatur, d.h. praktische Tätigkeit der Medizinstudenten nach Ableistung der ärztlichen Vorprüfung, von zwei auf vier Monate, wobei zwei Monate unbezahlte Arbeit in den Krankenhäusern vorgesehen sind, der Ausschluß der Öffentlichkeit in verschiedenen Prüfungen, die Verschärfung der Vergabe von Praktikumsscheinen, gekoppelt an die Einführung von Pflichtvorlesungen, durch kleinliche Schikane erschwerte Zulassungspraxis zu den Prüfungen. Eckpunkte der AO-Novelle sind:

1. Die Einführung der Regelstudienzeit

War in der alten Approbationsordnung (AO) eine Studiumsdauer von „*mindestens* sechs Jahren" vorgesehen, soll jetzt festgelegt werden: „Die Regelstudienzeit beträgt 6 Jahre und 3 Monate." Überschreitet ein Student diese Regelstudienzeit, ist er seine Ausbildungsförderung los und kann sein Studium an den Nagel hängen, zumal er im letzten Abschnitt der ärztlichen Ausbildung Prüfungen, falls erforderlich, nur halbjährlich wiederholen kann.

2. Änderung der Prüfungsordnung

Die ärztliche Prüfung, die sich in drei Abschnitte aufgliedert, dauert praktisch drei Jahre. § 15 der alten AO sieht vor:

„Die schriftliche Prüfung ist bestanden, wenn der Anteil der von dem Prüfling richtig beantworteten Fragen nicht mehr als 18 vom Hundert unter der durchschnittlichen Prüfungsleistung der Prüflinge des jeweiligen Prüfungstermins im gesamten Bundesgebiet liegt oder wenn der Prüfling mindestens 50 vom Hundert der Fragen zutreffend beantwortet hat."



Die bundesweite Aktionswoche gegen die Approbationsordnungsnovelle, zu der die Fachtagung Medizin des VDS aufgerufen hatte, fand ihren Höhepunkt am 27. Januar in einer Demonstration in Bonn, an der sich etwa 1 600 Studenten beteiligten. Sie forderten die sofortige Zurücknahme des Entwurfs und bekräftigten ihre Forderung nach Abschluß eines Ausbildungs- und Tarifvertrages im Praktischen Jahr. In Resolutionen erklärten die Demonstrationsteilnehmer ihre Unterstützung des Kampfes der streikenden Hafenarbeiter und Zivildienstleistenden. Auf einer Veranstaltung im Anschluß an die Demonstration wurden Professor Steinbach und Frau Schleicher vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit von den Studenten angegriffen und die Approbationsordnungsnovelle als Abrichtung der Studenten auf die Kostendämpfung verurteilt. Der Demonstration vorausgegangen waren zahlreiche Aktionen im ganzen Bundesgebiet. Auf Veranstaltungen, zum Teil gemeinsam mit Krankenpflegeschülern, auf Wandzeitungen und Plakaten wurden die AO-Novelle und das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz angegriffen und ihre Vertreter zur Rechenschaft gezogen.

War dieser Paragraph in der alten AO bereits auf Auslese und Unterwerfung ausgerichtet, so ist die vorgesehene Änderung eine offen reaktionäre Verschärfung:

„Die schriftliche Prüfung ist bestanden, wenn der Prüfling mindestens 60 vom Hundert der gestellten Prüfungsfragen zutreffend beantwortet hat." (AO-Novelle)

Die nachfolgende Statistik von 1977 über die Prüfungsergebnisse im Bundesgebiet zeigt, warum die Bourgeoisie mit dem Ergebnis der Auslese noch unzufrieden ist.

	Kandidaten	Durchfallquote
Vorprüfung	5165	18,5%
Ärztliche Prüfung		
1. Abschnitt	3834	7 %
2. Abschnitt	2897	1,9%
3. Abschnitt	8111	0 %

Unter dem Vorwand, die Prüfung im letzten Abschnitt zu „erleichtern", wurden die Prüfungsfragen in den ersten beiden Abschnitten der Prüfung erweitert, damit die Erhöhung der Durchfallquote vor Beginn des dritten Abschnitts organisiert werden kann.

Ärztliche Prüfung	Fragenzahl alt	neu
1. Abschnitt	240	290
2. Abschnitt	500	580
3. Abschnitt	240	180

In der bürgerlichen Presse wird der Kampf der Studenten gegen die AO-Novelle verhandelt als Kampf gegen eine „Qualitätsverbesserung" bei der Medizinischen Ausbildung. Für die Bourgeois ist es das auch, weil es darum geht, die Medizinstudenten dazu zu zwingen, die Volksmassen über die „Gesundheitsversorgung" zu unterdrücken , auszuplündern und als „Kostenfaktor" zu beseitigen.

3. Änderung der Prüfungsinhalte

1. Abschnitt. Neu ist der Prüfungspunkt „Umgang mit Patienten", „Gesprächsführung und Krankenbeobachtung". Geschuldet ist diese „Erweiterung" dem Umstand, daß es dem bürgerlichen Staat trotz öffentlichem Dienstrecht, Schweigepflicht usw. nicht gelungen ist, zu verhindern, daß die Beschäftigten im Krankenhaus die berechtigten Forderungen der Patienten nach Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft unterstützen und sich zunehmend mit der Arbeiterbewegung gegen das Kostendämpfungsprogramm zusammenschließen. Immer häufiger wird Ärzten vom Dienstherrn das Gespräch mit Patienten über zum Beispiel gewerkschaftliche Organisierung untersagt und als „unärztliches Verhalten" vorgeworfen.

2. Abschnitt. Unter Nr. IV „Ökologisches Stoffgebiet und Allgemeinmedizin" sind neue Prüfungsfragen wie „Fragen der Wirtschaftlichkeit und Kostenrelevanz" aufgenommen. Dort sollen die Studenten aus Beispielen wie dem folgenden lernen:

„Im Kampf um die Kostendämpfung im Gesundheitswesen hat die Betriebskrankenkasse der Kölner Ford-Werke zu einer besonderen Aktion ausgeholt: Sie zeigte 19 Ärzte bei der Kassenärztlichen Vereinigung an. Der Vorwurf: Sie hätten ‚zu unwirtschaftlich gearbeitet', indem sie viel zu schnell und zu häufig Ford-Mitarbeiter krank schreiben. Der Schaden wurde in Millionenhöhe beziffert." (Welt der Arbeit)

3. Abschnitt. Hat der Student den dritten Abschnitt der ärztlichen Prüfung erreicht, so wird ihm die Entscheidungsfrage vorgelegt: „Umgang mit unheilbar Kranken und mit Sterbenden". Wir erinnern uns an die im Sommer im „Spiegel", im „Deutschen Ärzteblatt" und der „Bild"-Zeitung gestartete Kampagne gegen den „technisierten Tod" und für das „schöne Sterben". Zu Handlangern des Schreibtischmörders Ehrenberg sollen die Ärzte „ausgebildet" werden.

Die reaktionäre Ausrichtung der Approbationsordnung zeigt, wie notwendig die Studenten die Bezahlung ihrer Arbeitskraft durch einen Ausbildungs- und Tarifvertrag und das uneingeschränkte Koalitionsrecht brauchen. Für die Verbrechen der Bourgeoisie an den Volksmassen im Rahmen der Ehrenbergprogramme können Studenten, die selbst besitzlos und Teil der Volksmassen sind, nur mit Zwang und Gewalt „gewonnen" werden. – (Z-Red.)

Phvsik-Studenten: Theorie muß der Praxis dienen

Physik-Studenten: Theorie muß der Praxis dienen

Nobelpreisträger: „Die Energiehaltung ist eine sehr abstrakte Idee"

„Wenn der Motor von unserem Pkw kaputt ist, dann setzen wir uns hin, bauen ihn auseinander, nehmen uns vielleicht ein Buch vor, in dem beschrieben ist, wie so ein Motor funktioniert, und reparieren ihn. Dabei lernen wir die Arbeitsweise des Motors kennen. Auftretende Probleme werden kollektiv gelöst. Im Physikunterricht hier an der Uni ist das ganz anders. Dort behandelt der Hochschullehrer zuerst die Theorie in der Vorlesung. Von der Lösung einer praktischen Aufgabe wird dabei nicht ausgegangen. Wenn man bei dem Beispiel bleiben will, dann bekommst du bestenfalls im Praktikum den Motor vorgesetzt. Aber das ist meistens auch nicht der Fall, und wenn, dann ist das auch nicht ein praktisch auftretendes Problem, was du lösen sollst, sondern eine Aufgabe, die der Hochschullehrer gestellt hat. Man müßte die ganze Physikausbildung in einem Block organisieren, in dem von einem praktischen Problem ausgegangen wird und in der theoretische und praktische Ausbildung eng miteinander verbunden sind."

So kritisierten Physikstudenten die Ausbildung für die Erstsemester der Physikstudenten an der Universität Oldenburg. Die Studenten kommen an die Universität und wollen Physik studieren, um praktische Probleme lösen zu können. Viele haben schon in der Zeit vor der Universität Verstärker, Lautsprecher oder ganze Radios gebaut. Sie kennen sich mit elektronischen Schaltungen gut aus. Diese Fähigkeiten werden aber nicht weiterentwickelt, sondern im Grunde ist der Physikunterricht gegen die Erfahrungen der Studenten organisiert.

Schon rein äußerlich fallen die verschiedenen Bestandteile der Physikausbildung auseinander. Montags wird eine zweistündige Vorlesung zur Einführung in die Physik gehalten. Behandelt werden grundlegende Gesetze der Physik.

Probleme, die der Hochschullehrer aufwirft, sind nicht die Probleme der Studenten. Ausgegangen wird von einigen physikalischen Prinzipien, um von da aus verschiedene Erscheinungen zu behandeln. Das entspricht nicht dem physikalischen Erkenntnisvorgang. Dieser hat den praktischen Stoffwechsel mit der Natur zur Grundlage, das Experiment.

An die Vorlesung schließt sich dienstags ein Praktikum an. Schon das zeitliche Auseinanderreißen der beiden Veranstaltungen schafft für die Studenten ein Problem, was die Aneignung erschwert. Sie müssen den Lehrstoff nachbereiten. Dann aber sind sie von experimentellen Mitteln getrennt und können die Nacharbeitung daher nicht praktisch organisieren. Das aber ist ihr Bedürfnis. Hinzu kommt, daß im Praktikum andere Dinge behandelt werden als in der Vorlesung. Statt einfacher Geräte wie Spannungsmessen und Strommessgeräte, werden komplizierte Oszillografen, die wie ein Fernsehapparat Spannungen aufzeichnen, benutzt. Das verwirrt die Studenten und läßt ihnen ein physikalisches Meßgerät als „black box" erscheinen. So nennt man einen Apparat, dessen Funktionsweise unbekannt ist. Das ist das genaue Gegenteil der Erziehung zum Naturverständnis. Es bereitet auf eine Tätigkeit vor, in der der Physiker die Theorie und die Gesetze kennt, der Ingenieur und Facharbeiter die Einzelteile beherrscht. „Du sollst irgend einen Kasten bauen. Wie er funktioniert, dahinter blickst du nicht. Du weißt nur, was reingesteckt und was rauskommen soll", sagen die Studenten dazu.

Die bürgerliche Wissenschaft stellt den Zusammenhang zwischen Erfahrung, wie sie in der Physik im Experiment gewonnen werden und der Erkenntnis auf den Kopf. Dazu ein Beispiel: Das wohl grundlegende Gesetz in den Naturwissenschaften ist das Gesetz von der Erhaltung der Energie. Es sagt aus, daß die Bewegung der Materie unzerstörbar ist. Sie kann lediglich ihre Form ändern: mechanische Energie in Wärme, chemische oder elektrische Energie. Ihre Menge oder Größe bleibt erhalten. Das ist eine vielfach bestätigte Erfahrung. Bei Feynman, Nobelpreisträger und Autor eines der gängigsten Lehrbücher der Physik, wird daraus eine abstrakte Idee gemacht: „Die Energiehaltung ... ist eine sehr abstrakte Idee, weil es ein mathematisches Prinzip ist, ... es ist nicht die Beschreibung eines Mechanismus oder von irgend etwas Konkretem; es ist eine seltsame Sache ..."

Trennung von der Praxis und produktionsfeindliche Entgegenstellung der Theorie zur besseren Ausbeutung der Arbeitskraft, das steht hinter der Auffassung, wie die bürgerliche Physik sie vertritt. Die Studenten rebellieren dagegen. „Man muß alles praktisch machen. Dem muß die Theorie dienen", sagen sie. Wie die Arbeiter haben sie ein Interesse an der Entfaltung der Produktivkräfte. Die Erstsemesterstudenten fordern für das nächste Semester die Durchführung des Physikunterrichts als Block von praktischer und theoretischer Ausbildung. Etwa die Hälfte von ihnen hat sich jetzt in einer selbständigen Arbeitsgruppe organisiert. Sie bauen Schaltungen und lernen Elektronik. – (Bezirk Weser-Ems)

Streik gegen Mieterhöhung

73,4% zahlen die Mieterhöhung nicht

Westberlin. In sieben Westberliner Studentenwohnheimen mit zusammen 2330 Plätzen führen 1710 Studenten (gleich 73,4%) einen Streik gegen die 5- bis 10%ige Mieterhöhung durch. 863 davon haben überhaupt keine Miete bezahlt (37%). Viele können nicht zahlen. Im Amilcar-Cabral-Haus haben 40% der 330 Bewohner unter 400 DM monatlich zur Verfügung. In einem weiteren Studentenwohnheim wird ein Mietminderungsstreik von monatlich 30 DM wegen Baulärms durchgeführt.

Das Studentenwerk hat mit Kündigungen und Schikanen gedroht. Gleichzeitig loten die Geschäftsführer beim Senator für Wissenschaft und Forschung Glotz und beim Finanzsenator Riebschläger aus, ob eine außerordentliche Verwaltungsratssitzung stattfinden soll. Das ist die Forderung der Zentralen Selbstverwaltung (ZSV). Dazu hat sie Wissenschaftssenator Glotz einen Brief geschrieben. In diesem Brief wird außerdem Rücknahme der Kündigungen und Einstellung aller Schikanen gefordert und mit der Ausrufung des großen Mietstreiks durch die Zentrale Selbstverwaltung gedroht. Der Sekretär der ZSV wird auf der nächsten Sitzung den Vorschlag einbringen, jetzt flurweise dem Wissenschaftssenator zu schreiben.

Die ZSV wird außerdem auf ihrer nächsten Sitzung die Vorbereitung der VDS-MV beraten. Die Selbstverwaltung des Amilcar-Cabral-Hauses hat den Aufruf der ZANU zur Bewaffnung einer Kompanie der ZANLA beschlossen und wird diesen Beschluß auch als Antrag in die ZSV einbringen. Auf der letzten Sitzung wurden 12,50 DM gesammelt.

Kampf der Zivildienstpflichtigen gegen die Wehrdienstnovelle



Bielefeld. Seit Wochen finden in der Innenstadt Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Wehrdienstnovelle und die Unterdrückung der Zivildienstleistenden statt. Hier ein Foto von Ende Dezember 77. Am letzten Freitag demonstrierten etwa 100 Menschen gegen Arbeitsdienst und Kasernierung.



5500 Arbeiter, Schüler und Studenten beteiligten sich an der bundesweiten Demonstration der Zivildienstpflichtigen in Dortmund am 28.1.78. Die Demonstration war Zusammenfassung und Höhepunkt der Streikaktionen, die am vorhergehenden Tag in ganz Westdeutschland trotz massiver Strafandrohung des bürgerlichen Staates durchgeführt worden sind. Einigkeit bestand darin, daß Gewissensschikane, Kasernierung und Arbeitsdienst sowie der Einsatz der Zivildienstpflichtigen als Lohndrücker bekämpft werden müsse. Aus einigen Kliniken hatten die Beschäftigten Delegationen auf die Demonstration entsandt. Differenzen bestanden in der Frage, ob die imperialistische Dienstpflicht insgesamt bekämpft wird, oder ob man für den Ausbau der Zivildienstpflicht als „echtem Friedensdienst“ eintritt.

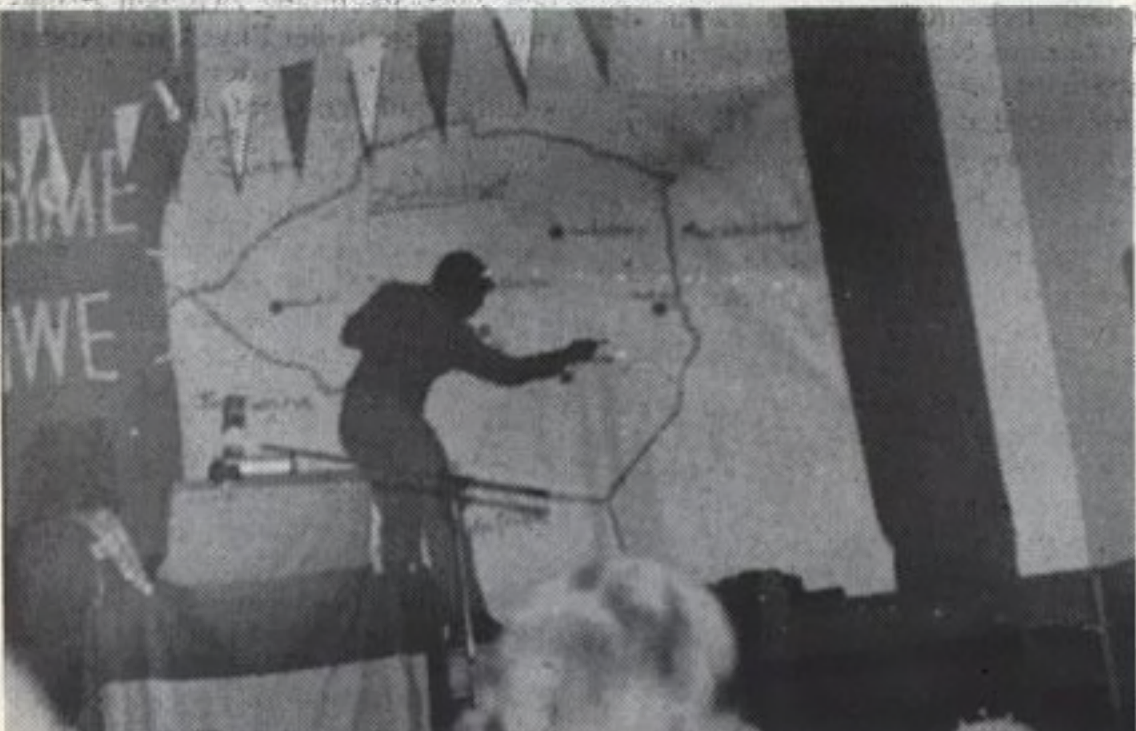


Emden. In vielen Städten der BRD sind die Zivildienstleistenden in der vergangenen Woche auf die Straße gegangen und haben ihre Forderungen propagiert.

Vertreter der ZANU auf Veranstaltungen der SRK: Das Grundlegende ist: gestützt auf die ländlichen Massen den Kampf zu führen.

Vertreter der ZANU auf Veranstaltungen der SRK: Das Grundlegende ist: gestützt auf die ländlichen Massen den Kampf zu führen.

Auf der Veranstaltung des Soldaten- und Reservistenkomitees Südostniedersachsen zum Thema „Strategie und Taktik des Befreiungskampfes in Zimbabwe – Strategie und Taktik der rhodesischen Söldnerarmee“ berichtete der Genosse Mau Mau (Mitglied des Informationsbüros der ZANU) (Bild) über die Strategie und Taktik des Befreiungskampfes in Zimbabwe. An einer Karte zeigte er auf, daß bereits in 39 von 50 Bezirken die Macht des Siedlerregimes gebrochen ist und diese von der ZANU kontrolliert werden. Das Grundlegende ist: gestützt auf die ländlichen Massen den Kampf zu führen. So ist es gelungen, die feindlichen Truppen vom Lande zu vertreiben und Militärflugzeuge der Imperialisten mit einfachen Gewehren herunterzuholen. In letzter Zeit wurden mehrfach Aktionen in den Städten durchgeführt, davon mehrere in Salisbury. Fortschritte zum Sieg wird das Volk von Zimbabwe erringen auch durch die Unterstützung der westdeutschen Arbeiterklasse, die für die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA sammelt. In Göttingen wurden bei dieser Veranstaltung mit 280 Teilnehmern 2900 DM gesammelt. 700 Teilnehmer einer Veranstaltung in Bremen Unterweser spendeten 28600 DM.



1000 Selbstmordversuche bei der Bundeswehr 1977

Für die Bourgeoisie „disziplinare Verfehlungen“, für die Soldatenbewegung Grund, den organisierten Kampf zu verstärken

Auf einer Tagung der Batteriechefs des Artillerieregiments 2 (Marburg, Nordhessen) berichtete Oberstabsarzt Dr. Schenk, daß seit 1957 17 von 100000 Soldaten im Jahr Selbstmord begingen, dies sei unter der Durchschnittszahl 20 von 100000 der vergleichbaren Altersgruppe (18 bis 25 Jahre). Wenn auch die Zahl der Selbsttötungen in der Bundeswehr vergleichsweise niedrig liege, sei die Zahl der Selbstmordversuche „besorgniserregend“ hoch. Anstieg von 560 Fällen im Jahr 1970 auf 1000 Fälle im Jahr 1977.

Die Bundeswehrführung versucht diese Zahlen zu vertuschen, wo es nur geht. Ist doch jeder einzelne Tod eines

diese Zahlen zu vertuschen, wo es nur geht. Ist doch jeder einzelne Tod eines

jungen Soldaten in dieser Armee eine umfassende Anklage gegen die Unterdrückung, Entrechtung und zügellose Schikane der herrschenden Klasse und ihres Offizierspacks in den Kasernen.

Überall und an jedem Punkt entbrennt in den Kasernen der Kampf gegen die vielfältigen Unterdrückungsmaßnahmen. Regelmäßig beklagt sich die Bourgeoisie in ihrer Presse über die mangelnde Disziplin in der Armee. Die braucht sie aber dringend, um ihre ehrgeizigen Pläne um die Teilnahme am Kampf um die Weltherrschaft militärisch sichern zu können und sich Konkurrenzvorteile durch die schrankenlose Ausbeutung und Niederdrükkung der Arbeiterklasse zu verschaffen.

Die Arbeiter und auch die jungen Arbeiter in der Armee wehren sich gegen diese Maßnahmen und kämpfen für ihre Rechte. Diesen Widerstand zu brechen geht die Bourgeoisie über Leichen. Am 11. Januar dieses Jahres warf sich ein Rekrut in Ingolstadt vor einen Lastwagen. Noch keine 14 Tage war er beim Bund. Das Offizierspack hatte ihn gezwungen, gegen seinen Willen an einer Schießübung teilzunehmen. Er wurde während der Übung in die Kaserne zurückgefahren, wo ihm vom Kompaniechef mit Gefängnis gedroht wurde im Falle fortgesetzter Befehlsverweigerung. Danach wurde er zurückgefahren und gezwungen, an der Übung teilzunehmen. Auf der Rückfahrt sprang er vom Lastwagen.

Die Offiziere versuchten jede Diskussion über diesen Vorfall zu unterdrücken. Ein Vertrauensmann hat jedoch die große Schlagzeile einer Münchener Tageszeitung „Soldat zu Schießübung gezwungen – Selbstmord“ am Schwarzen Brett ausgehängt. Kein Offizier hat es gewagt, es wieder abzuhängen.

In ihrem „Weißbuch 75/76“ kommt die Bundesregierung nicht drum herum, was zu den Fällen von Selbstmord bei der Bundeswehr zu sagen. Ihre „wehrpsychologischen Untersuchungen“ hätten ergeben, daß bei der „Un-

„wehrpsychologischen Untersuchungen“ hätten ergeben, daß bei der „Un-

tersuchung der Motive nicht einmal 10% aller Fälle in irgendeiner Verbindung mit dem Dienst bei der Bundeswehr zu bringen waren“. Die Ursachen lägen in der „Persönlichkeitsstruktur“ der einzelnen. Sie verhandeln dieses Thema unter der Überschrift „disziplinare Verfehlungen“. Die ganze Menschenverachtung dieser verrotteten Bande spricht aus diesen Zeilen.

Entsprechend reagieren sie auch. Mit verschärftem Druck und lückenloser Kontrolle wollen sie solche „disziplinaren Verfehlungen“ verhindern. In Gestalt ihrer Pfaffen, auf deren tatkräftige Hilfe die herrschende Klasse bei ihren Geschäften schon immer zählen konnte. In Kassel (2. Jägerdivision) haben sie jetzt eine „SOS-INFO-Karte“ entwickelt, die jeder Soldat beim Truppenausweis tragen soll und auf der die Telefonnummern der Telefonseelsorge, des Standortpfaffen und des Kompaniechefs stehen, an die der Soldat sich in seinen „kritischen Momenten“ wenden soll.

Das würde ihnen so passen, daß die Soldaten ihre eigenen Unterdrücker um Rat fragen. Die Entwicklung der Soldatenbewegung spricht eine ganz andere Sprache. Die Front für Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht entwickelt sich und verbindet sich zunehmend mit der Arbeiterbewegung. – (SRK Bremen-Unterweser)

Norwegen gegen Bundeswehrmanöver

Mitte Januar hat die norwegische Regierung beschlossen, den Anteil deutscher Soldaten in der sogenannten NATO-Feuerwehr nicht, wie noch 1976 geplant, auf 1500 zu erhöhen, sondern auf 480 zu begrenzen. Die bürgerlichen Zeitungen der BRD schreiben dazu, daß die Norweger sich damit dem Druck der Sowjetunion und Finnlands gebeugt hätten.

Es verhält sich anders. Als im Winter 1976 deutsche Soldaten bei einem NATO-Manöver zum erstenmal seit der Okkupation vom April 1940 wieder auf norwegischem Boden standen, kam es zu Protesten unter den norwegischen Soldaten und großer Teile des Volkes in Nord-Norwegen. Im vergangenen Jahr richteten sich diese Proteste vor allem gegen die Anwesenheit von Spezialtruppen aus England, die im Bürgerkrieg gegen das irische Volk eingesetzt worden waren. Unter den Forderungen „Für norwegisches Selbstbestimmungsrecht“ und „Keine fremden Truppen auf norwegischem Boden“, hat der Kampf so viel Unterstützung gefunden, daß die Regierung jetzt einlenken mußte.

terstützung gefunden, daß die Regierung jetzt einlenken mußte.

Sanitätsakademie München: Unterricht von Siemens-Werksarzt endet unter Protest der Stabsärzte

München. Im Rahmen der Grundausbildung der wehrpflichtigen Stabsärzte an der Sanitätsakademie der Bundeswehr in München hielt auch Professor Florian, Betriebsarzt bei Siemens und Professor für Arbeitsmedizin, am 26.1. eine dreistündige Vorlesung.

Einige der „wissenschaftlichen“ Thesen des Siemens-Arztes: Zur Geschichte der menschlichen Arbeit: sie ist zu teilen in drei Perioden, die Phase der Ausbeutung, der begrenzten Nutzung der Arbeitskraft und der modernen Phase, der Phase der optimalen Entfaltung der menschlichen Arbeitskraft.

Zu den „sozialen Errungenschaften der letzten Phase“ gehört z.B. die Akkordarbeit, die nach des Professors Worten nur verblendete Ideologen als Mord bezeichnen, „wissenschaftlich“ betrachtet habe das Akkordsystem durchaus vernünftige und humane Seiten. Zum Beispiel sei es wissenschaftlich bewiesen, daß es völliger Unsinn sei, Bandarbeit für Frauen am Ende der Schwangerschaft zu verbieten. Die einseitigen und monotonen Handgriffe seien vielmehr geradezu ideal als vorbereitende Phase der Mutterschaft, denn die Frauen könnten sich mehr mit dieser Aufgabe befassen, weil ihre Aufmerksamkeit von der Arbeit nicht voll in Anspruch genommen werde. Überhaupt sei die Zerlegung der Arbeit in einzelne Teilvorgänge besonders für Frauen gut, denn sie ließe ihnen Raum, ihr „Bewußtsein“ während der Arbeit zu erweitern und sich z.B. in Gedanken mit der Familie zu beschäftigen.

Die Empörung im Hörsaal wuchs je länger der Professor seine Wissenschaft von der Ausbeutung der Arbeiter ausbreitete. Als ein Stabsarzt sich meldete und sagte, daß die Wissenschaft des Herrn Florian sehr wohl ein Ziel verfolge, nämlich die Maximierung des Profits, und sie von tiefer Menschenverachtung gekennzeichnet sei, klatschte die große Mehrheit der Stabsärzte und unterstützte ihn. Der Chef der Ausbildung, Oberfeldarzt Paul, rief: „Sofort Schluß mit der Diskussion“ und zitierte den Stabsarzt, der gegen den Professor das Wort ergriffen hatte, zu sich. Der Herr Florian stammelte noch einiges: „Sehen Sie, das ist eben Ideologie“, doch der Rest ging im schallenden Gelächter der im Hörsaal versammelten Ärzte unter.

Oberleutnant verbietet das Singen von Arbeiterliedern

Kassel / Stadt Allendorf. Kaum noch unter 80 Stunden Dienst haben die Soldaten in der Woche. Gegen die Verschärfung der Dienste, gegen Schikane und Unterdrückung schließen sich die Arbeiter zusammen. Dabei dienen ihnen die Lieder der Arbeiterbewegung. Beispiel: Das Blutgericht, das Lied des Weberaufstandes, Oh König von Preußen (Lied der Soldaten gegen Friedrich den Großen), das Bundeslied und viele andere. Bei dem Lied für Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht ist der Oberleutnant Zimmermann, der lange an der Tür gelauscht hat, an der Stelle: „Unsere Forderung aus tausend Kehlen schallt für die Lohnfortzahlung, über'n Buckel läuft's der Bourgeoisie eiskalt“ eingeschritten und hat das Singen dieses Liedes verboten, weil es die Wehrkraft zersetzen und den Kompaniefrieden stören würde. Die Lieder aber lassen sich nicht mehr unterdrücken. „Der Befehl ist lächerlich“, sagen die Soldaten, und sie haben es gepfiffen, weil inzwischen sowieso jeder weiß, worum es dabei geht.

Soldaten zum „Friedensdienst“ befohlen

Köln. „Weltfriedenstag 1978 – 3500 Soldaten beteten im Kölner Dom“, so schreibt die „BW-aktuell“ vom 16.1.78. Wie es zur Teilnahme von ca. 3500 Soldaten kam, zeigt folgendes Beispiel aus der 3/Tnp Btl 801 in Ossendorf. Beim Antreten suchte der Spieß der dritten Kompanie Freiwillige für den „Friedensgottesdienst“. Keiner meldete sich, niemand war bereit, als Staffage für die Friedensheuchelei der Bundeswehrführung den Kölner Dom zu füllen. Nach langem Drängen meldeten sich schließlich einige wenige. Das reichte nicht. Kurzerhand wurden deshalb ca. 20 Soldaten zum „Friedensgottesdienst“ befohlen.

Schikane nach Starfighterabsturz

Leer. Am 24. Januar stürzt im Rheiderland nahe der niederländischen Grenze ein Starfighter des Jagdbombergeschwaders 31 ab. Sofort mußten die Soldaten des Sanitätsbataillons 11 in Leer kompanieweise ausrücken, um die weit verstreuten Trümmer zu bewachen, in voller Montur mit Gewehr, bei jedem Teil einer, – „damit sich niemand von den vielen Neugierigen verletzt“, wie der Kommandeur oberstleutnant panter ausführte. Bei den Teilnehmern eines zur Zeit stattfindenden Lehrgangs fiel für den ganzen Tag der Unterricht aus, nachts gegen 3 Uhr kamen sie ins Bett, am nächsten Tag ging der Unterricht weiter. Dann hieß es, sie müßten den ausgefallenen Unterricht wahrscheinlich am Samstag nachholen. „Das kommt überhaupt nicht in Frage!“ ist die einhellige Meinung der Soldaten.

Selbstmordversuch in Ausbildungskompanie

Leer. Ein Soldat der Ausbildungskompanie hat letzte Woche einen Selbstmordversuch gemacht. „Ich halte das nicht mehr aus!“, sagte er. In diesem Quartal ist die Unterdrückung und Schikane deutlich angestiegen. Häufiger Dienst bis 21 Uhr oder noch länger, viel mehr im Gelände sich eingraben bei jedem, aber auch jedem Wetter raus. Wer wegen Krankheit einen Unterricht verpaßt, muß das Thema schriftlich nacharbeiten. Es wird angedroht: wer sich freitags krankmeldet, muß das Wochenende hierbleiben. Etliche Soldaten, die innendienstkrank waren, sollen diesen Samstag den Marsch nachholen, an dem sie nicht mitmachen konnten.

Imperialistische Menschenrechtler

Der „europäische Menschenrechtsgerichtshof" in Straßburg hat am 18.1. sein Urteil veröffentlicht in der Anklage der Republik Irland gegen die britische Regierung wegen Folterungen in Nordirland gegen die irischen Volksmassen 1971. Im Urteil heißt es, der Gebrauch der „fünf Techniken" durch britische Armee und Polizei sei „unmenschlich und herabwürdigende Behandlung gewesen". Im nächsten Absatz heißt es, sie stellten keine Folter dar. Die fünf Techniken, angewandt gegen hunderte internierte Iren, sind: schwarze Kapuzen werden über den Kopf gezogen; die Gefangenen müssen bis zu 16 Stunden mit Fingerspitzen an eine Wand lehnen, brechen sie zusammen, werden sie zusammengschlagen und gezwungen, sich wieder an die Wand zu lehnen; dauernder Lärm, sog. „weißes Rauschen"; Schlafentzug bis zum Nervenzusammenbruch; Essensentzug bis auf ein Stück Brot und Wasser alle 6 Stunden. Auch in einem Folterzentrum der Polizei und Armee in Belfast fanden die imperialistischen Menschenrechtswahrer „Unmenschlichkeit", jedoch keine Folter. Internierungen in KZs wurden ausdrücklich gebilligt in einer Situation des „öffentlichen Notstands, der das Leben der Nation bedroht". Damit war konkret der Kampf der irischen Massen gegen die Besetzung ihres Landes durch Großbritannien gemeint.

Der Menschenrechtsgerichtshof ist Werkzeug der Imperialisten, um der Grausamkeit ihrer Herrschaft den Mantel garantierter Menschlichkeit zu geben. Widerspruch ist unvermeidlich. Gegen den Absatz, der die britische Regierung vom Vorwurf der Folter freispricht, stimmten die Richter aus Irland, Österreich, Griechenland und Zypern. Zypern mußte sich ebenfalls aus langer britischer Kolonialherrschaft befreien.

Fischereiabkommen Norwegen – Sowjetunion

Norwegen und die Sowjetunion haben im Januar ein vorläufiges „Abkommen" über die Grenzziehung in der Barentsee und die Fischereirechte unterzeichnet. Ab Juli 1978 soll eine endgültige „Vereinbarung" getroffen werden. Seit über einem Jahr versuchen die Sozialimperialisten, Norwegen in dieses Abkommen zu zwingen. Die Grenze in der Barentsee verläuft aufgrund der internationalen Genfer Konvention von 1958 nach dem sogenannten „Mittellinienprinzip". Die Sozialimperialisten dagegen wollen die Grenz-
nannten „Mittellinienprinzip". Die Sozialimperialisten dagegen wollen die Grenz-
ziehung, die bereits die russischen Zaren Norwegen aufzuzwingen versuchten: das Sektorprinzip, das den Sozialimperialsten



den Raub von einigen tausenden qkm Gewässer einbringt. In dem Abkommen geht es um das „Gebiet" zwischen Mittellinie und der Sektorlinie. Diese sog. „Grauzone" von Zar Alexander 1905 den Norwegern abgenötigt, ursprünglich 60700 qkm groß, ist nach dem neuen „Abkommen" 67400 qkm groß. Die Sozialimperialisten sind damit tief in norwegisches Gewässer eingedrungen und können dort unbegrenzt fischen, ohne der Hoheit des Landes zu unterstehen.

Bolivianische Bergarbeiter erkämpfen sich gewerkschaftliche Organisationsfreiheit

Am 29. Dezember 1977 haben zunächst 20 Frauen bolivianischer Bergarbeiter einen Hungerstreik begonnen und forderten die Wiedereinstellung aller Bergarbeiter, die wegen gewerkschaftlicher Betätigung aus den Bergwerken entlassen worden waren, die Beendigung der militärischen Besetzung der Minen und eine Generalamnestie für alle politisch Verfolgten. Über 1000 Menschen beteiligten sich in verschiedenen Städten Boliviens an diesem Hungerstreik. Die katholische Kirche und die bolivianische Bauernorganisation unterstützten diesen Streik. Am 5. Januar ordnete der Exekutivausschuß des verbotenen Verbandes der bolivianischen Bergarbeiter eine Massenmobilisierung seiner Mitglieder zur Unterstützung der im Hungerstreik befindlichen Personen und ihrer Forderungen an. Bis zum 13. Januar waren fast 90% der Bergarbeiter einem 24 – 48stündigen Streikaufruf gefolgt. Am 17. Januar führten mehr als 50000 Zinnarbeiter einen 48-stündigen Streik durch. Hatte am 7.1.78 der Junta-Chef Banzer noch gedroht, daß, falls dieses Komplott anhält, er die Liste der politisch Verfolgten noch erweitern würde, mußte er am 18. Januar durch den Druck der bolivianischen Massen Zugeständnisse machen. Er kündigte eine Generalamnestie, die Wiedereinstellung der entlassenen Bergleute und die Freilassung von verhafteten Hungerstreikenden an. Die Süddeutsche Zeitung meldete am 27.1., daß die Militärjunta, das vor drei Jahren verhängte Organisationsverbot für Gewerkschaften aufheben mußte.

Massenentlassungen und kapitalistische Rationalisierung in Belgien

Stahlarbeiter kämpfen für die 36-Stunden-Woche / Zwei Stahlarbeiter aus Charleroi berichten

Die belgischen Stahlkonzerne sind unter den imperialistischen Haien durchaus keine kleinen Fische. Über 50 % der Produktion gehen in den Export, in die anderen westeuropäischen Länder, nach Osteuropa, in die USA, sowie in wachsendem Anteil in die Länder der Dritten Welt. Die eigene Kohle ist mangels ausreichender Profite weggefallen, die meisten Gruben sind in den 60er Jahren geschlossen worden. Nur noch eine künstliche Hügellandschaft aus schwärzlichen Halden, spärlich bepflanzt, zwischen denen Charleroi und die umgebenden ehemaligen Bergarbeiterdörfer wie eingegraben liegen, sind davon geblieben.

Die beiden Genossen, mit denen wir uns in einem dieser Dörfer treffen, sind beide Arbeiter im Walzstahlwerk Providence in Charleroi und Mitglieder der marxistisch-leninistischen Organisation AMADA/TPO („Alle Macht den Arbeitern"). Die Stahlarbeiter in Belgien befinden sich in einem harten und für die Zukunft entscheidenden Kampf gegen den kürzlich von der Regierung veröffentlichten Plan „MakKinsey" befinden. Mit diesem Plan haben die belgischen Stahlkapitalisten zum ersten Mal den ganzen Umfang ihrer Absichten offen gelegt, getarnt durch ein „unabhängiges Gutachten" einer amerikanischen Industrieberatungsfirma. Der Plan sieht vor, „im schlimmsten Fall" nicht weniger als 20000 Stahlarbeiter auf die Straße zu werfen. Berücksichtigt man, daß schon in den letzten drei Jahren über 3000 Arbeiter „nicht ersetzt" wurden, und nimmt man die jetzt in Gang befindlichen Entlassungen hinzu, so handelt es sich um nicht weniger als die Entlassung der Hälfte der etwa 50000 belgischen Stahlarbeiter. In entsprechendem Umfang soll ein Großteil der vorhandenen Kapazitäten verschrottet werden. Ist die belgische Stahlindustrie rückständig gegenüber den Konkurrenten? Das gilt teilweise in technischer Hinsicht. Aber die Genossen zeigen uns Kurven und Statistiken der Stahlkapitalisten, aus denen hervorgeht, daß trotz dieser veralteten Maschinerie die Ausbeutung der belgischen Stahlarbeiter binnen 10 Jahren nahezu verdoppelt wurde. Sie nennen Beispiele aus ihrem Betrieb: verkleinerte Maschinenbesatzungen – wo früher fünf standen, stehen oft nur noch drei. Damit haben die belgischen Stahlkapitalisten sogar ihre westdeutschen, französischen und britischen Konkurrenten distanziert. Dennoch stehen sie jetzt im Begriff, in der imperialistischen Konkurrenz von den größeren Rivalen weggedrückt zu werden. Radikale Verkleinerung der Belegschaften bei erneuter Verdoppelung der Ausbeutung ist die Reaktion.

Seit 1975 haben die belgischen Stahlkapitalisten (drei große Gruppen: Cockerill, Frère sowie die luxemburgische Arbed, hinter denen jeweils große Bankkapitalien mit internationaler Verflechtung stehen) mit der Unterstützung der „sozialistischen" Minister in der Regierung Tindemanns und deren Einfluß innerhalb der Gewerkschaftsführungen eine allgemeine Kurzarbeit (zwischen 10 und 40 % der Gesamtarbeitszeit) durchgesetzt, bei Einfrieren der Nominallöhne und realer Lohnsenkung. Die Produktion ist in weit geringerem Umfang zurückgegangen, so daß die Ausbeutungsrate gerade in der Kurzarbeitszeit steil gestiegen ist. Zweifellos war diese Kurzarbeit die Probe für den jetzt rollenden Generalangriff der Kapitalisten.

Providence, der Betrieb, in dem die beiden Genossen arbeiten, steht in der vordersten Angriffslinie. Ende des Jahres kündigte die Cockerill-Geschäftsleitung kurzfristig die Schließung eines Werkteils und die Entlassung von 240 Arbeitern an. Das Gewerkschaftskomitee von Providence verlangte daraufhin sofort eine Unterredung mit dem Generaldirektor, um ihm klar zu machen, daß er damit nicht durchkommen werde. Dies wurde verweigert. Daraufhin trat am 6. Januar die Frühschicht in den Streik. 1500 Stahlarbeiter demonstrierten durch die Stadt und zum Betrieb zurück, den sie an diesem Tag für besetzt erklärten. Die Spätschicht schloß sich dem an. Um 17 Uhr rief der Generaldirektor beim Gewerkschaftskomitee des Betriebes an und erklärte sich zu Verhandlungen bereit. Unter der Drohung weiterer Streiks und einer Besetzung des Betriebs zog die Geschäftsleitung dann ihren Schließungsplan zurück. Aber die Arbeiter wissen, daß das nur ein zeitweiliges Manöver ist.

Was sind die Hauptforderungen der Stahlarbeiter in dieser Lage? Neben den Forderungen, die sich gegen jede Entlassung richten sowie gegen die Intensifikation der Arbeit, heben die Genossen besonders die Forderung nach der 36 Stunden-Woche bei vollem Lohn hervor. Sie ist binnen drei Jahren im ganzen Land aufgegriffen worden, seit 1975 die Belegschaft des großen Glaswerks Glaverbel-Gilly in Charleroi auf Initiative der Marxisten-Leninisten zum ersten Mal diese Forderung erhoben hat. Allerdings wird diese Forderung, auch von den Marxisten-Leninisten, in erster Linie als eine Forderung gegen die Massenarbeitslosigkeit verstanden, die in Belgien fast 10 % der Arbeiter trifft. Daher auch nicht: 7-Stunden-Tag, sondern: 36-Stunden-Woche, d.h. 40 minus vier Wochenstunden, verbunden mit der Forderung nach 10 % Neueinstellungen.

Als eine Forderung gegen die Arbeitslosigkeit taugt die Verkürzung der Arbeitszeit nicht. Die Arbeitslosigkeit ist ein Resultat der kapitalistischen Produktionsweise und für die Kapitalisten ein Druckmittel zur Steigerung der Ausbeutung der aktiven Arbeiterarmee, zur Senkung des Lohnstandard der Arbeiterklasse und Hebung der Profite. Die belgischen Kapitalistenverbände und die Regierung haben auf die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung auf 36 Wochenstunden jetzt mit dem „Vorschlag" reagiert, dies mit einer vermehrten Anwendung von Kurzarbeit zu verbinden. So könne der „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit" erfolgreich geführt werden. Die Regierung hat einen Plan des sozialdemokratischen Arbeitsministers Spitaels aufgetischt, der die Einführung eines allgemeinen Arbeitsdienstes unter staatlichem Regime sowie die Einrichtung von „Praktikantenstellen" in der Industrie speziell für jugendliche Arbeitslose vorsieht, bei 90 % des üblichen Lohns.

Es ist klar: Gelingt die allgemeine Senkung des Lohnstandards der Arbeiterklasse bei Steigerung des Ausbeutungsgrades, so sind die Kapitalisten unbedingt auch, soweit benötigt, für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Eine 36-Stundenwoche wäre dann allerdings auch nur eine Form von Kurzarbeit, oder sie stünde überhaupt nur auf dem Papier.

Auf einem als „historisches Ereignis" bezeichneten Kongreß der beiden großen Gewerkschaftsbünde des Landes, dem sozialdemokratischen FGTB und dem christlichen CSC, haben die Vorsitzenden jetzt feierlich die Forderung nach der 36-Stunden-Woche unterstützt und gleichzeitig erklärt, über vermehrte Kurzarbeit und über die Maßnahmen des „Plan Spitaels" verhandeln zu wollen. Allerdings mußte die größte bürgerliche Tageszeitung Belgiens beunruhigt feststellen: „Die Redner bekamen auf diesem Kongreß mehr Buhrufe als Beifall zu hören." (La libre Belgique, 26.1.1978) – (Korrespondentenbericht Brüssel)

sung von 240 Arbeitern an. Das Ge- Produktionsweise und für die Kapitali- respondentenbericht Brüssel)

„Wir haben unseren Kampf ganz anders führen müssen"

Gegen Unterwerfung unter die Politik der Klassenversöhnler / Interview mit einem UNIDAL-Arbeiter

Mit weitreichenden Zugeständnissen der Gewerkschaftsführer endeten am letzten Montag die Verhandlungen über die Weiterbeschäftigung der 8321 Arbeiter des liquidierten italienischen Süßwarenkonzerns UNIDAL. Gegen die Pläne des Staatskonzerns IRI, zu dem UNIDAL gehört, mehr als die Hälfte der Belegschaft der Werke in Mailand, Verona und Neapel zu entlassen (siehe KVZ 3/78) hatten die Arbeiter die Betriebe besetzt. Statt 3700 will die Nachfolgegesellschaft SIDALM jetzt 4018 Arbeiter übernehmen, 1500 werden zunächst weiterbeschäftigt, 1072 sollen von anderen IRI-Betrieben übernommen werden. Der Rest wurde auf Kurzarbeitergeld gesetzt.

Auf den Betriebsversammlungen der UNIDAL-Fabriken am letzten Mittwoch wurde in den meisten Fabriken das Ergebnis mit knapper Mehrheit angenommen. Im größten Werk, Motta in Mailand, zettelten die Revisionisten, als ihre Abstimmungsniederlage absehbar war, eine Schlägerei an und erzwangen den Abbruch der Versammlung. Die Arbeit ist dort noch nicht wieder aufgenommen worden. Noch vor der Betriebsversammlung sprachen wir am Dienstag in Mailand mit einem Arbeiter dieses Betriebes.

Wann habt Ihr von der Entscheidung des IRI, die Unidal-Gruppe zu liquidieren, erfahren?

Die Entscheidung des IRI ist uns kaum 14 Tage nach dem Abschluß unseres nationalen Tarifvertrags in der Nahrungsmittelindustrie mitgeteilt worden. Ende August haben sie uns gesagt, daß die Gesellschaft die ganze Gruppe liquidieren würde ... Als wir erfahren haben, daß es einen Plan gab, der die Entlassung von 5000 der 8400 Beschäftigten vorsah, ist eine Vermittlung über den Minister Morlino und das Ministerium für Staatsbeteiligungen, also über das IRI, versucht worden, aber es hat von August bis gestern, den 23. Januar, gedauert, um aus der festgefahrenen Situation herauszukommen. Aber wie?! Gestern hatten wir gerade die Zahlen – eine Zeitung sagte 4100, eine andere 4200 –, aber es steht fest, daß es eine Verkleinerung der Belegschaft geben soll. Unsere Auseinandersetzung hier bei UNIDAL ist, glaube ich, der erste Fall des „industriellen Wandels" ... Dieses Gesetz sieht „Mobilität" der Arbeiter der von der Krise betroffenen Fabriken vor, mit Wiedereinstellung in anderen Fabriken.

Was bedeutet ein solcher „Wandel" praktisch für die Arbeiter, die von einer Fabrik in die andere geworfen werden?

Was den Lohn betrifft, sind wir auf die Sonderzahlungen der Kurzarbeiterkasse angewiesen ..., das sind 82% des Lohns, also praktisch eine Lohnkürzung ... Unsere Löhne liegen normalerweise bei 330000 bis 340000 Lire (etwa 800 DM), also eine Kürzung um 60000 bis 70000 Lire. Wenn Arbeiter wie ich, die seit zwölf Jahren hier arbeiten, in einen anderen Betrieb und in eine andere Produktion kommen, haben wir 80000 bis 90000 Lire weniger Lohn. Ich verdiene als Facharbeiter etwa 350000 bis 370000 Lire. Auch bei den Alterszuschlägen, die man im Laufe der Jahre in einer Fabrik ansammelt, müßte ich wieder bei Null anfangen.

60% der Belegschaft hier sind Frauen. (...) Woher soll man wissen, ob man in der Nähe der Fabrik einen Kindergarten finden kann, von denen es in Italien so wenig gibt, auch wenn wir in den wichtigsten Tarifverträgen durchgesetzt haben, daß es in Fabriken mit über 150 Frauen einen Betriebskindergarten geben muß. Davon gibt es in Mailand vielleicht insgesamt zwei oder drei.

Welche Forderungen habt Ihr gegen die geplanten Entlassungen aufgestellt, und welche Kampfmaßnahmen habt Ihr bis zur Besetzung ergriffen?

Ich würde sagen, daß es einen Kampf gegeben hat darum, ob wir uns an die Übereinkunft der Sechs (bürgerlichen Parteien von den Christdemokraten bis zu den Revisionisten, d. Red.) halten sollen ... Praktisch hat sich auch die Gewerkschaft ein wenig an diese Politik angeschlossen. Wir haben unseren Kampf ganz anders führen müssen ...

Wir haben gefordert, daß alle 8400 weiterbeschäftigt werden müssen, um dann erst in Verhandlungen einzutreten über diese „Mobilität" ... Es hat Streiks gegeben. (...) Es hat auch eine Besetzung des Hauptbahnhofs gegeben (am 15.12.77, d.Red.), und das, würde ich sagen, war eine Sache, die die Unterdrückungsmethoden in Italien gezeigt hat: 300 bis 400 Arbeiter haben versucht, unseren Kampf unter den Reisenden auf dem Hauptbahnhof bekanntzumachen und unser Innenminister Cossiga hat drei Polizeieinsätze angeordnet, zwei Verletzte mußten für eine Woche ins Krankenhaus.

Wie habt Ihr die Fabrikbesetzung organisiert?

Als wir beschlossen haben, die Fabrik zu besetzen, sind sieben Kommissionen eingerichtet worden ... eine für die Presse, eine für Kultur und Veranstaltungen, eine für den Wachdienst, eine für die Verbindung zu den anderen Fabriken usw. In der Fabrik selbst haben wir uns darauf geeinigt, die Anlagen rund um die Uhr zu bewachen, um sicherzustellen, daß sofort wieder mit der Produktion begonnen werden kann, wenn eine Einigung erreicht wird.

Wie habt Ihr versucht, in die Verhandlungen der letzten Tage in Rom einzugreifen?

Wir haben versucht, auf die Verhandlungen Einfluß zu nehmen. Gegenüber der Gewerkschaft haben wir immer wenig Bereitschaft gezeigt, in eine andere Fabrik zu gehen, also aus dem Nahrungsmittelsektor heraus zum Beispiel in die Metallindustrie. (...)

Wir sind immer hier in der Fabrik anwesend gewesen. Es hat mehrere Versammlungen geben, als Nachrichten aus Rom kamen. Wir haben versucht, sie zu kommentieren, das beste herauszuziehen, um dann unseren Willen nach Rom zu übermitteln.

Du hast gesagt, daß Euer Kampf sich gegen die erste Anwendung dieses Gesetzes über den „industriellen Wandel" richtet. Wie hat es mit der Solidarität in anderen Fabriken und Branchen ausgesehen?

Wie Du sehen kannst, haben wir dort neben den Telefonzellen die Telegramme aller Delegationen aus allen



Eingang zum besetzten Werk Motta der UNIDAL-Gruppe in Mailand

Fabriken. In diesen 24 Tagen Besetzung haben wir Delegationen aus allen Mailänder Betrieben empfangen ... wir haben Delegationen aus den Schulen empfangen, und wir haben auch auf finanziellem Gebiet die Solidarität gespürt ...

Aus dieser Erfahrung müssen die Arbeiter ihre Schlüsse ziehen, wenn der Moment kommt, über die wirkliche Wende zu entscheiden, die wir in Italien herbeiführen wollen, nicht nur auf dem Gebiet der Produktion, sondern unter allen Gesichtspunkten, die Wende in Italien, das so tief in der Krise steckt, für die man von den Arbeitern Opfer verlangt ... Uns Arbeitern zieht man Monat für Monat 60000 bis 70000 Lire vom Lohn ab, während diese Herrschaften das Geld ins Ausland schaffen ... – (Z-Red.)

Die Kämpfe der polnischen Arbeiter wirken nach

Vorsichtig will Gierek die Nahrungsmittelpreise stufenweise erhöhen

Am 17.12.1977 wurde vom Sejm (dem polnischen Parlament) der Volkswirtschaftsplan 1978 verabschiedet. Er trägt die Handschrift der Sozialimperialisten. Gleichzeitig wurde die „volle Unterstützung des Friedensappells der Sowjetunion" zugesichert.

Die Sozialimperialisten streben nach der Weltherrschaft, um den „ewigen Frieden" unter ihrer Knute zu sichern. Die Staaten in ihrem unmittelbaren Machtbereich werden entsprechend in die Pflicht genommen. Das sowjetisch-polnische Außenhandelsprotokoll sieht vor, den Außenhandelsumsatz um 17% zu steigern. In die Sowjetunion geliefert werden vor allem Maschinen und Anlagen für die Chemie- und Nahrungsmittelindustrie, für das Bau- und Transportwesen sowie Nahrungsmittel. Polen ist wie alle Länder des RGW in hohem Maße von der Energie- und Rohstoffversorgung durch die Sowjetunion abhängig. Importiert werden 12,7 Mio. Tonnen Erdöl, 2,5 Mrd. Kubikmeter Erdgas, 6,5 Mio. Tonnen Eisenerz, daneben Anlagen zur Verarbeitung von Nahrungsmitteln und Nahrungsmittel selbst, neben Weizen und anderem Getreide, „Sekte, Weine und Kognaks". 60% der in Polen produzierten Waren werden exportiert, davon der größte Teil in die Sowjetunion, deren Exportanteil sich von 1960 (1561 Mio. Zloty) auf 1976 (11080 Mio) mehr als versiebenfacht hat. Aber auch die Wirtschaftsbeziehungen zu den westlichen imperialistischen Ländern, vor allem der BRD und den USA, entwikkeln sich schwungvoll. Bevorzugt wird die Kreditvergabe für den Bau von Anlagen durch westliche Firmen.

Der Volkwirtschaftsplan 1977 wurde vorne und hinten nicht eingehalten. Die Schuld gibt die neue Bourgeoisie den Arbeitern; sie trödeln, schwänzen, produzieren Waren schlechter Qualität und kassieren immer höhere Löhne: „Die Verluste während der Produktion erreichen manchmal bis zu 20%. Die Überschreitung der Normen erreicht in der Industrie 140%, im Bauwesen sogar 170%, was von Mängeln in der Organisation der Arbeit und der Lohnpolitik zeugt." Das muß geändert werden. „Die Industrieressorts wurden verpflichtet, die Verspätungen in den Warenlieferungen des Jahres 1977 nachzuholen. Sie müssen also gemäß den Empfehlungen der 2. Landeskonferenz der PVAP die bestehenden Reserven energischer einsetzen." (Zycie Warszawy, 25. 1. 78) Im Volkswirtschaftsplan 1978 ist vorgesehen, die Industrieproduktion um 6,8% zu erhöhen, die der Landwirtschaft um 5,8%. Die Arbeiter und Bauern werden angehalten, die Arbeitsproduktivität zu steigern, sämtliche Reserven zu mobilisieren, bereitwillig der Ausdehnung der Schichtarbeit zuzustimmen, keine Minute ungenutzt verstreichen zu lassen, die Qualität der Produkte zu erhöhen, dabei Material zu sparen usw. Das alles, um dem „Schwerpunkt des Volkswirtschaftsplans, der Verbesserung der Marktversorgung, der Nahrungsmittelwirtschaft, der Beschleunigung des Wohnungsbaus und der Stärkung des Außenhandels" zu entsprechen.

In seiner Neujahrsansprache an das polnische Volk erklärte Gierek: „Unser Alltag ist nicht sorgenfrei und ohne Schwierigkeiten. Wir kennen sie gut, gemeinsam werden wir sie bewältigen. Wir bemühen uns, alles zu unternehmen, um sie zu mildern und sie zu beseitigen ... Wir müssen als Volk, als Gemeinschaft, in allen Vorhaben eine höhere Leistung aufbringen, effektiver und wirksamer arbeiten. Es gibt keinen anderen Weg als Arbeit und nur Arbeit, die immer besser, leistungsfähiger und klüger organisiert werden muß. Diese natürliche Wahrheit weiß unser Volk gut zu verstehen."

Gierek weiß, daß der Zorn der polnischen Volksmassen gegen die Ausbeutung und Ausplünderung durch die Sozialimperialisten und die neue Bourgeoisie groß ist. Die Massen, die allen Reichtum produzieren, leiden Mangel an notwendigen Lebensmitteln, Kleidung, Haushaltsgeräten, usw. Allein in Warschau warten ca. 200000 Mitglieder von Wohnungsbaugenossenschaften seit teilweise zehn Jahren auf eine Wohnung. „Es bestehen noch Spannungen und Mängel. Wie Edward Gierek (auf einer Pressekonferenz) erklärte, sei die unzureichende Anpassung der Struktur des Sortiments und der Warenqualität an den Bedarf der Bevölkerung die Hauptursache. Auf den ständigen und schnellen Anstieg in verschiedenen Bereichen haben die immer höheren Einkommen der Werktätigen ihren Einfluß. Daraus ergibt sich der fortwährende Anstieg ihrer Ansprüche." (Zycie Warszawy, 17.12.77) Also, die Arbeiter verdienen zuviel und weil sie nicht wissen, wohin mit dem Geld, müssen die Löhne gekürzt und die Preise erhöht werden. Im Volkswirtschaftsplan ist festgelegt, daß die „Einkünfte der gesamten Bevölkerung um 6,6% erhöht werden sollen", wobei die Reallöhne der Arbeiter aber nur um 1,8% steigen sollen, den Rest verpulvert die neue Bourgeoisie.

Auf dem letzten Parteitag Anfang Januar hat Gierek angekündigt, daß die Nahrungsmittel stufenweise teurer werden sollen. Schuld daran seien wiederum die Arbeiter, Bauern und im Handel Beschäftigten; die Arbeiter und Bauern, weil sie zu wenig und Waren schlechter Qualität produzieren würden, die Einzelhändler, die nur Waren schlechter Qualität am Lager hätten, die sie so teuer wie möglich verkaufen wollten.

Die Tatsachen werden auf den Kopf gestellt. Die Industrieproduktion wurde von 1970 auf 1976 um 80% gesteigert, die landwirtschaftliche Produktion um 95%. Aber die produzierten Waren werden nicht genutzt, um den Bedarf der Volksmassen zu dekken, sie werden exportiert in die Sowjetunion und die anderen Länder des RGW wie auch in westliche kapitalistische Länder, um die zunehmende Verschuldung teilweise zu bezahlen. Die Sozialimperialisten verlangen ihren Tribut. Die schlechte Versorgung der Massen wird als weiterer Hebel der Ausplünderung angesetzt, an der sich die neuen Zaren und die neue polnische Bourgeoisie bereichern. Was den polnischen Volksmassen bleibt, ist Ramsch. Dafür müssen sie immer mehr bezahlen und stundenlang Schlange stehen.

Wollen sie Waren von „gehobener Qualität" kaufen, müssen sie natürlich mehr hinblättern. „Es ist klar, daß bei diesen Anstrengungen für eine gute Marktversorgung nicht nur eine Änderung der wirtschaftlichen Proportionen, sondern auch eine Änderung gewisser Auffassungen erfolgen muß." (Zycie Warszawy, 25. 1.78). Änderung der wirtschaftlichen Proportionen heißt, daß sich die neue Bourgeoisie immer mehr den gesellschaftlichen Reichtum aneignet und die Volksmassen in immer größeres Elend stürzen will. Änderung gewisser Auffassungen bedeutet, daß die Arbeiter als „natürliche Wahrheit" zu verstehen haben, daß es für sie „keinen anderen Weg als Arbeit und nur Arbeit" zum Nutzen der neuen Bourgeoisie geben soll. Um die Arbeiter verschärft ausbeuten zu können, muß ihre Spaltung betrieben werden.

Um den Kampfwillen der polnischen Arbeiter und Volksmassen gegen Ausbeutung und Ausplünderung zu untergraben, wird die „vorbildliche Arbeit der Arbeiter des Ursus-Traktorenwerkes bei der Erfüllung des Plans 1977" gerühmt. Gierek hat den vorbildlichen Kampf der Ursus-Arbeiter im Sommer 1976 gegen die geplanten Preiserhöhungen nicht vergessen. Die polnischen Volksmassen erst recht nicht. – (Korrespondentenbericht Wien)

Das Energieprogramm der Kreisky-Regierung wird von den österreichischen Arbeiter- und Volksmassen bekämpft

Uranbrennstäbe in Nacht- und Nebelaktion nach Österreich geschafft

In ganz Österreich demonstrierten am 19.1.78 Arbeiter, Bauern, Soldaten und Jugendliche gegen das imperialistische Energieprogramm der österreichischen Bourgeoisie. In Wien über 3200, in Linz 200, Graz 100, Klagenfurt 80, Insbruck 300 und Salzburg 300. Bestandteil dieses Kampfes ist schon seit längerem der Kampf gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf an der Donau bei Wien, das erste von insgesamt 3 Kernkraftwerken, welche die imperialistische Bourgeoisie Österreichs bis 1985 bauen will. Aktueller Anlaß für die Demonstration war die Anlieferung von Uranbrennstäben für das Werk Zwentendorf per Luftbrücke von Westdeutschland aus.

Die Bauern aus Waldviertel in Niederösterreich haben gleich nach Bekanntwerden der Pläne der Atommülllagerung bei Zwentendorf den Kampf aufgenommen. Sie kämpfen gegen die Vernichtung ihrer Existenz. Rasch hat sich die Front dagegen gebildet.

Durch Enthüllungen der Dachorganisation der Initiativen gegen die Kernkraftwerke (IÖAG) und der Zeitung „Klassenkampf", Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs, ist der Kreisky-Regierung der Coup verhindert worden, in einer Nacht- und Nebelaktion heimlich Anfang Januar die Anlieferung der Brennelemente für Zwentendorf zu beginnen. Eine in der österreichischen Studiengesellschaft für Atomenergie zusammengeschlossene Kumpanei aus rund 50 österreichischen und ausländischen imperialistischen Gesellschaften (darunter ITT, Siemens, Shell, BBC) hatten vor Jahren dieses Atomprogramm entworfen und dem Staat die Aufgabe gestellt, es auf Kosten der Massen durchzusetzen. Die staatliche Elektrizitätswirtschaft ist der Träger der Kernkraftwerke und gegenwärtig drängen die Kapitalisten, das erste Werk „endlich zum Laufen" zu bringen. Garantiert der Staat in Österreich vermittels der Elektrizitätswirtschaft die Stromversorgung, so lassen sich die Kapitalisten ihre Stromkosten voll von den Massen finanzieren. Einerseits durch billige Sondertarife, andererseits durch hohe und immer höhere Haushaltstarife für die Massen. Der Bau der Atomkraftwerke kostet jedoch riesige Summen. Solange ungenutzt fürs Kapital nutzen sie ihnen nichts. Deshalb jetzt die verstärkten Anstrengungen zur Vorbereitung des Probelaufs.

Ursprünglich war der Antransport schon September 1977 geplant und zwar auf dem Straßenweg. Der massive Widerstand und die Kampfentschlossenheit der Bewegung gegen das Energieprogramm waren es, die der Regierung und den Kapitalisten einen Strich durch die Rechnung gemacht haben. Über 6000 hatten zum Beispiel im Oktober 1977 das bürgerliche Parlament und das Bundeskanzleramt belagert. So mußten die Kreisky-Regierung und die Kapitalisten ihren Plan ändern und per Luftbrücke von Frankfurt nach Linz Hörsching die Uranstäbe einfliegen per Boeing „German Air" sowie den Weitertransport per Hubschrauber des österreichischen Bundesheeres unter dem massiven Schutz bewaffneten Militärs und Gendarmerie durchführen. Der Flughafen Linz glich einem Heerlager: „Seit heute früh herrscht hier rege Betriebsamkeit. Hunderte von Gendarmen und Soldaten des Bundesheeres haben den Flugplatz hermetisch abgeriegelt. Es gibt strenge Personalkontrollen. Das winterliche Bild des Flughafens Linz wird von Executivorganen und Soldaten mit Stahlhelmen und Maschinenpistolen geprägt. Tausende Meter Stacheldraht wurden ausgelegt. Vor allem die neuralgischen Punkte wie die Zufahrt des Flughafens und die Umgebung des Landeortes werden besonders gesichert", berichtete der österreichische Rundfunk am 18.1. Schon Tage vorher war in den umliegenden Kasernen versucht worden, die Mannschaften untereinander zu spalten bzw. gegen die bevorstehenden Demonstrationen aufzuhetzen. Um so schmerzlicher für die Bourgeoisie, daß am 19.1., als in ganz Österreich die Protestaktionen stattgefunden haben, in Linz auf der Kundgebung Soldaten gegen das Energieprogramm aufgetreten sind. Schon Tage zuvor, am 18.1., hatten sich in Linz und Zwentendorf Demonstranten gesammelt. In Linz wurde die Demonstration von der Polizei angegriffen. Vier Festnahmen. Die Propagandaaktionen wurden trotzdem durchgeführt. Mit einem Autokonvoi sammelten sich 150 vor Zwentendorf. In den umliegenden Dörfern wurde Agitation gegen das Energieprogramm durchgeführt.



Mit Hubschraubern des österreichischen Bundesheeres werden die Uranstäbe in das Kraftwerk Zwentendorf geschafft.

Die Kreisky-Regierung hat die Absicht, mit Ende der Anlieferung der Brennstäbe in ca. 3 Monaten eine „Parlamentsentscheidung" herbeizuführen, die den Startschuß zum Probelauf gibt. Daß die Bourgeoisie Österreichs alles daransetzt, ihr Spekulationsgeschäft rasch durchzusetzen, zeigt sich auch daran, daß praktisch zur gleichen Zeit für die Haushalte eine Strompreiserhöhung sowie eine progressive Staffelung der Strompreise durchgeführt werden soll, während die billigen Sondertarife für die Kapitalisten unverändert bleiben.

Die Tatsache, daß die „Nacht- und Nebelaktion" der Kreisky-Regierung nicht gelungen ist, hat zu erheblichen Widersprüchen unter den bürgerlichen Parteien geführt. „Präjudizierung" (Vorwegnahme) schreit die Österreichische Volkspartei, eine christlich reaktionäre Partei, die hier in Opposition ist und sich bemüht, die Massenbewegung gegen das Energieprogramm zu spalten und Teile an sich zu binden, gleichzeitig kein Hehl daraus macht, daß sie „vom Grundsatz" natürlich nicht gegen das Energieprogramm der Kapitalisten ist. Ein „Parteiengespräch" von ÖVP und SPÖ ist darüber schon „geplatzt". Die Tatsache weiterhin, daß das Energieprogramm voller Abenteurertum steckt, „die Entsorgung nicht gesichert" ist usw., gibt verschiedenen bürgerlichen Politikern die Möglichkeit, gegen das Programm aufzutreten. So wird ein großer Parlamentsrummel veranstaltet, alles mit dem Ziel, die Massenbewegung zu brechen und einzufangen und das Energieprogramm durchzusetzen. Besonders die Sozialdemokraten unter Bruno Kreisky setzen auf die Spaltung der Bewegung. Der „Klassenkampf" schreibt:

„Freilich gibt es immer noch viele Illusionen in der Bewegung über die Möglichkeit, die einzelnen Parlamentarier und ihr ‚Wissen und Gewissen' umzustimmen, um vielleicht doch eine Mehrheit gegen die Inbetriebnahme zustandezubringen. Diese Illusionen werden von Kreisky höchstpersönlich genährt durch Versprechungen, daß bei einer Parlamentsmehrheit gegen die Inbetriebnahme diese von der Regierung verhindert würde." Widersprüche in den eigenen Reihen der Sozialdemokratie werden von Kreisky sofort zerschlagen. Die sozialistische Jugend, Jugendorganisation der SPÖ, fordert eine „Volksabstimmung" über die Kernkraftwerke, was Kreisky zurückgewiesen hat. „Bei der Sache wird zu viel Agitation betrieben." Eifrig wird schon seit Monaten versucht, unter verschiedenen chauvinistischen Parolen die „Einheit der Österreicher" zu formen und die Massen für die imperialistischen Ziele der Bourgeoisie zu gewinnen. „Im Interesse der Wirtschaft" tritt Parlamentspräsident und Vorsitzender des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Benya, fast täglich dafür ein, „daß Zwentendorf sofort in Betrieb genommen wird". Er versucht die Arbeiterklasse von den übrigen Teilen des Volkes, vor allem von den Bauern, abzuspalten. Ebenso die Revisionisten von der KPÖ. Sie sind Fürsprecher des Energieprogramms, „die Entsorgung muß gesichert sein", klar, aber sonst sind sie eifrige Propagandisten für Strom und auch Atomstrom aus dem RGW für Österreich, ein Versuch der Sozialimperialisten, Österreich in eine größere Abhängigkeit von der Energie aus der Sowjetunion zu zwängen. Direkt an der Grenze CSSR/Österreich sollen jetzt auch 4 Kernkraftwerke auf CSSR-Gebiet errichtet werden.

Der Widerstand der Bewegung gegen den Bau des Kernkraftwerkes Zwentendorf, die Atommüllagerung sowie das Energieprogramm hat in Österreich bisher bereits zu erheblichen Verzögerungen des Programms geführt. Wenn die Kapitalisten und der bürgerliche Staat jetzt einerseits verstärkt das Parlament herauskehren, „sich ganz intensiv um die Entsorgung kümmern wollen", andererseits Polizei und Militär aufmarschieren lassen, dann nur mit dem Zweck, die Bewegung zu spalten und einzuschüchtern. Ob ihr das gelingt, hängt davon ab, wie weit die Bewegung gegen die Atomkraftwerke bereits die Natur des Kapitals erkennt. Wenn heute eine Gruppe von „Gewerkschaftlern gegen Atomkraftwerke" auftritt, ist das das Ergebnis von immer mehr Protesten und Resolutionen von Arbeitern und Betriebsräten aus den Betrieben gegen das Programm der Kreisky-Regierung. Wenn diese Gruppe allerdings die Forderung nach einer „zweijährigen Denkpause" aufwirft und einer offenen Konfrontation mit Regierung, Parlament und Staatsapparat „aus dem Weg gehen will", dann zeigt das deutlich vorhandene bürgerliche Strömungen in der Bewegung gegen die Atomkraftwerke und die Gefahr von Spaltungen.



Mehr als 3200 demonstrierten am 19.1. in Wien gegen das imperialistische Energieprogramm der österreichischen Bourgeoisie und ihrer Regierung.

Jede Form der Spaltung der Bewegung wird bekämpft durch die Enthüllung und Entlarvung des imperialistischen Charakters des Energieprogramms in seinem ganzen Umfang als Programm der imperialistischen Expansion und Aggression. Entsprechend werden dann auch die Kampfschritte sein. Der Kommunistische Bund Österreichs unterstützt die Forderung der IÖAG und vertritt darüberhinaus folgende Forderungen: „Nieder mit dem Parlamentsbetrug! Das Volk will kein Atomkraftwerk – dem muß sich die Regierung beugen! Sofortiger Austritt Österreichs aus der Internationalen Energieagentur! Gegen die wachsende Abhängigkeit Österreichs von den beiden Supermächten durch deren Uranlieferung und Aufbereitung! Kampf jeder weiteren Erhöhung des Haushaltsstrompreises! Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf für die sozialistische Revolution!" – (Korrespondentenbericht, Wien 26.1.78)

Zwei Karten im gleichen Spiel: Die „innere Lösung“ des Ian Smith und Herrn Owens „Vorschläge“

Das vergangene Jahr war für das Volk von Zimbabwe ein Jahr großer Siege. Robert Mugabe, Präsident der ZANU und zusammen mit Joshua Nkomo Führer der Patriotischen Front, hat diese Erfolge folgendermaßen zusammengefaßt:

a) „In großen Gebieten sind die Feinde zu Hunderten vernichtet und in die Flucht geschlagen worden. Unsere Befreiungsarmee hat dort unsere Position gefestigt und zusammen mit den Massen und auf die Massen gestützt revolutionäre Stützpunktgebiete geschaffen.

b) Die strategischen Luftwaffenstützpunkte des Feindes und etliche Polizeistationen sind dem Erdboden gleichgemacht worden. Viele Flugzeuge des Feindes sind zerstört worden. Der letzte dieser Angriffe war gegen Grand Reef gerichtet, nahe Umtali, wo wir den Feind kräftig ‚gesegnet‘ haben mit schweren Mörsern und Raketenbeschuß. Wir werden euch bald eine genaue Aufstellung der Verluste des Feindes geben.

c) Wir haben die Verbindungslinien des Feindes angegriffen und zerschlagen und so den Import und den Export seiner Waren wirksam unterbrochen und seinen Handel empfindlich getroffen. Daher kommt seine andauernd ungünstige Handelsbilanz und seine kürzliche Abwertung.

d) Die Aufnahme des bewaffneten Kampfes in der Stadt hat unter der städtischen Kolonial- und Kompradorenbourgeoisie Panik ausgelöst wie sie bisher nur unter den Kolonialisten auf dem Land herrschte. Unsere Doppelstrategie, Operationen auf dem Land mit Angriffen in der Stadt zu verbinden, war vor allem für die Fluchtwelle verantwortlich mit der Monat für Monat über 2000 erschreckte Kolonialisten aus dem Land getrieben wurden.“

Gegenüber den Erfolgen des bewaffneten Kampfes des Volkes von Zimbabwe greifen die Imperialisten erneut zu Versuchen der Spaltung. Diesmal wollen sie sich die Gelgenheit zur offenen Intervention verschaffen. Wie wild arbeitet der Kolonialistenhäuptling Smith an der sogenannten inneren Lösung. Mit Hilfe von Sithole, Muzoreva, Chirau soll dem Kolonialstaat etwas schwarze Schminke ins Gesicht geschmiert werden. Zu diesem Zweck hat Smith mit diesen Leuten Gespräche über die Übergabe der Macht geführt. Jetzt hat Smith verlauten lassen, es sei der Durchbruch gelungen. Worin besteht der Durchbruch? Er besteht darin, daß sich Sithole, Muzoreva und Chirau voller Schrecken vor der sozialen Revolution, die durch den Befreiungskampf vorangetrieben wird, anscheinend endgültig als Marionetten für den Imperialismus und Neokolonialismus hergeben wollen. Wahlen sollen sie erhalten. Aber die Wahlen sollen unter der Herrschaft des Kolonialregimes durchgeführt werden. Die bewaffnete Macht des Kolonialregimes bleibt garantiert. Auf zehn Jahre hinaus behalten die Kolonialisten ein ausdrückliches Vetorecht. So sieht die innere Lösung aus, die die Imperialisten dem Volk von Zimbabwe aufdrängen wollen. Doch diese Rechnung gegen das Volk ist ohne das Volk gemacht. Das Volk unterstützt den bewaffneten Kampf, der allein das imperialistische Kolonialregime zerschlagen und die Bedingungen für die Fortsetzung der Revolution schaffen kann.

Während die Imperialisten die ‚innere Lösung‘ des Ian Smith betreiben, sind sie gleichzeitig dazu gezwungen weitere Manöver einzuschlagen, um den bewaffneten Kampf zu spalten und zu schwächen. Zu diesem Zweck haben Großbritannien und die USA den britischen Außenminister Owen „Vorschläge“ machen lassen, um das Smithregime zu „ersetzen“. Die Vorschläge haben bloß einen Haken. Die Kolonialarmee bleibt bestehen. Chef bei der Übergabe der politischen Macht soll ein „neutraler“ britischer Offizier sein. Dabei ist der britische Imperialismus doch die Kolonialmacht, gegen die das Volk von Zimbabwe seit Jahrzehnten Krieg führt. Die Vorschläge Owens unterscheiden sich von den Vorschlägen des Ian Smith insofern, als sie zugestehen, daß die Unabhängigkeit Zimbabwes kein Verhandlungsgegenstand sein kann. Der Scherge Smith soll zurückgezogen werden. In Wirklichkeit bilden jedoch die „innere Lösung“ des Ian Smith und die Vorschläge Owens nur zwei Seiten eines großen Spaltungsmanövers. Die Vorschläge von Smith zielen darauf, die Patriotische Front mit Hilfe eines Marionettenregimes aus dem Status von Volksbefreiungskämpfern in den Status von „Rebellen“ zu versetzen, gegen die die Regierung an ausländische Unterstützung appellieren kann. Dafür stehen bereits britische Truppen und amerikanische Flugzeugträger bereit. Die Vorschläge Owens zielen direkt auf die Spaltung der Patriotischen Front, ohne die eine solche Intervention von vornherein zum Scheitern verurteilt wäre. Über die Spaltung der Patriotischen Front hoffen die Imperialisten dann auch die Frontstaaten spalten zu können, um so insgesamt im südlichen Afrika wieder etwas Luft zu bekommen.

Als Smith im Dezember ein Durchgangslager der ZANU in Mozambique überfallen und dabei unter Frauen und Kindern ein Massaker anrichten ließ, in der Hoffnung, er könne seine Verbrechen als militärischen Erfolg verkaufen, hat Owen in verfrühter Siegesfreude die Maske fallen lassen. In einem BBC-Interview hat Owen drauflos geplaudert, der „rhodesische Aggressionsakt gegen Mozambique könnte helfen, eine umfassende Lösung herbeizuführen, indem er zeigt, daß die Streitkräfte der Britischen Kolonie nicht schwach sind.“ Damit hat er eine Wahrheit ausgesprochen, die der britische Imperialismus bisher stets zu vertuschen versuchte: Niemand anders als die britischen Kolonialtruppen halten das Smithregime am Leben. Außerdem hat Owen selber die Hoffnung ausgesprochen, der Söldnerüberfall zeige der Patriotischen Front, daß die Söldnertruppen nicht mit dem Rücken zur Wand stünden. Damit hat Owen selber zugegeben, wie die Smithschen Massaker, seine „innere Lösung“ und die „Vorschläge“ des britischen und des US-Imperialismus miteinander zusammenhängen.



ZANLA-Kompanie

In ein paar Tagen finden neue Verhandlungen zwischen dem britischen und amerikanischen Imperialismus auf der einen Seite und der Patriotischen Front auf der anderen Seite statt. Diese Gespräche auf Malta waren bereits für das letzte Jahr vorgesehen. Sie sollten die Genfer Konferenz fortsetzen. Owen hatte sie zunächst fallen lassen mit dem Hinweis, Smith weigere sich nach Malta zu kommen und deshalb hätten die Gespräche keinen Wert. Statt dessen wollte er die Patriotische Front in Gespräche auf unterer Ebene verwickeln, um Zeit zu schaffen für Smiths „innere Lösung“. Wenn es jetzt zu den Gesprächen in Malta kommt, so ist dies ein Erfolg des bewaffneten Befreiungskampfes und der Einheit der Patriotischen Front gegen die keine „innere“ Marionettenlösung durchgesetzt werden kann. Aber es ist klar, daß die Imperialisten mit diesen Gesprächen das alte Ziel verfolgen, die Patriotische Front zu spalten und die ZANU, die den bewaffneten Kampf führt, zu isolieren. Die ZAPU soll abgespalten werden. Die „innere Lösung“ dient als Druckmittel. Deshalb hat sich Smith so beeilt, noch vor den Maltaer Gesprächen einen „Durchbruch“ bei der „inneren Lösung“ zu erzielen. Dabei sind die Imperialisten dreist genug auf die Einflußnahme der Sozialimperialisten zu setzen. Der Sozialimperialismus hat keinerlei Interesse am Befreiungskampf und an der Befreiung Zimbabwes. Er hat Interesse daran, in Zimbabwe Fuß zu fassen. Zimbabwe ist reich an Bodenschätzen und an menschlicher Arbeitskraft. Es ist von großer Bedeutung für die Beherrschung des Südlichen Afrikas. Käme es zu einer „inneren Lösung“ unter Beteiligung der ZAPU, dann hätte die Sowjetunion einen Fuß in Zimbabwe. Also setzen die britischen und US-Imperialisten bei ihren Spaltungsbemühungen auf den Sozialimperialismus. Wer nach dem vorübergehenden Spiel schließlich den Sieg über den Rivalen davonträgt, wird die Zukunft weisen. Alles ist jedenfalls besser als ein Sieg des Befreiungskampfes der wenn die Patriotische Front ihre Einheit festigt, bald bevorsteht. Das ist das abenteuerliche Kalkül der Imperialisten. Hat das Zusammenspiel von Imperialisten und Sozialimperialisten Erfolg, dann wird der Befreiungskampf gespalten. Es kann den beiden Supermächten gelingen, den Volkskrieg vorübergehend zu schwächen und den Völkerkrieg zu schüren, in dem sie ihre Rivalität um die Weltherrschaft austragen. Dahin haben sie es in Angola gebracht.

Die Lage ist also gefährlich für das Volk von Zimbabwe. Aber das Volk von Zimbabwe ist bereits mehrmals mit solch gefährlichen Situationen fertig geworden. Die Patriotische Front ist Frucht der Lehren, die das Volk von Zimbabwe aus der Geschichte gezogen hat. Entscheidend ist, daß der Volkskrieg vorankommt. Jetzt hat die Regenzeit begonnen. Jedesmal hat die ZANU die Regenzeit genutzt, um den Volkskrieg zu verstärken und dem Feind militärische Schläge zu versetzen.

Letzten Endes können die Manöver der Imperialisten nur durch den Volkskrieg zerschlagen werden. Wenn es jetzt wieder zu Gesprächen zwischen der Patriotischen Front und den britischen Imperialisten kommt, dann geht die ZANU mit dem klaren Bewußtsein an den Verhandlungstisch: Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen. Gerade jetzt kommt es darauf an, den Volkskrieg in Zimbabwe zu unterstützen, die ZANLA, die Befreiungsarmee unter Führung der ZANU zu stärken und von den BRD-Imperialisten, die auf die Früchte der imperialistischen Intrigen warten, die sofortige Anerkennung der Patriotischen Front zu verlangen.

Die US-Imperialisten haben in diesen Tagen an der Carnegie-Mellon-Universität, die nach zwei berüchtigten US-Kapitalisten heißt, ein „Rhodesien-Projekt“ eingerichtet. In Zusammenarbeit mit dem Smith-Regime soll dort die Mannschaft einer zukünftigen Marionettenregierung getrimmt werden. Zahlen tun die Allegheny Ludlum Industries und die Union Carbide, zwei Konzerne mit starken Chrominteressen in Zimbabwe. CIA-Gelder steckten nicht in dem Projekt, behauptet der Rektor der Universität. „Ich wünschte ich hätte welche“, scherzt er gegenüber dem britischen Daily Telegraph. Entsprechende Projekte betreibt der Sozialimperialismus unter dem Deckmantel der Unterstützung der Befreiungsbewegung. Dazu gebraucht er die Lumumba-Universität in Moskau.

Mit der Strategie des Volkskriegs und mit der Einheitsfront gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus hat das Volk von Zimbabwe die Mittel bereits in der Hand, um trotz aller imperialistischen Intrigen seine Unabhängigkeit und Freiheit zu erkämpfen. – (Z-Red.)

Die OAU weist die UdSSR als Unruhestifter am Horn von Afrika in ihre Schranken

Im Sommer letzten Jahres hatten die Sozialimperialisten über ihre Nachrichtenagentur TASS eine Erklärung verbreitet, in der sie behaupteten, die sudanesische Regierung plane zur Unterstützung der eritreischen Befreiungsfront einen Angriff auf Äthiopien. Als offizielle Antwort darauf sendete der sudanesische Rundfunk am 6.6.1977:

„Diese Erklärung ist nichts weiter als die Vorbereitung einer Verschwörung, die in Form einer nackten und direkten Intervention von außerhalb Afrikas kommen wird oder in Form wachsender Waffenlieferungen an das Regime in Addis Abeba (. . .). Der Sudan hat diese Einmischung mit der Unterstützung solcher Staaten in dieser Region, die den Frieden lieben und die gegen die neue sowjetische Hegemonie und den modernen sozialistischen Kolonialismus sind, abgewandt.“

Daß die sudanesische Regierung im Recht war, hat die Geschichte bereits bewiesen. Es gelang den Sozialimperialisten, Unruhe zu stiften und die sudanesische und äthiopische Regierung fast in kriegerische Auseinandersetzungen zu verwickeln. Verhindert wurde dies jedoch durch die Einheit der afrikanischen und arabischen Staaten und das Eingreifen der OAU, die die Absichten der Sozialimperialisten brandmarkten und sie isolierten. Die diplomatischen Beziehungen zwischen der äthiopischen und der sudanesischen Regierung sind, nachdem sie von der äthiopischen Regierung abgebrochen worden waren, wieder hergestellt.

Gegen die ständigen Versuche der Imperialisten, sich in die inneren Angelegenheiten der afrikanischen Staaten zu mischen, sie zu spalten, um eine neokoloniale Herrschaft über sie zu errichten, hatte die Organisation für Afrikanische Einheit OAU bereits in den ersten Jahren nach ihrer 1963 erfolgten Gründung nachstehende Beschlüsse gefaßt:

„OAU-Resolution betreffend Grenzkonflikte zwischen afrikanischen Staaten

Versammlung der Führer von Staaten und Regierungen der ersten ordentlichen Sitzungsperiode in Kairo, Vereinigte Ägyptische Republiken, vom 17. bis zum 21. Juli 1964.

„In Erwägung, daß die Grenzprobleme einen ständigen und schweren Faktor von Meinungsverschiedenheiten bilden;

In der Kenntnis besonderer Manöver gegenüber Afrika, deren Ziel es ist, die afrikanischen Staaten zu spalten;

In Erwägung, daß die Grenzen der afrikanischen Staaten am Tag ihrer Unabhängigkeit eine sachliche Realität bilden; (. . .)

In Erkenntnis der unbedingten Notwendigkeit, alle Unstimmigkeiten zwischen afrikanischen Staaten friedlich und innerhalb des afrikanischen Rahmens beizulegen; (. . .)

Verpflichten sich die Mitgliedstaaten feierlich, die existierenden Grenzen zur Verwirklichung der nationalen Unabhängigkeit anzuerkennen.“

Erklärung der OAU zu den Problemen der Unterwanderung

Versammlung der Führer von Staaten und Regierungen der zweiten ordentlichen Sitzungsperiode in Accra, Ghana, vom 21. bis zum 25. Oktober 1965

„In dem Wunsch, die brüderlichen Bande, die uns verbinden, zu festigen, verpflichten wir uns feierlich:

1. In Übereinstimmung mit Artikel 3 § 5 der Charta, die Entstehung von Subversionen in unseren Ländern gegen ein anderes Mitgliedsland der Organisation für Afrikanische Einheit in keinem Fall zu dulden;

2. Keine subversiven Aktionen, die von außerhalb Afrikas gegen ein Mitgliedsland der Organisation für Afrikanische Einheit gerichtet sind, auf unseren Territorien zu dulden;

3. Mit aller uns zur Verfügung stehenden Gewalt uns gemeinsam und fest allen erdenklichen Subversionen, die von fremden Mächten außerhalb Afrikas gegen Afrika, die OAU oder einzelne Mitgliedsstaaten organisiert oder finanziert werden, zu widersetzen;

4 a. Zurückzugreifen auf bilaterale oder multilaterale Beratungen, um alle Differenzen zwischen zwei oder mehreren Mitgliedsstaaten der Organisation für Afrikanische Einheit beizulegen;

4 b. die Weiterleitung irgendwelcher Presse- oder Rundfunkkampagnen gegen irgendein Mitgliedsland der Organisation für Afrikanische Einheit zu verhindern und stattdessen den Weg, wie er in der Charta und dem Protokoll zur Einigung, Vermittlung und Schlichtung festgelegt ist, einzuschlagen;

5 a. Keine Streitigkeiten zwischen den Mitgliedsländern herbeizuführen durch Aufrühren oder Verschärfung rassischer, religiöser, sprachlicher, ethischer oder anderer Unterschiede;

5 b. Alle Formen solcher Handlungen zu bekämpfen; (. . .)

8. Fortzufahren, die Sicherheit politischer Flüchtlinge aus nicht befreiten Gebieten zu gewährleisten und sie in ihrem Kampf für die Befreiung ihres Landes zu unterstützen.“

Gestützt auf diese Beschlüsse gelang es den Ländern Afrikas, den Versuch der Sozialimperialisten, die Länder am Horn von Afrika aufeinander zu hetzen, um sich dann als Schutzmacht eines Landes in diesem Teil des Kontinents einzunisten, zum Scheitern zu bringen. Die Sozialimperialisten gaben damit aber nicht auf.

Die Herrschaft über das Horn von Afrika ist in ihrem Streben nach Weltherrschaft von entscheidender Bedeutung. Das Rote Meer ist einer der bedeutendsten Handelsschiffahrtswege der Welt. Von der Spitze des Horns von Afrika ist der Zugang offen zum gesamten afrikanischen Kontinent wie auch nach Asien. Der Suez-Kanal kann von hier aus kontrolliert werden, und was ein entscheidender Punkt ist, es liegen die wichtigsten Ölförderländer der Welt am Roten Meer und dem benachbarten Golf von Aden. Zudem würden sich die Sozialimperialisten mit einer festen Position in diesem Teil der Erde eine Bastion gegen die US-Bastion Israel schaffen.

Nach ihrem ersten gescheiterten Versuch begannen die Sozialimperialisten die Auseinandersetzungen zwischen Äthiopien und Somalia um das Grenzgebiet Ogaden zu schüren. Ogaden ist eine äthiopische Provinz, bevölkert ist Ogaden aber hauptsächlich von Somalis. Die somalische Regierung vertritt seit längerem die Auffassung, daß alle Gebiete, in denen Somalis leben, wieder an Somalia angegliedert werden müssen, und stützt sich bei Ogaden auf eine Guerillabewegung gegen die äthiopische Regierung. Solche Grenzunstimmigkeiten sind das Erbe des Kolonialismus. Sie können mit der Resolution der OAU beigelegt werden.

Genau in dieser Frage setzen die Sozialimperialisten zur Spaltung an. Um ihre Einmischung und Intervention zu rechtfertigen, behaupteten sie, es ginge im Fall Ogaden darum, die „sozialistischen Errungenschaften Äthiopiens“ gegen die „Machenschaften der Konterrevolution und des internationalen Imperialismus“, womit sie Somalia meinten, zu verteidigen.

Sie haben eine Luftbrücke nach Äthiopien errichtet, über die sie täglich Waffen sowie sowjetische, kubanische und DDR-Berater und -Soldaten nach Äthiopien einfliegen. Hoheitsgebiete, die sie mit der Errichtung dieser Luftbrücke verletzen, ignorieren sie. Nach Angaben der somalischen Regierung befinden sich mittlerweile 20000 fremde Soldaten in Äthiopien. Vor der Küste des Horns von Afrika haben die Sozialimperialisten Fregatten stationiert.

Um dem Hegemoniestreben der Supermächte entgegenzutreten, schließen sich die afrikanischen und arabischen Länder zusammen. Zum ersten Mal im letzten Jahr hat ein Treffen der Anliegerstaaten des Roten Meeres stattgefunden, um über verbesserte wirtschaftliche Zusammenarbeit zu beraten. Im September letzten Jahres haben die Außenminister Somalias, des Sudan, der Volksrepublik Jemen und der Arabischen Republik Jemen über Fragen der Sicherheit im Roten Meer verhandelt.

Die Golfstaaten haben den Ländern am Roten Meer finanzielle Hilfe in ihrem Kampf gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte angeboten.

Die OAU hat vor vier Jahren einen Versöhnungsausschuß zur Beilegung des Grenzkonflikts zwischen Somalia und Äthiopien eingerichtet. Er hat im vergangenen August zum ersten Mal getagt und nochmals die Beschlüsse der OAU von 1964 und 1965 bekräftigt. Verschiedene Regierungen wie z.B. Ghana oder Madagaskar haben Ende letzten Jahres Delegationen der somalischen und äthiopischen Regierung zu Gesprächen eingeladen und sie aufgefordert, ihre Streitigkeiten friedlich beizulegen. Viele Länder der Dritten Welt, darunter Ghana, Kenia, Ägypten, Kongo und Indien, haben die Intervention und die Hegemonieabsichten der Sozialimperialisten angegriffen. Die afrikanischen Länder wollen, daß sich die Organisation für Afrikanische Einheit jetzt damit befaßt, um auch den zweiten Versuch der Sozialimperialisten, sich am Horn von Afrika fest einzunisten, zum Scheitern zu bringen. – (Z-Red.)

Kampf des sowjetischen Sozialimperialismus um das Transportmonopol

Verbissene Anstrengungen, den Aufbau der nationalen Volkswirtschaften zu unterdrücken und der sozialimperialistischen Exportoffensive den Weg zu bereiten

„Die große Industrie hat den Weltmarkt hergestellt, den die Entdeckung Amerikas vorbereitete. Der Weltmarkt hat dem Handel, der Schiffahrt, den Landkommunikationen eine unermeßliche Entwicklung gegeben. Diese hat wieder auf die Ausdehnung der Industrie zurückgewirkt, und in demselben Maße, worin Industrie, Handel, Schiffahrt, Eisenbahnen sich ausdehnten, in demselben Maße entwickelte sich die Bourgeoisie, vermehrte sie ihre Kapitalien", stellten Marx und Engels bereits 1848 im Kommunistischen Manifest fest.

Im Kampf der Völker der Dritten Welt für ihre politische Unabhängigkeit und die selbständige Entwicklung ihrer Volkswirtschaften, für ihre gegenseitige Unterstützung beim Aufbau der nationalen Wirtschaft wird die Fessel immer spürbarer, die das Ausmaß der Monopolisierung der Transportmittel und -wege durch die Imperialisten dafür bedeutet.

Die sozialimperialistische Supermacht UdSSR greift mit aller Gewalt in den Kampf um die Neuverteilung der Welt ein und ist der Hauptgegner der anderen Supermacht in diesem Kampf, des USA-Imperialismus. So sind die Sozialimperialisten der UdSSR in den vergangenen Jahren zu einem der erbittertsten Gegner der Staaten der Dritten Welt in ihren Anstrengungen zur Errichtung einer selbständigen Transportmittel-Industrie geworden. Verdrängung der USA-Imperialisten aus ihrer bisherigen Monopolstellung und Errichtung eines eigenen Transportmonopols gegenüber den Staaten der Dritten Welt ist die Devise der Sozialimperialisten.

Expansion der Transportgüterindustrie und des Absatzes der Transportmittel um jeden Preis und mit allen Mitteln ist die Praxis der Sozialimperialisten; an erster Stelle steht die Expansion der Kraftfahrzeugindustrie:

„Da im Verkehrswesen der Entwicklungsländer der Kraftwagen den wichtigsten Platz einnimmt, ist es ganz natürlich, daß die Entwicklung ihrer nationalen Wirtschaft ständige Erneuerung und Erweiterung des Kraftwagenparks erfordert",

berichten scharfsinnig die imperialistischen Marktbeobachter der UdSSR in der Januar-Nummer 1977 des „Außenhandel". Dabei sind sie weiter darauf gestoßen, daß es in erster Linie um die Lastkraftwagen geht. Darauf spekulieren die Sozialimperialisten und versuchen ins Geschäft zu kommen.

Entwicklung der Lkw- und Omnibus-Produktion in Stückzahlen

Jahr	USA	UdSSR
1971	2046000	612000
1972	2448000	649000
1973	2976000	685000
1974	2747000	729000
1975	2272000	763000
1976	2976000	786000

Obwohl diese Ausbeutungsergebnisse der Arbeiter in der Sowjetunion den Sozialimperialisten auf den ersten Blick keine Chance im Kampf um eine Monopolstellung einräumen, ist es ihnen doch bereits gelungen, sich in der „tobenden Konkurrenzschlacht um den Lkw-Markt" – von der die Presse der Imperialisten in allen Stimmlagen krakeelt – die Startlöcher zu graben. 1975 gelang es ihnen, von 696000 produzierten Lkw 36500 oder 5,2% zu exportieren. 1976 ging dieser Export unter dem Druck der Konkurrenz der anderen Imperialisten zurück: 35200 bzw. 4,9% wurden exportiert.

Um so größer sind die Ausbeuteranstrengungen der Sozialimperialisten, um in diesem Konkurrenzkampf sich durchzusetzen. Im Februar 1976 wurde die Produktion im Kama-Lkw- und -Motorenwerk aufgenommen. Bis zum August 1977 wurden 22000 Lkw in diesem Werk produziert. Anfang der 80er Jahre soll es mit 150000 Lkw jährlich und weiteren 250000 Dieselmotoren den Sozialimperialisten zum Durchbruch verhelfen.

Für 1978 beabsichtigen die Sozialimperialisten die Herstellung von 756000 Lkw, also eine Steigerung gegenüber 1975 von 8,6%. In der Pkw-Produktion beträgt der Exportanteil der UdSSR 1976 bereits 29,1% der insgesamt hergestellten 1,239 Millionen Stück. Damit haben die Sozialimperialisten gegenüber 1975 eine absolute und relative Ausdehnung des Pkw-Exports von 310000 auf 360000 bzw. 25,8 auf 29,1% der hergestellten Pkw erreicht.

Um auf dem Weltmarkt die USA aus ihrer Monopolstellung zu verdrängen und selber ein Monopol gegenüber den Staaten der Dritten Welt zu errichten, müssen sich die Sozialimperialisten zuerst als die besseren Ausbeuter ihrer eigenen Arbeiter erweisen. So verstärken die Sozialimperialisten ihre Anstrengungen, ihr Antreibersystem auszubauen und die kapitalistische Rationalisierung voranzutreiben. In diesem Zusammenhang berichten die „Nachrichten für Außenhandel" den westdeutschen Imperialisten am 21. Dezember über die Verabschiedung des Wirtschaftsplans der UdSSR:

Bajbakov, Vorsitzender des staatlichen Planungskomitees der Sozialimperialisten, „übte herbe Kritik am Wirtschaftsgebaren der Betriebe, denen er mangelnde Effektivität in der Produktion, unzureichendes Ausschöpfen ihrer Reserven, verschwenderischen Umgang mit Material, ineffektive Verwendung der Finanzmittel und zu geringe Fortschritte bei der Einführung neuer Techniken vorwarf."

Bei ihren Expansionsplänen im Kampf um eine Monopolstellung im Transport stoßen die Sozialimperialisten nicht nur auf den Klassenkampf der Arbeiter in der UdSSR und den abhängigen RGW-Staaten. Auch die „Entwicklungsländer" weigern sich, nach der Pfeife der Sozialimperialisten zu tanzen und sich in der Entwicklung ihrer Transportmittel von den Sozialimperialisten abhängig zu machen. Der bereits zitierte Marktbericht aus dem „Außenhandel" stellt mit imperialistischer Entrüstung fest:

„Die Politik der Importeurländer und besonders der Entwicklungsländer ist im ganzen protektionistischer Art und wird durch Veränderung der staatlichen Zoll-, Steuer- und Investitionsbedingungen durchgesetzt. Im Anfangsstadium ... bedienen sich die Importeurländer zunächst bestimmter Zollverfahren, nach denen für fertige Kraftwagen höhere Zolltarife als für zerlegte oder für Komponenten gelten. (...) Sobald die Nachfrage der Montageindustrie der Nachfrage nach Kraftwagen auf dem Binnenmarkt irgendwie entsprechen kann, verbieten die Importeurländer die Einfuhr fertiger Kraftwagen."

Als Bourgeoisie, die nicht umsonst die Ausbeutung der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker staatsmonopolistisch betreibt, antworten die Sozialimperialisten auf diese Versuche der Staaten der Dritten Welt, den Aufbau ihrer nationalen Wirtschaft zu sichern. Ihre imperialistische Antwort spiegelt die folgende Exportstatistik wider:

Kfz-Export der UdSSR 1976
(in 1000 Stück)

	Lkw	%	Pkw	%
Gesamtexport	35,2	*100*	360,1	*100*
davon nach				
RGW-Staaten	16,7	*47,4*	204,3	*56,7*
Jugoslawien	0,5	*1,4*	19,2	*5,3*
Finnland	0,2	*0,6*	11,8	3,3
EG und sonstigen westeur. Staaten	0,1	*0,4*	78,8	*21,9*
Irak	2,4	6,8	18,3	*5,1*
Iran	2,4	6,8	1,5	*0,4*
Nigeria	.	.	2,4	*0,7*

Nach sowjetischer Quelle, zitiert durch die Nachrichten für Außenhandel vom 10.8.77

„Die sowjetischen Automobile der Marken SIL, GAS, WAS, ASLK, MAS, KRaS und BelAS haben sich unter unterschiedlichen Einsatz- und Betriebsbedingungen in vielen Ländern der Welt gut bewährt",

lobt der Präsident W. Petrov von „Autoeksport" im November 1976 in der Zeitschrift „Außenhandel" zum 20jährigen Bestehen des staatlichen Vertriebsmonopols der Sozialimperialisten. Ob er da schon gewußt hat, daß das RGW-Mitglied Rumänien in dem Jahre ganze 13 Pkw aus der UdSSR importiert? Oder ob er vielleicht vergessen hatte, daß beispielsweise Nigeria – eines der ersten Projekte sozialimperialistischer „Wirtschaftshilfe" – nach einem 140-Millionen-Dollar-Kredit der Sozialimperialisten 1968 wohl Lkw aus der UdSSR bezog, 1976 dagegen keinen einzigen Lkw mehr?

Offensichtlich sind die wichtigsten „Einsatz- und Betriebsbedingungen" für die UdSSR-Transportmittel die Abhängigkeit der „Importeurländer" von der UdSSR. Diese besteht für die RGW-Länder fast vollständig. Rumänien führt seit Jahren einen heftigen Kampf dagegen.

Die Verschuldung, in die die Sozialimperialisten Länder wie den Irak gebracht haben, ist bekannt. Auf der anderen Seite ist Ägypten, einst durch langfristige Verträge auf die Abnahme der Waren der UdSSR verpflichtet, auf dieser Ausfuhrliste gar nicht mehr enthalten, nachdem es sich erfolgreich gegen das Joch der Schuldknechtschaft gegenüber dem Sozialimperialismus gewehrt hat.



Das „Emblem der sozialistischen ökonomischen Integration" des RGW. Ein Beispiel aus der Automobilindustrie, wie die Sozialimperialisten die Abhängigkeit dieser Staaten rücksichtslos benutzen und erweitern. Geliefert wird aus:

Ungarn: „Hinterachsen für Busse ..., Scheinwerfer, Optik, ... und eine ganze Reihe von Komplettierungsteilen für sowjetische Lada-PKWs"

Bulgarien: Lichtmaschinen, Zündspulen, Spannungsregler, Akkumulatoren ..."

CSSR: Im RGW-Rahmen ist die CSSR auf Scheinwerfer für verschiedene Lada-Modelle und die neuen KamAS-LKWs spezialisiert.

DDR: „Die DDR liefert Scheinwerfer für Moskwitzsch PKWs und seit 1975 auch für KamAS-LKWs.

Jugoslawien: „Komplettierungsteile für Lada-PKWs ... später auch Bremsanlagen, Schlußleuchten und seitliche Begrenzungslampen an die Kama-Automobilwerke ..." (nach: „Außenhandel" 11/76)

Während die Sozialimperialisten auf den westeuropäischen Märkten mit Niedrigpreisen anbieten und in großer Hektik Vertriebs- und Reparaturfirmen aufbauen, um auf den Markt zu kommen, gehen sie in den „Entwicklungsländern", die sie in ihrer Abhängigkeit tief genug glauben, zu Kapitalexport über, gerade so wie es ihre Marktbeobachter als gängige Praxis der imperialistischen Konkurrenten im Kampf um das Monopol erkannt haben; der „Autoeksport"-Präsident hebt hervor die nach wie vor wichtigste Unternehmung der Sozialimperialisten, die „WAATECO":

„Die sowjetisch-nigerianische Gesellschaft WAATECO wurde 1967 gegründet. Ihre Hauptaufgabe ist der Absatz von Lastwagen, Kippern, Zugmaschinen, Geländewagen, Omnibussen, Motorrollern, Mopeds und Fahrrädern in Nigeria und in den anderen westafrikanischen Ländern. Die Gesellschaft schuf sich in der nigerianischen Metropole und in den Hauptstädten der Bundesstaaten eine materiell-technische Basis ... Das Unternehmen ist auch in anderen westafrikanischen Ländern aktiv, so in Liberia, Dahome, Togo, in der Elfenbeinküste und in Äquatorialguinea."

Außer dieser Gesellschaft und außerhalb des RGW haben die Sozialimperialisten mit der „CATECO" inzwischen in Kamerun eine weitere solche Gesellschaft gegründet, um im Kampf um die Monopolisierung der Transportmittel auf dem afrikanischen Kontinent verstärkt einzugreifen. Etwa 1000 Arbeiter und zukünftige Geschäftsführer aus 15 bis 20 Ländern werden nach Angaben des „Autoeksport"-Präsidenten jährlich in der UdSSR ausgebildet, um die imperialistische Expansion voranzutreiben und der Exportoffensive der Sozialimperialisten den Weg zu bereiten. „Der Moskwitsch", jubelte die Prawda über die Geschäfte der WAATECO, „ein familiäres Bild auf den Straßen von Lagos."

Mit dem Kampf um das Transportmonopol auf dem Gebiet der Kraftfahrzeuge Hand in Hand geht die Expansion der Handelsflotte durch die Sozialimperialisten. Anfang 1976 fuhren für das Hochseeflotten-Ministerium Schiffe mit einer Tonnage von rund 15 Millionen Tonnen. Bis 1980 soll die Tonnage der von 16 Reedereien betriebenen Hochseeflotte um weitere 5 Millionen Tonnen erweitert werden, davon insgesamt dann etwa 7 Millionen Tonnen Tankertonnage für die Erdöltransport- und Erdölgeschäfte der Sozialimperialisten. Über die erfolgreiche Profitmacherei mit dieser Flotte in den letzten Jahren rühmt S. Lukjantschko, stellvertretender Hochseeflotten-Minister:

„Ihre Rentabilität erhöhte sich um 15%, die Gewinne aus der Hauptbetriebstätigkeit stiegen um 80%." (Außenhandel, Januar 1977)

Daß man es sich als Imperialist schon etwas kosten lassen muß, um an die Monopolprofite heranzukommen, wissen die Sozialimperialisten. So berichtet der Seeflottenminister A. Goldobenko:

„Der Konkurrenzkampf um die Frachten ist so erbittert wie seit langem nicht mehr. (...) Auf vielen Fahrgebieten betätigen sich die sowjetischen Schiffe nicht im Rahmen von Konferenzen (auf denen die Imperialisten Absprachen treffen über die Tarife, d. Red.), sondern als Outsider. Ihre Tarife für die Güterbeförderung sind um 10–15% niedriger als die der Konferenzen."

Die Rechtfertigung des Ministers ist schlicht:

„Erstens ist es Usus, daß die Außenseiter niedrigere Tarifsätze als die Konferenzen offerieren. Diese Konkurrenzform wird von den Reedern ausnahmslos aller Länder praktiziert."

Und zweitens wollen die „Außenseiter" es ja keineswegs bleiben:

„Unsere Reedereien müssen ja nicht nur ihre Betriebskosten hereinbringen, sondern auch einen vernüftigen Gewinn erzielen."

Deshalb geht es dem Minister auch nicht etwa um die Senkung der Preise, sondern um die Sicherung der Monopolprofite, die jetzt in die Taschen der Konkurrenten fließen, für die Sozialimperialisten in der UdSSR. Denn aus dem „Outsider-Auftreten" folgt keineswegs,

„daß die sowjetische Hochseeflotte die allgemeingültigen ökonomischen Kriterien – Rentabilität, Gewinn, Deckung der Kosten für die Produktionsgrundfonds – ignorieren könnte." (Neue Zeit Nr. 32, August 1977)

Abgerundet wird dieses Programm der Sozialimperialisten im Kampf um das Transportmonopol gegenüber den Staaten der Dritten Welt durch die Expansion der Flugzeugindustrie. Die westdeutschen Konkurrenten der Sozialimperialisten berichten:

„Die Flugzeugindustrie der UdSSR ist zu einem leistungsstarken Industriezweig herangewachsen ... verfügt über ein solides Polster an Produktionskapazitäten, die zunehmend in den Dienst des Exports gestellt werden. (...) Tatsächlich wird der sowjetischen Außenhandelsorganisation ‚Aviaeksport' bescheinigt, zu erheblichen Preiszugeständnissen bereit zu sein. Nach eigenen Angaben hat ‚Aviaeksport' bislang mehr als 30000 Flugzeuge und Hubschrauber ausgeliefert, die in 40 Ländern im Einsatz sind. (...) Stark nachgelassen haben die Lieferungen nach Ägypten, Indien, Pakistan, Sudan." (Nachrichten für den Außenhandel, 30.9.77)

* * *

Verschiedene Opportunisten können gar nicht genug davon bekommen, sich aufgeregt darüber zu mokieren, wenn die Marxisten-Leninisten feststellen, daß von den Sozialimperialisten der UdSSR die Hauptgefahr ausgeht für den Übergang des Kampfes zwischen den Imperialisten um die Vorherrschaft und Neuaufteilung der Welt aus den Formen des Handelskrieges und Kampfes um Kapitalanlagesphären in die militärische, kriegerische Form. In der Tat sind die Anstrengungen der Sozialimperialisten verzweifelt und durch Krisen geschüttelt, ihrer Exportoffensive durch den Kampf um das Transportmonopol den Weg zu bereiten und Druck zu verleihen. Und anscheinend bieten auch die gegenwärtigen expansiven Anstrengungen der Sozialimperialisten keine großen Aussichten, die USA-Imperialisten mit ökonomischen Mitteln und im Handelskrieg entscheidend zu treffen und aus dem Felde schlagen zu können. Gerade diese Lage im Kampf um die Vorherrschaft ist es, die die Gefährlichkeit der sozialimperialistischen Supermacht ausmacht: Als Imperialisten, die die Ausbeutung der Arbeiterklasse der Sowjetunion und der RGW-Staaten hemmungslos voranzutreiben entschlossen sind, als gefährliche Spalter und Unterdrücker der Völker der Dritten Welt und zum Krieg entschlossen im Konkurrenzkampf mit den USA-Imperialisten und den anderen imperialistischen Mächten. – (Z-Red.)

„Geisterstadt Phnom Penh" – Hetze der bürgerlichen Presse

In den letzten Wochen haben die BRD-Imperialisten verstärkt die bürgerliche Presse und das Fernsehen über „Massenmorde" und „Kannibalismus" im Demokratischen Kampuchea berichten lassen. Mit wütendem Haß verfolgen die Imperialisten die Erfolge im Aufbau des Landes, die die Arbeiter und Bauern erringen.

Der „Weltspiegel" sendete am Sonntag, 22.1., einen Bericht über die „Geisterstadt Phnom Penh", die nach dem Sieg über die US-Imperialisten „menschenleer" sei, und *konnte* kein einziges Bild zeigen. Begleitet wurde der „Bericht über Phnom Penh" von Bildern über die Kulturstätten von Ankor Wat (älteste historische Kaiserstadt).

Der „Bericht" des Weltspiegel beweist, daß das Demokratische Kampuchea sich der ungezügelten Infiltration und Versuche der Einmischung von seiten der US- und Sozialimperialisten zu erwehren weiß.

In Phnom Penh hatte sich mit den US-Imperialisten die ganze Fäulnis und Korruption – Erscheinungen wie Rauschgift, Glücksspiel, Prostitution und Schwarzmarkt – des Imperialismus konzentriert. Die Produktion der Stadt war vollständig vernichtet, die Arbeiter und Bauern hungerten.

Heute sind in Phnom Penh nicht nur die Fabriken wieder in Gang gesetzt, sondern eine Reihe von neuen Betrieben, darunter eine Werft, eine Säurefabrik, eine Autofabrik und die Maschinenfabrik Nr. 6 errichtet worden. Die Gummifabrik hat sofort im September 1975 die Produktion wieder aufgenommen (Kautschuk ist eines der hauptsächlichen Erzeugnisse Kampucheas). 1977 wurden in der Fabrik pro Tag durchschnittlich 40 bis 50 Tonnen produziert. Die meisten Arbeiter dieser Fabrik haben in der revolutionären Armee gedient und stammen aus Arbeiter- oder Bauernfamilien. In der Fabrik haben sie sich verschiedene technische Qualifikationen angeeignet. Sie haben selbst mehrere Maschinen gebaut, einen Kai angelegt und dadurch die Leistungsfähigkeit gesteigert.

Die im Krieg zerstörte Landmaschinenfabrik von Phnom Penh wurde von jungen Arbeitern wiederaufgebaut und repariert. Sie sammelten Wracks von feindlichen Flugzeugen, liegengebliebene Autos, Panzer, Kanonen und Gewehre, bauten Hochöfen mit dem zur Verfügung stehenden Material und stellten Wasserpumpen, Dreschmaschinen, Reispflanzer, Sämaschinen für Mais und Sojabohnen sowie Maschinen zum Reisschälen und zur Dungzerkleinerung her, wobei sie technische Schwierigkeiten und Materialknappheit überwanden. Diese Landmaschinen wurden zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Produktion an die Genossenschaften verteilt.

Was die Imperialisten „gespenstisch" finden, ist die Tatsache des Aufbaus des Landes gestützt auf die Kraft der Massen. Die Arbeiter- und Bauernmassen des Demokratischen Kampuchea versetzen so den imperialistischen Infiltrationsversuchen tagtäglich Schläge. Die bürgerliche Presse läßt „Gewährsmänner" und „Fernost-Korrespondenten" „berichten", so „Die Welt" am 24.1. unter der Überschrift „Flüchtling über Kannibalismus in Kambodscha": „Als die Khmer Rouge am 17.4.75 in Phnom Penh einzogen, waren die Menschen glücklich, weil sie glaubten, daß der Krieg, die Zerstörung und das Blutvergießen vorbei sein würden. Aber schon ein paar Stunden später mußten alle die Stadt verlassen: Zivilisten, Mönche, Verwundete, sogar Frauen in den Wehen. Die Kranken und viele Kinder starben unterwegs. Nach 10 Tagen erreichten wir unseren Bestimmungsort auf dem Land. Sofort begann die Arbeit auf den Feldern, 12 Stunden täglich, sieben Tage die Woche, Rationen wurden immer geringer. Nach meiner Schätzung starben 80% der Menschen, die umgesiedelt worden waren."

„Welt an Sonntag", 8.1.78: „Die regierenden Kommunisten, sagte mir in Bangkok ein Offizier, zwingen das Volk, sich totzuarbeiten." Und das „Auslandsjournal" endet am 27.1. im ZDF einen „Bericht" über „Flüchtlingslager" von Kambodschanern: Sprecher: „Wir wissen buchstäblich nicht, was vor sich geht."

Der Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kampucheas, Ministerpräsident Pol Pot, hat während seines Besuches in der Volksrepublik China im Oktober vergangenen Jahres berichtet, daß einer der wichtigsten Faktoren des Schutzes der Volksrevolution und des Demokratischen Kampuchea die Tatsache war, daß Tausende von Familien, die während der Invasion der US-Imperialisten nach Phnom Penh geflohen waren, sich wieder auf dem Land in Genossenschaften zusammengeschlossen haben. Dies war gleichzeitig der Hebel, den die Volksmassen ergriffen, um die von den Imperialisten gegründeten Spionageorganisiationen und Infiltrati wirksam zu zerschlagen.

Ministerpräsident Pol Pot sagte weite „Der zweite große Erfolg war die Lösung des Existenzproblems unseres Volkes. Indem wir das Getreideproblem löstęn, haben wir ein Grundproblem gelöst ... Die Ernährung des Volkes des Demokratischen Kampuchea ist heute gesichert. 1977 war das Demokratische Kampuchea zum ersten Mal in der Lage, mit dem Export von Zehntausenden Tonnen von Reis zu beginnen." – (Z-Red.)

Mit dumpfen Trieben in die Klassenversöhnung

„Bernhard und Bianca“ – Rückblick auf einen Propagandacoup der Bourgeoisie

Für sieben Mark zweifellos teuer bezahlt kann man seit einigen Wochen den neuesten abendfüllenden Zeichentrickfilm aus der Disney-Werkstatt sehen, 78 Minuten lang mit einem uralten Tierfilm im Vorprogramm. „Bernhard und Bianca“ ist „besonders wertvoll“ und geeignet für Kinder ab 6 Jahren. Die Kirchen haben ihn für gut befunden. „Ein phantasievoll gezeichnetes Bildermärchen, in dem Gutes belohnt und Böses bestraft wird.“ (Katholischer Filmdienst) „Für Kinder ein hübsches Märchenvergnügen.“ (Evangelischer Filmbeobachter)

Bekanntlich sind es vor allem die Kirchen, die um den „erzieherischen Wert“ kultureller Beiträge besorgt sind. Die „Mäuse-Polizei“ genügt diesem Anspruch, weil der Film für Kinder „mentalitätsgerecht“ sei. (Katholischer Filmdienst)

„Rettet mich“, singt eine hohe Frauenstimme, während ein großes Orchester mit Streichern im Vordergrund eine impressionistisch-ausschweifige Melodie intoniert. Die Leinwand zeigt aufeinanderfolgende Standbilder, gemalte Schwelgereien in Blau – das Meer – Schaumkronen auf hohen Wellen; hin und wieder ist eine Flasche im Wasser zu sehen, darin ein Zettel mit der Auschrift „Help!“. Das Bild wechselt; in Gold-Gelb getauchte Hochhausfassaden, eine verklärte Silhouette New Yorks. „Bitte, rettet mich,“ Wencke Myhre, bekannt durch den Hit „Ein Sonntag im Bett ist gemütlich und nett“, singt den Titelsong, mit naiv-kindlicher Stimme, wie ohne Mikrophon.

Aufdringlich wird die Komposition Gelb – Blau ausgebreitet. Man wird eingefangen von kitschigen Bildern; „harmonische Ruhe“, „beschauliche Schönheit“ ist die psychologische Wirkung, die nach der bürgerlichen Farbenlehre und Farbpsychologie dem Kontrast Gelb/Blau zugeordnet wird. Rot/Grün- dagegen steht für Energie und Aktivität.

Die folgende Szene führt in den Keller des UNO-Konferenzgebäudes in New York. Dort tagt in einem Mauseloch die Rettungshilfe-Vereinigung der Mäuse, die Menschen in Not beisteht. Diese Versammlung von Mäusedelegierten „aus aller Welt“ hat keinerlei Ähnlichkeiten mit den tatsächlichen Verhältnissen in der UNO, wo der Widerspruch zwischen den Ländern der Dritten Welt und den imperialistischen Staaten immer schroffer aufeinanderprallt. Hier legen die Delegierten die Hand aufs Herz und singen gemeinsam ihre Hymne, begleitet von Trommeln und Pfeifen nach Art von Volksfestspielmannszügen.

Bianca, „eine junge emanzipierte Mäusedame, die mit ihrer Wirkung auf die Männerwelt kokettiert“, (Kath. Filmdienst), erinnert an eine Sekretärin, gutherzig, hilfsbereit, zuverlässig; sie wählt Bernhard, den Hausmeister („er hat es nur bis zum Hausmeister des Mauselochs gebracht“ s.o.), der mit ihr das Waisenkind Penny aus den Fängen der bösen Pfandleiherin Medusa befreien soll. Er ist bescheiden, praktisch, wenn auch nicht auf den ersten Drücker, zögernd vor der unbekannten Situation, vorsichtig; aber tapfer, wenn's drauf ankommt. Beide offensichtlich Ausnahmen in der illustren Gesellschaft von Delegierten, Scheichs, Diplomaten, Politikern. Was sie eben auch gleich sympathisch und „menschlich“ macht, vor allem wegen ihrer kleinen Schwächen. Bianca mit „ihrem Sinn für Eleganz“ – sie will sich beim Flug auf dem Albatros nicht anschnallen, weil sonst ihr Kleid verdrückt wird –, Bernhard mit „seiner Angst vor der Zahl 13“ – er überspringt stets die 13. Stufe auf Treppen und Leitern. „Den kleinen Zuschauern wird das Gefühl vermittelt, auch das kleinste unscheinbarste Lebewesen zählt.“ (Kath. Filmdienst) Die Lebensauffassung dieser kleinsten unscheinbarsten Lebewesen formuliert der „Philosoph“ des Films, der alte Kater Rufus. Als Penny auf ihrem Bett sitzt und dicke Tränen weint, weil sie soeben mitbekommen hat, wie ein anderes Kind adoptiert wurde, erklärt Rufus ihr bedeutungsvoll, wie sie ihre Lage zum Besseren wenden könne.

„Glaube ist wie ein Vogel, den man von weitem sieht. Auch den Abendstern kannst du in der Ferne sehen, aber du kannst ihn nicht anfassen oder kaufen, und trotzdem ist er da und läßt alles gut werden.“ Und die kleine Penny wird wieder zuversichtlich im Vertrauen auf den Abendstern. Mit verschmitztem Lächeln steckt sie Rufus etwas zu. „So was Leckeres, Katzenhäppchen!“, freut sich der Kater. „Nein“, korrigiert ihn Penny, „es sind Ingwerhäppchen“, worauf Rufus ganz aus dem Häuschen gerät; er macht einen Buckel, streckt die Pfoten und springt zu Penny auf das Bett, wo er sich genüßlich ausbreitet und von Penny den Bauch streicheln läßt. „Hhm, Ingwerhäppchen sind für einen alten Knaben wie mich genau das Richtige!“ Der „alte Knabe“ verspürt wieder „eindeutige“ jugendliche Regungen, wie hingeschmolzen liegt er da, bis Penny ihn hochnimmt und zärtlich an sich drückt; dann fällt ihr ein, daß sie das Abendessen nicht verpassen dürfen. Die Szene ist als Rückblende ohne Einfluß auf den Verlauf der Handlung eingefügt, deshalb vergißt man sie zunächst sehr leicht. Die Pfaffen, die den Film für 6jährige Kinder empfehlen, halten diese Szene offensichtlich für erzieherisch „besonders wertvoll“. Immerhin gibt es ja noch den netten Albatros Orville, der Bernhard und Bianca zu den Teufelssümpfen fliegt. Er ist haargenau gezeichnet wie die Albatrosse im Vorfilm. Wenn man weiß, daß diese Tierfilme extra zu dem Zweck gedreht werden, um daraus die Zeichentrickaufnahmen herzustellen, verliert die Sache allerdings ihren außergewöhnlichen Charakter, denn es ist technisch möglich, alle einzelnen Bewegungsphasen des Albatrosses als Standphoto zu fixieren und daraus eine Zeichnung zu kopieren. Daher die verblüffende Ähnlichkeit von Orvilles Bruchlandung mit tatsächlichen Landemanövern der Albatrosse, die wegen ihres schweren Körpers schlecht vom Erdboden wegkommen und auch bei der Landung einige Schwierigkeit haben. In der Luft jedoch sind sie phantastisch ruhige Segler. Mitten in Orvilles Flug passiert dann folgendes: Man sieht sich plötzlich aus der Perspektive des Abstürzenden zwischen Hochhausschluchten abwärtsrasen Richtung Straße, dazu ertönen die Geräusche wie bei einem Flugzeugabsturz, ein gekonnter Nervenkitzel; Bruchteile von Sekunden vor dem erwarteten Aufprall dreht Orville ab. „Eine gelungene Parodie auf die Katastrophenfilme der Airport-Serie.“ (Kath. Filmdienst)

In den Teufelssümpfen hält die böse Medusa Penny in einem halb versunkenen Hausboot gefangen. Die Bewohner dieses Sumpfes – merkwürdigerweise erinnert er eher an einen Dschungel mit fremdartigen Pflanzen und Bäumen – sind kleine, anspruchslose Existenzen, Ratten, Mäuse, Hasen, Schildkröten, die nur hin und wieder aus ihrem dumpfen Trott, ihrem Schlaf oder Suff aufwachen, wie jetzt, wo es um eine Rettungsaktion geht. Luke z.B., eine versoffene Wasserratte, ist beleidigt, als die anderen ihn auffordern, sich endlich zu rühren. „J·doch“, sagt er, „ich warte doch die ganze Zeit nur darauf, daß einer sagt ,Vorwärts!'.“ Währenddessen sitzt Penny im Hausboot, bewacht von Medusas beiden Krokodilen, und preßt weinend ihren Teddybär an sich. Das Bild bleibt wieder stehen. Wencke Myhre hat ihren nächsten Auftritt. Die Mutter an der Wiege.

Kämpfen tut in diesem Film zweifellos Medusa, die aufgestiegene Nutte, mit künstlichen Wimpern, feuerroten Haaren und Lippen, grünen Augen. Sie tobt über die Leinwand, jagt im Feuermobil über den Teufelssumpf, schießt mit dem Gewehr in die Gegend, ist ungeheuer jähzornig und findet jeden Augenblick eine passende unflätige Fluchtirade. Sie gehört nicht zu den kleinen unscheinbaren Wesen, die auf die Verteidigung ihrer nackten Existenz beschränkt sind. Sie hat die großen Pläne, den Reichtum, die Einfälle, aber sie ist „moralisch unten durch“, leider. „Feuerrote Haare, ein gräßlich geschminktes Gesicht und eine rücksichtslose Fahrweise offenbaren ihren Charakter.“ (Kath. Filmdienst) Schlimm, wie sie die arme Penny behandelt: Erst spielt sie die liebe Tante, dann erklärt sie ihrem dicklichen und trotteligen Komplizen Snoops, wie man Kinder erzieht: „Du mußt ihr Vertrauen gewinnen, damit sie dich lieb haben!“ „Und wie macht man das?“, fragt der unverständig. „Indem man sie dazu zwingt, du Idiot!“, ist die Antwort. Mit ihr sollte man sich tunlichst nicht identifizieren.

Zu ihren unehrenhaften Zielen, ihrer Raffgier, passen die aggressiven Kampfmethoden, nicht jedoch zu den Guten, den Helden. Die versuchen es mit Gottes Hilfe und mit Ausweichen vor den Gefahren. Und wenn es ganz dick kommt, sie z.B. in einem Wasserstrudel in die Tiefe gerissen werden, wie es Penny und den Mäusen widerfährt, als sie den Riesendiamant aus der finsteren Höhle bergen wollen, dann dreht sich der Strudel plötzlich um und spült sie wieder nach oben.

Und weil das Gute am Schluß belohnt wird, bekommt Penny reizende Adoptiveltern. Über Fernsehen erfährt die ganze Welt davon. Bianca und Bernhard erhalten sogleich den nächsten Auftrag. Auf Bernhards Zögern hin mobilisiert Bianca die Reserven: „Oh, Bernhard! Abenteuer, anderen helfen! Reisen in fremde ferne Länder! Bitte, laß uns doch gehen!“ Und sie gehen, in Winterkleidung verpackt starten sie mit Orville zu neuen Ufern.

Man kommt aus dem Kino und ist beduselt. Viel Aufhebens machen mag man nicht. Na ja, denkt man, auch nicht mehr das, was er einmal war, der Disney. Der deutsche Produzent und Regisseur Wolfgang Reithermann, Leiter der Disney-Werkstatt, hat sich bemüht, „den Zeichentrickfilm den heutigen Verhältnissen anzupassen“, heißt es im Programmheft. Die heutigen Verhältnisse, unter denen die Jugend der Volksmassen aufwächst, sind in diesem Film sorgsam verhüllt untergebracht. Die Farbe Grün ist kaum anzutreffen, wie es für Großstadtkinder „mentalitätsgerecht“ ist, deren Beziehung zur Natur zwangsmäßig unterbunden ist. Betonklötze bestimmen die Wirklichkeit dieser Kinder. Der Schutz der heilen Familie, der Inbegriff aller Wünsche der kleinen Penny, für wen ist sie Realität? Jedes Kind einer Arbeiterfamilie soll sich als „Waise“ fühlen, unverstanden und allein, denn die Eltern haben keine Zeit, weil sie beide arbeiten müssen. Wenn sie nach Hause kommen, sind sie oft müde und abgespannt, die tagtägliche Sorge, wie mit dem niedrigen Lohn die Familie über die Runden kommen soll, die Auswirkungen von Nacht-, Schichtarbeit und Überstunden, das alles bestimmt ihre Reproduktion. Was der Film als Lösung propagiert, ist: Nichts wird so heiß gegessen wie gekocht. Widersprüche, die sich verschärfen, sind nur in der Einbildung vorhanden, entscheidend ist die *Einstellung*. Gottvertrauen und ein Quentchen Optimismus, auch wider besseres Wissen, Geduld in die Fügung des Schicksals,. und es wird schon alles gut gehen. Erreicht wird diese massive Propaganda der Klassenversöhnung mit faulen Tricks. Dumpf wühlt der Film in den Eingeweiden des Bewußtseins. Farben, Musik, Handlung und Figuren verbinden sich zu einem klebrigen Kleister bürgerlicher Ideologie. Kein Wunder, daß die Gefühle, die der Film auslöst, an instinktive Regungen appellieren, den Brutpflegetrieb und den nackten Selbsterhaltungstrieb. Die Bourgeoisie, die die Verelendung der Arbeiterklasse voranzutreiben versucht in ihrer Jagd nach dem Riesendiamant, dem Profit; deren Raffgier nach Auspressung unbezahlter Mehrarbeit die produzierende Klasse ruiniert; sie verurteilt die offene Rebellion, den Kampf mit den Mitteln der Medusa. Rot und verbrecherisch, das ist sie. Die Helden, das sind die Klassenversöhnler, die auf die Entspannung, den Ausgleich vertrauen wie auf den Abendstern, den man weder kaufen noch anfassen kann.

Wenn der Lohn nicht reicht, um zu kaufen, was man zum Leben braucht, muß man sich auf die „höheren Werte“ besinnen. Die Kirchen sind wahre Meister in dieser Propaganda des Verzichts. Schließlich gibt es ja noch Hilfsorganisationen, die mit viel Idealismus und Tatkraft Menschen aus ihrer Notlage befreien. Angefangen von den kirchlichen Vereinen wie Caritas und Diakonie über staatliche Beratungsstellen bis hin zur Polizei und für den äußersten Fall der „Bedrohung von außen“ die Armee.

Die Propaganda für die Defensive der Arbeiterklasse, wie sie der Film betreibt, führt geradewegs in den Chauvinismus, in die Unterwerfung unter die Interessen der Bourgeoisie, in die Spaltung der Volksmassen, in den imperialistischen Krieg auf seiten der Ausbeuter. Sogenannte Katastrophenhilfe, wie sie die Bundesregierung vor einigen Wochen anläßlich des Erdbebens in der Türkei organisiert hat und die sie zu militärischen Manövern genutzt hat, oder Einsätze „im Dienste der Freiheit“ wie in Mogadischu, das liegt auf der Linie der Abenteuer von Bianca und Bernhard. Nicht auf den ersten Blick, aber auf den zweiten, und der bringt bekanntlich tiefere Einblikke.

Mit aller Raffinesse der Darstellung wird der offene Klassenkampf durch die negative Zeichnung von Medusa „verteufelt“. Als Lohnabhängiger kann man sich mit ihr nicht identifizieren, weil sie nach Reichtum giert, Besitzerin eines Pfandleihhauses ist, eine Gestalt also, die den Massen als Wucherer und Ausplünderer gegenübertritt. Die Wirkung jedoch zielt gegen die Massen selbst. Der „aktualisierte“ Hintergrund von Flugzeugabsturz, Überschwemmung, Schießerei, das sind die Fernsehnachrichten, auf der Leinwand „verkleinert“ und ins Märchenhafte verlagert. Kontrolle der Bourgeoisie über die Massenmedien und Kontrolle über das „Freizeitangebot“ ergänzen einander. Die Unterwerfung der Jugend ist für die Bourgeoisie eine entscheidende Frage des Klassenkampfes. Damit kann sie nicht früh genug beginnen, gerade heute, wo die Jugendlichen bereits zwei bis drei Jahre früher die nackte Ausbeutung durch die Kapitalisten erfahren dank der Gesetze der imperialistischen Bourgeoisie zur Verkürzung der Ausbildungszeit und Freigabe der jugendlichen Arbeitskraft.

Werden die Kinder nicht rechtzeitig „geformt“, sieht es nicht gut aus für die großen Pläne der Bourgeoisie, die diese Jugend schließlich für einen neuen imperialistischen Krieg einsetzbar machen will. Verblüffende Ähnlichkeit mit Medusas Erziehungskonzept: Man muß ihr „Vertrauen gewinnen“, und „Bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt.“ Gerade weil die Klassenfront sich scharf herausgebildet hat, muß die Bourgeoisie zu heimtückischen Methoden greifen, um die ideologische Entwaffnung der Arbeiterklasse unter den Massen festzusetzen. Stützen kann sie sich auf ein Streben nach Ausweichen vor dem unvermeidlichen Kampf, das allemal spontan aufkommt. Das ist zwar eine Tatsache, aber keine unabänderliche. Was die Arbeiterklasse braucht, ist die Masse an Bewußtheit und Organisiertheit, die es ermöglicht, die herrschende Klasse durch den gewaltsamen Sturz ihres Staatsapparates zu beseitigen.

Man soll nicht denken, Zeichentrickfilme wären „klassenneutrale“ Unterhaltung, mit denen die Bourgeoisie keine größeren Absichten verfolgen würde. Warum sonst werden Millionen in solche Unternehmen investiert wie „Bernhard und Bianca“? – (Z-Red.)



Rufus, der greise Kater, entdeckt auf seine alten Tage wieder „eindeutige“ jugendliche Regungen. Hier tröstet er die arme Penny, um anschließend zum gemütlichen Teil des Abends überzugehen. Dafür muß ihn Penny allerdings erst mit entwendeten Ingwerplätzchen auf Touren bringen, was wir leider nicht abdrucken können, weil die Szene in keinem Programmheft, nicht einmal in der täglichen fortlaufenden Bilderserie der „Bild“-Zeitung, erscheint. Das hat seine Gründe.

Kommunistische Volkszeitung